



**Europäisches
Patentamt**

Nationales Recht zum EPÜ

Übersicht über in
den Vertragsstaaten
geltende
Rechtsvorschriften
und
Erfordernisse für
europäische
Patentanmeldungen
und Patente
1993

Informationsbroschüre
des
Europäischen Patentamts
8. Auflage
August 1993

Nationales Recht zum EPÜ

Übersicht über in den Vertragsstaaten
geltende Rechtsvorschriften und
Erfordernisse für europäische
Patentanmeldungen und Patente

Inhalt	A	Einleitung	3
	B	Abkürzungen	5
	I	Nationale Rechtsgrundlagen	7
	II	Einreichung europäischer Patentanmeldungen gemäß Artikel 75 Absatz 1 b) und 2 EPÜ	23
	IIIA	Rechte aus der europäischen Patent- anmeldung nach Veröffentlichung gemäß Artikel 93 EPÜ (Artikel 67 EPÜ)	32
	IIIB	Einreichung von Übersetzungen der Patentansprüche gemäß Artikel 67(3) EPÜ	36
	IV	Einreichung von Übersetzungen der Patentschrift nach Artikel 65 EPÜ	47
	V	Verbindliche Fassung einer euro- päischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents (Artikel 70 EPÜ)	61
	VI	Zahlung von Jahresgebühren für europäische Patente	63
	VII	Umwandlung europäischer Patent- anmeldungen oder Patente in nationale Patentanmeldungen oder Patente	73
	VIII	Zahlung von Gebühren	83
	IX	Verschiedenes	89

Herausgeber

Europäisches Patentamt
Direktion 5.2.2.
Erhardtstraße 27
D-80331 München

Bestellungen sind zu richten an:

Europäisches Patentamt (EPA)
Informationsstelle
✉ D-80298 München
☎ (+ 49-89) 23 99-45 12
Telex: 523 656 epmu d
Fax: (+ 49-89) 23 99-44 65

Zweigstelle Den Haag
Informationsstelle
Patentlaan 2
Postbus 58 18
✉ NL-2280 HV Rijswijk
☎ (+ 31-70) 3 40-20 40
Telex: 31 651 epo nl
Fax: (+ 31-70) 3 40-30 16

Dienststelle Berlin
Informationsstelle
✉ D-10958 Berlin
☎ (+ 49-30) 2 59 01-0
Fax: (+ 49-30) 2 59 01-840

Dienststelle Wien
Informationsstelle
Schottenfeldgasse 29
Postfach 82
✉ A-1072 Wien
☎ (+ 43-1) 5 21 26-0
Telex: 136 337 inpa a
Fax: (+ 43-1) 5 21 26-54 91

Druck

E. Mülthaler's
Buch- und Kunstdruckerei GmbH
D-80333 München

Das mit dem Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ) geschaffene zentralisierte, grundsätzlich autonome und einheitliche Verfahren zur Erteilung europäischer Patente ist in besonderer Weise mit dem nationalen Patentrecht der Mitgliedsstaaten der Europäischen Patentorganisation verknüpft. Das europäische Patenterteilungsverfahren weist in verschiedenen Stadien „Schnittstellen“ zur nationalen Rechtsordnung der Vertragsstaaten auf, die für ein reibungsloses Zusammenspiel von europäischem und nationalem Recht unabdingbar sind. Nach seiner Erteilung hat das europäische Patent in jedem Vertragsstaat, für den es erteilt worden ist, dieselbe Wirkung und unterliegt denselben Vorschriften wie ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent, soweit sich aus dem EPÜ nichts anderes ergibt (Artikel 2 (2) EPÜ).

Diese Schnittstellen sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß der europäische Patentanmelder oder Patentinhaber bei Einleitung, im Verlauf oder nach Abschluß des europäischen Erteilungsverfahrens gewisse Handlungen vor den Patentbehörden der Vertragsstaaten vornehmen muß oder kann, um bestimmte Rechte in den Vertragsstaaten zu erlangen oder zu erhalten. Kenntnis und sorgfältige Beachtung solcher durch das nationale Recht vorgeschriebenen Verfahrenshandlungen und ihrer Wirksamkeitsvoraussetzungen sind daher für alle europäischen Anmelder und Patentinhaber von ausschlaggebender Bedeutung, wenn die Vorteile des europäischen Patentsystems voll ausgeschöpft und Rechtsverluste vermieden werden sollen.

Mit der vorliegenden Broschüre will das Europäische Patentamt einen Beitrag leisten, der es den europäischen Patentanmeldern und Patentinhabern sowie allen am europäischen Patentsystem Interessierten ermöglichen soll, sich über die für europäische Patentanmeldungen und Patente relevanten Vorschriften und Erfordernisse des nationalen Rechts der Vertragsstaaten schnell und zuverlässig

zu informieren. Sie soll gewissermaßen als „Wegweiser zum Euro-Patentrecht der Vertragsstaaten“ dienen und damit den Leitfaden für Anmelder „Der Weg zum europäischen Patent“ ergänzen. Die in den nachstehenden Tabellen wiedergegebenen Übersichten sind in enger Zusammenarbeit mit den für den gewerblichen Rechtsschutz zuständigen Behörden der Vertragsstaaten erstellt worden. Für ihre tatkräftige Unterstützung und zahlreiche wertvolle Anregungen möchte das EPA sich an dieser Stelle besonders bedanken.

Obwohl wir größte Sorgfalt auf die Ausarbeitung der Übersichten verwandt haben, kann für absolute Vollständigkeit und Richtigkeit der in den Tabellen enthaltenen Angaben keine Gewähr übernommen werden. Schon aufgrund ihres summarischen, sich auf das Notwendigste konzentrierenden Charakters sollen und können die Übersichten eine Konsultation der einschlägigen nationalen Rechtsquellen und gegebenenfalls fachkundige Beratung durch hierzu befugte Personen nicht ersetzen. Schließlich sind auch Patentrecht und Patentpraxis der Vertragsstaaten trotz der jüngsten, meist tiefgreifenden Reformen keine statischen Erscheinungen, sondern stetigem Wandel, notwendiger Fortentwicklung unterworfen. Folglich kann nicht einmal im Zeitpunkt des Erscheinens dieser Broschüre mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die den Übersichten zugrundeliegenden Rechtsvorschriften unverändert geblieben sind. Vor allem sollte der Benutzer dieser Broschüre nicht darauf vertrauen, daß die in den Übersichten an zahlreichen Stellen angegebenen Beträge von Amtsgebühren dem aktuellen Stand entsprechen. Die amtlichen Publikationen der Vertragsstaaten sollten daher stets ergänzend zu Rate gezogen werden, um sich über die Entwicklung des nationalen Rechts und der Amtspraxis auf dem laufenden zu halten. Das EPA wird wie schon bisher über die Rechtsentwicklung in den Vertragsstaaten auch in seinem Amtsblatt regelmäßig und möglichst aktuell berichten.

Abkürzungen

(siehe auch Tabelle I Spalte 4)

B

ABI. EPA	Amtsblatt des Europäischen Patentamts
AS	Sammlung der eidgenössischen Gesetze
AT	Österreich
ATS	Österreichische Schilling
BAGE	Bundesamt für geistiges Eigentum
BE	Belgien
BEF	Belgische Franken
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Bl.f.PMZ	Blatt für Patent-, Muster- und Zeichenwesen
BOE	Boletín oficial del Estado
BOPI	Bulletin officiel de la propriété industrielle – Brevets d'invention
CH	Schweiz
CHF	Schweizer Franken
DE	Deutschland
DEM	Deutsche Mark
DK	Dänemark
DKK	Dänische Kronen
DPA	Deutsches Patentamt
DPO	Dänisches Patentamt
EDBI	Eidiko Deltio Biomichanikis Idioktissias (Blatt für gewerblichen Rechtsschutz)
EPA	Europäisches Patentamt
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
ES	Spanien
ESP	Spanische Peseten
ΦΕΚ	Fyllo Efimeridos tis Kyberniseos (Gesetzblatt)
FR	Frankreich
FRF	Französische Franken
GBP	Pfund Sterling
GR	Griechenland
GRD	Griechische Drachmen
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil

G.U.	Gazzetta Ufficiale
i.d.F.	in der Fassung
IE	Irland
IEP	Irische Pfund
INPI	Institut national de la propriété industrielle
INPI	Instituto Nacional da Propriedade
IP	Industrial Property
IPLT	Industrial Property – Laws and Treaties
IPO	Irishes Patentamt
IT	Italien
ITL	Italienische Lire
J.M.	Journal de Monaco
J.O.	Journal Officiel de la République Française
LGBl.	Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
LI	Liechtenstein
LTPI	Lois et traités de propriété industrielle
LU	Luxemburg
LUF	Luxemburgische Franken
MC	Monaco
NL	Niederlande
NLG	Niederländische Gulden
OBI	Organismos Biomichanikis Idioktissias (Organisation für gewerblichen Rechtsschutz)
OPRI	Office de la propriété industrielle
PIBD	Propriété industrielle Bulletin documentaire
PT	Portugal
PTE	Portugiesische Escudos
SE	Schweden
SEK	Schwedische Kronen
SFS	Svensk författningssamling
SI	Statutory Instruments
SR	Systematische Rechtssammlung (Schweiz)
Stb	Staatsblad
UK	Vereinigtes Königreich

Diese Tabelle enthält – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – eine Zusammenstellung wichtiger nationaler Rechtsquellen (Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc.) in den Vertragsstaaten, die für europäische Patentanmeldungen und Patente von Bedeutung sind und auf die in den nachfolgenden Tabellen größtenteils auch Bezug genommen wird. Diese Rechtsquellen sind mit dem offiziellen Titel in der Amtssprache des betreffenden Vertragsstaats wiedergegeben. Darunter ist – soweit erforderlich – in eckigen Klammern und in Kursivschrift die Übersetzung in der Amtssprache des EPA angegeben, in der die vorliegende Übersicht veröffentlicht ist. Bei Staaten mit mehreren Amtssprachen wurde, um diese Tabelle nicht zu umfangreich zu gestalten, der „Originaltitel“ nur in der Sprache angegeben, die zugleich eine der Amtssprachen des EPA ist.

Die Daten des Inkrafttretens der einzelnen Rechtsquellen wurden nicht aufgenommen, da dies, insbesondere in den Fällen, in denen einzelne Artikel

bestimmter Gesetze und Verordnungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Kraft getreten sind, die Übersichtlichkeit der Tabelle beeinträchtigt hätte.

Soweit dem EPA Übersetzungen der aufgeführten Rechtsquellen in einer seiner Amtssprachen bekannt sind, ist auf die entsprechenden Fundstellen hingewiesen. Es sei jedoch bemerkt, daß diese Übersetzungen nicht immer dem letzten Stand der nationalen Gesetzgebung entsprechen und stets nur der Wortlaut in der sich aus den amtlichen Publikationsorganen ergebenden Originalfassung verbindlich ist.

Die in den nachfolgenden Tabellen benutzten Abkürzungen sind aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit gewählt worden. Sie sind nicht in jedem Fall mit amtlichen Abkürzungen der Vertragsstaaten identisch.

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Belgien	1. Loi du 8 juillet 1977 portant approbation des actes internationaux suivants: 1. Convention sur l'unification de certains éléments du droit des brevets d'invention, faite à Strasbourg le 27 novembre 1963; 2. Traité de coopération en matière de brevets, et Règlement d'exécution, faits à Washington le 19 juin 1970; 3. Convention sur la délivrance de brevets européens (Convention sur le brevet européen), Règlement d'exécution et quatre Protocoles, faits à Munich le 5 octobre 1973; 4. Convention relative au brevet européen pour le Marché commun (Convention sur le brevet communautaire), et Règlement d'exécution, faits à Luxembourg le 15 décembre 1975, modifiée par la loi du 28 mars 1984 [1. Gesetz vom 8. Juli 1977 über die Zustimmung zu folgenden internationalen Abkommen: 1. Übereinkommen zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente, unterzeichnet in Straßburg am 27. November 1963 2. Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens sowie die Ausführungsordnung, unterzeichnet in Washington am 19. Juni 1970 3. Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente (Europäisches Patentübereinkommen), Ausführungsordnung und vier Protokolle, unterzeichnet in München am 5. Oktober 1973 4. Übereinkommen über das europäische Patent für den Gemeinsamen Markt (Gemeinschaftspatentübereinkommen) und Ausführungsordnung, unterzeichnet in Luxemburg am 15. Dezember 1975, geändert durch das Gesetz vom 28. März 1984] 2. Loi du 4 août 1955 concernant la sûreté de l'Etat dans le domaine de l'énergie nucléaire [2. Gesetz vom 4. August 1955 über die Sicherheit des Staates auf dem Gebiet der Atomenergie] 3. Loi du 10 janvier 1955 relative à la divulgation et à la mise en œuvre des inventions et des secrets de fabrique intéressant la défense du territoire ou la sûreté de l'Etat [3. Gesetz vom 10. Januar 1955 über die Bekanntgabe und den Gebrauch von Erfindungen und Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen, die die Landesverteidigung oder die Sicherheit des Staates berühren] 4. Loi du 28 mars 1984 sur les brevets d'invention [4. Gesetz vom 28. März 1984 über Erfindungspatente]	Moniteur belge du 30.9.77 et du 9.3.85 Moniteur belge du 19.8.55 Moniteur belge du 26.1.55 Moniteur belge du 9.3.85	Bl. f. PMZ 1978, 276 (Deutsch) IPLT BE 2-001 (Englisch) – Bl. f. PMZ 1955, 346 (Deutsch) Bl. f. PMZ 1987, 139 (Deutsch) IPLT BE 2-004 (Englisch)	Ges. v. 8.7.77 – – PatG

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Belgien	5. Arrêté du Régent du 26 juin 1947 contentant le Code des droits de timbre, confirmé par la loi du 14 juillet 1951, modifié par l'arrêté royal n° 12 du 18 avril 1967. L'arrêté royal du 18 avril 1967 a été modifié par l'arrêté royal du 16 janvier 1975 [5. Erlaß des Regenten vom 26. Juni 1947 über die Stempelgebührenordnung, bestätigt durch das Gesetz vom 14. Juli 1951, geändert durch Königlichen Erlaß Nr. 12 v. 18. April 1967. Der Königliche Erlaß v. 18.4.67 wurde geändert durch Königlichen Erlaß v. 16.1.75] 6. Arrêté royal du 18 juillet 1966 portant coordination des lois sur l'emploi des langues en matière administrative [6. Königlicher Erlaß vom 18. Juli 1966 zur Koordinierung der Gesetze über die Verwendung der Sprachen in der Verwaltung] 7. Arrêté royal du 27 février 1981 relatif au dépôt d'une demande de brevet européen, à sa transformation en demande de brevet national et à l'enregistrement de brevets européens produisant effet en Belgique, modifié par l'arrêté royal du 2 décembre 1986 [7. Königlicher Erlaß vom 27. Februar 1981 über die Einreichung einer europäischen Patentanmeldung, ihre Umwandlung in eine nationale Patentanmeldung und die Eintragung von in Belgien wirksamen europäischen Patenten, geändert durch Königlichen Erlaß vom 2. Dezember 1986] 8. Arrêté royal du 2 décembre 1986 relatif à la demande, à la délivrance et au maintien en vigueur des brevets d'invention, modifié par l'arrêté royal du 25 mai 1987 [8. Königlicher Erlaß vom 2. Dezember 1986 über die Anmeldung, Erteilung und Aufrechterhaltung von Erfindungspatenten, geändert durch Königlichen Erlaß vom 25. Mai 1987] 9. Arrêté royal du 18 décembre 1986 relatif à la délivrance et à la publication, par l'Office de la propriété industrielle, de documents concernant les brevets d'invention et certaines marques, dessins et modèles [9. Königlicher Erlaß vom 18. Dezember 1986 über die Lieferung und Veröffentlichung von Unterlagen zu Erfindungspatenten und bestimmten Marken, Mustern und Modellen durch das Amt für gewerbliches Eigentum] 10. Arrêté royal du 18 décembre 1986 relatif aux taxes et taxes supplémentaires dues en matière de brevets d'invention, modifié par l'arrêté royal du 14 février 1989 [10. Königlicher Erlaß vom 18. Dezember 1986 über Gebühren und Zusatzgebühren für Erfindungspatente, geändert durch Königlichen Erlaß vom 14. Februar 1989]	Moniteur belge du 14.8.47, du 20.4.67 et du 21.1.75 Moniteur belge du 2.8.66 Moniteur belge du 5.3.81 et du 6.12.86 Moniteur belge du 6.12.86 et du 4.6.87 Moniteur belge du 23.12.86 Moniteur belge du 23.12.86 et du 14.3.89	– – IPLT BE-2-002 (Englisch) Bl. f. PMZ 1983, 166 (Deutsch) IPLT BE 2-005 (Englisch) Bl. f. PMZ 1988, 118 u. 159 (Deutsch) – – Bl. f. PMZ 1989, 294 (Deutsch)	Reg. Erl. v. 26.6.47 Kgl. Erl. v. 18.7.66 Kgl. Erl. v. 27.2.81 Kgl. Erl. v. 2.12.86 Kgl. Erl. v. 18.12.86 GebE

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Dänemark	1. Patentloven; lovbekendtgørelse nr. 733 af 27. november 1989 som ændret ved lov nr. 130 af 26. februar 1992 og lov nr. 1057 af 23. december 1992 [1. Patentgesetz Nr. 733 vom 27. November 1989 geändert durch Gesetz Nr. 130 vom 26. Februar 1992 und Gesetz Nr. 1057 vom 23. Dezember 1992] 2. Bekendtgørelse om patenter og supplerende beskyttelses-certifikater nr. 1193 af 23. december 1992 [2. Verordnung Nr. 1193 vom 23. Dezember 1992 über Patente und ergänzende Schutzzertifikate] 3. Bekendtgørelse om Patentdirektoratets gebyrer nr. 1194 af 23. december 1992 [3. Verordnung Nr. 1194 vom 23. Dezember 1992 über Patentgebühren] 4. Lov om hemmelige patenter, lovbekendtgørelse nr. 732 af 27 november 1989 [4. Gesetz Nr. 732 vom 27. November 1989 über Geheimpatente]	Lovtidende Nr. 117, 1989 22, 1992 175, 1992 Lovtidende Nr. 182, 1992 Dansk Patenttidende Nr. 4, 1993 Lovtidende Nr. 117, 1989	IPLT DK 2-001 (Englisch, Französisch) – –	PatG PatV GebV Ges.Nr. 732/89
Deutschland	1. Gesetz zu dem Übereinkommen vom 27. November 1963 zur Vereinheitlichung gewisser Begriffe des materiellen Rechts der Erfindungspatente, dem Vertrag vom 19. Juni 1970 über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens und dem Übereinkommen vom 5. Oktober 1973 über die Erteilung europäischer Patente (Gesetz über internationale Patentübereinkommen) vom 21. Juni 1976, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes und anderer Gesetze vom 23. März 1993 2. Gesetz über das Gemeinschaftspatent und zur Änderung patentrechtlicher Vorschriften (Gemeinschaftspatentgesetz) vom 26. Juli 1979, zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz über das Gemeinschaftspatent vom 20. Dezember 1991 3. Patentgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes und anderer Gesetze vom 23. März 1993 4. Gesetz über die Gebühren des Patentamts und des Patentgerichts vom 18. August 1976, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Patentgesetzes und anderer Gesetze vom 23. März 1993	BGBI 1976 II 649; 1986 I 1446; 1991 II 1354; 1993 I 366 BGBI 1979 I 1269; 1986 I 1446; 1991 II 1354 BGBI 1981 I 1; 1986 I 1446; 1990 I 422; 1991 II 1354; 1992 I 727; 1993 I 366 BGBI 1976 I 2188; 1986 I 1446; 1987 I 2294; 1990 I 422; 1991 II 1354; 1992 I 938; 1993 I 366	IPLT DE 2-001 (Englisch, Französisch) – IPLT DE-2002 (Englisch, Französisch) –	IntPatÜG GPatG PatG PatGebG

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Deutschland	5. Gesetz zu der Vereinbarung vom 21. Dezember 1989 über Gemeinschaftspatente und zu dem Protokoll vom 21. Dezember 1989 über eine etwaige Änderung der Bedingungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung über Gemeinschaftspatente sowie zur Änderung patentrechtlicher Vorschriften (Zweites Gesetz über das Gemeinschaftspatent) vom 20. Dezember 1991 6. Verordnung über die Veröffentlichung von deutschen Übersetzungen der Patentansprüche europäischer Patentanmeldungen vom 18. Dezember 1978 7. Verordnung über die Zahlung der Gebühren des Deutschen Patentamts und des Bundespatentgerichts vom 15. Oktober 1991 8. Verordnung über die Anmeldung von Patenten (Patentanmeldeverordnung – PatAnmV) vom 29. Mai 1981, zuletzt geändert durch die Dritte Verordnung vom 1. April 1993 zur Änderung der Patentanmeldeverordnung 9. Verordnung über die Übersetzung europäischer Patentschriften (ÜbersV) vom 2. Juni 1992 10. Gesetz über die Erstreckung von gewerblichen Schutzrechten (Erstreckungsgesetz – ErstrG) vom 23. April 1992	BGBI 1991 II 1354 BGBI 1978 II 1469 BGBI 1991 I 2012 BGBI 1981 I 521; 1986 I 1738; 1990 I 856; 1993 I 426 BGBI 1992 II 395 BGBI 1992 I 938	– – – IPLT DE 2-004 (Englisch, Französisch) – IPLT DE 1-006 (Englisch, Französisch)	2. GPatG Veröffentl. VO PatGebZV – ÜbersV –
Frankreich	1. Loi n° 92-597 du 1er juillet 1992 relative au code de la propriété intellectuelle (partie Législative), modifiée par la loi n° 92-1336 du 16 décembre 1992 [1. Gesetz Nr. 92-597 vom 1. Juli 1992 betreffend das Gesetz über geistiges Eigentum (Gesetzgebungsteil), geändert durch Gesetz Nr. 92-1336 vom 16. Dezember 1992] 2. Décret n° 79-822 du 19 septembre 1979 relatif aux demandes de brevet d'invention et de certificat d'utilité, à la délivrance et au maintien en vigueur de ces titres, modifié par le décret n° 81-865 du 11 septembre 1981, par le décret n° 84-918 du 10 octobre 1984 et par le décret n° 91-1180 du 19 novembre 1991 [2. Verordnung Nr. 79-822 vom 19. September 1979 über Anmeldungen für Erfindungspatente und Gebrauchsmusterzertifikate sowie über die Erteilung und Aufrechterhaltung dieser Schutzrechte, geändert durch Verordnung Nr. 81-865 vom 11. September 1981, Verordnung Nr. 84-918 vom 10. Oktober 1984 und Verordnung Nr. 91-1180 vom 19. November 1991] 3. Décret n° 78-1011 du 10 octobre 1978 pris pour l'application de la loi n° 77-683 du 30 juin 1977 relative à l'application de la Convention sur le brevet européen, signée à Munich le 5 octobre 1973, tel que modifié par Décret n° 79-822 du 19 septembre 1979 (voir n° 2) [3. Verordnung Nr. 78-1011 vom 10. Oktober 1978 zur Anwendung des Gesetzes Nr. 77-683 vom 30. Juni 1977 betreffend die Anwendung des am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten Europäischen Patentübereinkommens, geändert durch Verordnung Nr. 79-822 vom 19. September 1979 (siehe Nr. 2)]	J.O. 1992, 8801; 1992, 17583 J.O. 1979, 2370; 1981, 1573, 2510; 1984, 3253; 1991, 15167 J.O. 1978, 3589	– Bl. f. PMZ 1980, 270; 1982, 155; 1985, 173; 1993, 54 (Deutsch) IPLT FR 2-006 (Englisch) Bl. f. PMZ 1979, 61 (Deutsch) IPLT FR 2-005 (Englisch)	Ges.Nr. 92-597 VO Nr. 79-822 VO Nr. 78-1011

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Frankreich	4. Décret n° 81-599 du 15 mai 1981 relatif aux taxes et redevances perçues par l'Institut national de la propriété industrielle <i>[4. Verordnung Nr. 81-599 vom 15. Mai 1981 über Gebühren, die vom Nationalen Amt für gewerbliches Eigentum erhoben werden]</i> 5. Arrête du 28 décembre 1992 relatif aux redevances de procédures perçues par l'institut national de la propriété industrielle <i>[5. Erlaß vom 28. Dezember 1992 über Verfahrensgebühren, die vom Nationalen Amt für gewerbliches Eigentum erhoben werden]</i> 6. Arrêté du 19 septembre 1979 relatif aux modalités de dépôt des demandes de brevet d'invention et de certificat d'utilité et d'inscription au registre national des brevets <i>[6. Erlaß vom 19. September 1979 über Bestimmungen über die Anmeldung von Erfindungspatenten und Gebrauchsmusterzertifikaten sowie über Eintragungen in das nationale Patentregister]</i> 7. Arrêts du 29 novembre 1978, du 16 septembre 1983, du 6 septembre 1985, du 30 avril 1987 et du 13 janvier 1993 relatif au dépôt des demandes internationales et des demandes de brevet européen auprès des centres de province de l'Institut national de la propriété industrielle et décisions du Directeur de l'I.N.P.I. n° 80-164 du 3 mars 1980; n° 80-601 du 19 décembre 1980; n° 83-425 du 28 septembre 1983, n° 85-464 du 6 septembre 1985, n° 87-171 du 30 avril 1987 et n° 93-12 du 13 janvier 1993 <i>[7. Erlasse vom 29. November 1978, vom 16. September 1983, vom 6. September 1985, vom 30. April 1987 und vom 13. Januar 1993 betreffend die Einreichung internationaler Anmeldungen und europäischer Patentanmeldungen bei den Zweigstellen des Nationalen Amts für gewerbliches Eigentum und Beschlüsse des Direktors des I.N.P.I. Nr. 80-164 vom 3. März 1980, Nr. 80-601 vom 19. Dezember 1980, Nr. 83-425 vom 28. September 1983, Nr. 85-464 vom 6. September 1985, Nr. 87-171 vom 30. April 1987 und Nr. 93-12 vom 13. Januar 1993]</i>	J.O. 1981, 1573; PIBD 1981, n° 282, I-53 J.O. 1992, 18153 J.O. 1979, 8042 J.O. 1979, 63; 1983, 8807; 1985, 10735; 1987, 5308; 1993, 1276; PIBD Nr. 255 vom 1.4.80, Nr. 271 vom 1.1.81, Nr. 332 vom 15.10.83 Nr. 376 vom 15.10.85 Nr. 414 vom 15.6.87, Nr. 539 vom 1.3.93	Bl. f. PMZ 1982, 169 (Deutsch) Bl. f. PMZ 1993, 183 (Deutsch) Bl. f. PMZ 1980, 283 (Deutsch) Bl. f. PMZ 1979, 163; 1988, 124 (Deutsch)	VO Nr. 81-599 Erl. v. 28.12.1992 Erl. v. 19.9.79 Erl. v. 29.11.78/ 16.9.83/ 6.9.85/ 30.4.87/ 13.1.93 Beschluß v. 3.3.80/ 28.9.83/ 6.9.85/ 30.4.87/ 13.1.93

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Griechenland	1. Νόμος 1733/1987 «Μεταφορά τεχνολογίας, εφευρέσεις, τεχνολογική καινοτομία και αύξηση Επιτροπής Ατομικής Ενέργειας» όπως τροποποιήθηκε από το άρθρο 18 του νόμου 1739/1987 και από το Προεδρικό Διάταγμα 54/1992. [1. <i>Gesetz Nr. 1733/1987 über Technologietransfer, Erfindungen, technologische Innovation und die Errichtung einer Atomenergiekommission, geändert durch Artikel 18 Gesetz Nr. 1739/1987 und Präsidialverordnung Nr. 54/1992</i>] 2. Νόμος 4325/1963 περί εφευρέσεων αφορωσών την εθνικήν άμυναν της χώρας και τροποποιήσεως του Ν. 2527/1920 «περί διπλωμάτων ευρεσιτεχνίας». [2. <i>Gesetz Nr. 4325/1963 über Erfindungen, die die Landesverteidigung betreffen, und zur Änderung des Gesetzes Nr. 2527/1920 über Erfindungspatente</i>] 3. Νόμος 1607 της 30-6-1986 σχετικά με την κύρωση της σύμβασης του Μονάχου της 5ης Οκτωβρίου 1973 που αφορά τη χορήγηση ευρωπαϊκών διπλωμάτων ευρεσιτεχνίας. [3. <i>Gesetz Nr. 1607 vom 30. Juni 1986 über die Ratifizierung des Münchner Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente vom 5. Oktober 1973</i>] 4. Προεδρικό διάταγμα αριθμ. 77 της 11-2-1988 σχετικά με τις διατάξεις εφαρμογής της σύμβασης για τη χορήγηση ευρωπαϊκών διπλωμάτων ευρεσιτεχνίας. [4. <i>Präsidialverordnung Nr. 77 vom 11. Februar 1988 über Vorschriften zur Ausführung des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente</i>] 5. Υπουργική απόφαση αριθμ. 15928/ΕΦΑ/1253 σχετικά με την κατάθεση αίτησης για χορήγηση διπλώματος ευρεσιτεχνίας ή πιστοποιητικού υποδείγματος χρησιμότητας στον ΟΒΙ και τήρηση βιβλίων. [5. <i>Ministerialerlaß 15928/EFA/1253 über die Einreichung von Patent- oder Gebrauchsmusteranmeldungen bei der OBI und über Patentregister</i>] 6. Απόφαση του Διοικητικού Συμβουλίου του Οργανισμού Βιομηχανικής Ιδιοκτησίας της 14ης Δεκεμβρίου 1987 σχετικά με τον Κανονισμό τελών του ΟΒΙ (τροποποιήθηκε με απόφαση της 18-11-1992). [6. <i>Beschluß des Verwaltungsrats der Organisation für gewerblichen Rechtsschutz vom 14. Dezember 1987 über die Gebührenordnung, geändert durch Beschluß vom 18. November 1992</i>]	ΦΕΚ 171 Α' 22.9.87 201 Α' 20.11.87 22 Α' 14.2.92 ΦΕΚ 156 Α' 27.9.63 ΦΕΚ 85 Α' 30.6.86 ΦΕΚ 33 Α' 25.2.88 ΦΕΚ 778 Β' 31.12.87 ΕΔΒΙ 1988 σελ. 46-48	Bl. f. PMZ 1988, 330 (Deutsch) IPLT GR 1-001 (Englisch, Französisch) – – Bl. f. PMZ 1988, 338 (Deutsch) – –	Ges. Nr. 1733/87 Ges. Nr. 4325/63 Ges. Nr. 1607/86 VOPrNr. 77/88 Min. Erl. 15928 Beschluß v. 18.11.92
Irland	1. Patents Act 1992 [1. <i>Patentgesetz 1992</i>] 2. Patents Rules 1992 [2. <i>Patentausführungsbestimmungen 1992</i>]	Nr. 1 von 1992 SI Nr. 179 von 1992	– –	PatG PatVO

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Italien	1. Legge 26 maggio 1978, n. 260 Ratifica et esecuzione di atti internazionali in materia di brevetti, firmati, rispettivamente, a Strasburgo il 27 novembre 1963, a Washington il 19 giugno 1970, a Monaco il 5 ottobre 1973 ed a Lussemburgo il 15 dicembre 1975 [1. Gesetz Nr. 260 vom 26. Mai 1978 Ratifizierung und Durchführung der internationalen Übereinkünfte auf dem Gebiet des Patentwesens, die am 27. November 1963 in Straßburg, am 19. Juni 1970 in Washington, am 5. Oktober 1973 in München bzw. am 15. Dezember 1975 in Luxemburg unterzeichnet wurden] 2. Decreto del Presidente della Repubblica 8 gennaio 1979, n. 32. Applicazione della legge 26 maggio 1978, n. 260, concernente ratifica ed esecuzione di atti internazionali in materia di brevetti, modificato con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338 e legge 3 maggio 1985, n. 194 [2. Verordnung Nr. 32 des Präsidenten der Republik vom 8. Januar 1979. Anwendung des Gesetzes Nr. 260 vom 26. Mai 1978 betreffend die Ratifizierung und Durchführung internationaler Übereinkünfte auf dem Gebiet des Patentwesens, geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979 (siehe Nr. 4) und das Gesetz Nr. 194 vom 3. Mai 1985] 3. Decreto 30 giugno 1982. Determinazione degli uffici competenti alla ricezione dei depositi delle domande di brevetto europeo e delle traduzioni dei brevetti europei [3. Verordnung vom 30. Juni 1982. Bestimmung der zur Entgegennahme der europäischen Patentanmeldungen und Übersetzungen europäischer Patente zuständigen Behörden] 4. Decreto del Presidente della Repubblica 22 giugno 1979, n. 338. Revisione della legislazione nazionale in materia di brevetti, in applicazione della delega di cui alla legge 26 maggio 1978, n. 260 [4. Verordnung Nr. 338 des Präsidenten der Republik vom 22. Juni 1979. Revision der nationalen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Patentwesens aufgrund der in dem Gesetz Nr. 260 vom 26. Mai 1978 vorgesehenen Ermächtigung] 5. Decreto del Presidente della Repubblica 26 ottobre 1972, n. 641. Disciplina delle tasse sulle concessioni governative, modificato con decreto 22 giugno 1979, n. 338, con decreto legge 13 gennaio 1988, n. 3 e con la legge 29 dicembre 1990, n. 405 (Art. 7) [5. Verordnung Nr. 641 des Präsidenten der Republik vom 26. Oktober 1972 über die Regelung für Verwaltungsgebühren, geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979, die Verordnung (D.L.) Nr. 3 vom 13.1.1988 und das Gesetz Nr. 405 vom 29. Dezember 1990 (Art. 7)]	Suppl. ord. alla G.U., n. 156 del 7-6-1978 G.U., n. 41 del 10-2-1979; G.U., n. 117 del 20-5-1985 G.U., n. 181 del 3-7-1982 G.U., n. 215 del 7-8-1979 Suppl. ord. alla G.U., n. 292 del 11-11-1972 n. 303 del 31-12-1990 G.U., n. 9 del 13-1-1988	- Bl. f. PMZ 1979, 163 (Deutsch) - Bl. f. PMZ 1980, 196 (Deutsch) Bl. f. PMZ 1976, 10 und 1983, 194 (Deutsch)	- VOPr Nr. 32/1979 VO v. 30.6.82 VOPr Nr. 338 VOPr Nr. 641

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Italien	5 a. Art. 10 del Decreto-legge 11 luglio 1992 n. 333, convertito alla Legge 8 agosto 1992 n. 359 [5 a. Art. 10 der Gesetzesverordnung vom 11. Juli 1992 Nr. 333, geändert durch Gesetz vom 8. August 1992 Nr. 359] 5 b. Decreto ministeriale 20 agosto 1992: Approvazione della nuova tariffa delle tasse sulle concessioni governative [5 b. Ministerialerlaß vom 20. August 1992. Genehmigung der neuen Verwaltungsgebühren] 6. Decreto del Presidente della Repubblica 30 giugno 1972, n. 540. Semplificazione dei procedimenti amministrativi in materia di brevetti per invenzioni industriali, modelli industriali e marchi di impresa, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338 [6. Verordnung Nr. 540 des Präsidenten der Republik vom 30. Juni 1972. Vereinfachung der Verwaltungsverfahren auf dem Gebiet der Erfindungspatente, der gewerblichen Muster und Marken, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979] 7. Decreto ministeriale 22 febbraio 1973 Regolamento di esecuzione del D.P.R. 30 giugno 1972, n. 540, in materia di brevetti per invenzioni, modelli e marchi [7. Ministerialerlaß vom 22. Februar 1973 Ausführungsordnung zu der Verordnung Nr. 540 des Präsidenten der Republik vom 30. Juni 1972 über Erfindungspatente, gewerbliche Muster und Marken] 8. Regio decreto 29 giugno 1939, n. 1127 Testo delle disposizioni legislative in materia di brevetti per invenzioni industriali, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338 [8. Königliche Verordnung Nr. 1127 vom 29. Juni 1939 Gesetzesbestimmungen über Patente für gewerbliche Erfindungen, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979] 9. Regio decreto 5 febbraio 1940, n. 244 Testo delle disposizioni regolamentari in materia di brevetti per invenzioni industriali, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338 [9. Königliche Verordnung Nr. 244 vom 5. Februar 1940 Durchführungsvorschriften auf dem Gebiet der Patente für gewerbliche Erfindungen, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979] 10. Regio decreto 25 agosto 1940, n. 1411 Testo delle disposizioni legislative in materia di brevetti per modelli industriali, modificato da ultimo con D.P.R. 22 giugno 1979, n. 338 [10. Königliche Verordnung Nr. 1411 vom 25. August 1940 Gesetzliche Vorschriften auf dem Gebiet der Gebrauchsmuster, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 338 vom 22. Juni 1979]	G.U., n. 196 del 21-8-1992 G.U., n. 249 del 27-9-1972 G.U., n. 69 del 15-3-1973 G.U., n. 189 del 14-8-1939 G.U., n. 94 del 20-4-1940 G.U., n. 247 del 21-10-1940	– – Bl. f. PMZ 1976, 7 (Deutsch) IPLT IT1-004 (Englisch, Französisch) IPLT IT 1-005 (Englisch, Französisch) Bl. f. PMZ 1984, 124 (Deutsch) GRUR Int 1980, 490 (Deutsch) IPLT IT2-001 (Englisch, Französisch) Bl. f. PMZ 1942, 7 (Deutsch) IPLT IT2-002 (Englisch, Französisch) –	– Erl. v. 20.8.92 – – Kgl. VO Nr. 1127 – –

[illegible]

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Luxemburg	<i>[2. Ausführungsverordnung vom 9. Mai 1978 zum Gesetz vom 27. Mai 1977 über</i> <i>a) die Zustimmung zu dem am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten Übereinkommen über die Erteilung europäischer Patente</i> <i>b) die Anpassung der nationalen Rechtsvorschriften auf dem Gebiet des Patentwesens]</i> 3. Loi du 30 juin 1880, sur les brevets d'invention, modifiée par la loi du 27 avril 1922, par l'arrêté grand-ducal du 13 octobre 1945 et par la loi du 31 octobre 1978 <i>[3. Gesetz vom 30. Juni 1880 über Erfindungspatente, geändert durch Gesetz vom 27. April 1922, durch Großherzoglichen Erlaß vom 13. Oktober 1945 und durch Gesetz vom 31. Oktober 1978]</i> 3 a. Loi du 20 juillet 1992 portant modification du régime des brevets d'invention <i>[3 a. Gesetz vom 20. Juli 1992 über die Änderung der Bestimmungen für Erfindungspatente*]</i> <i>* (Das Inkrafttreten dieses Gesetzes wird durch eine Großherzogliche Verordnung festgesetzt)</i> 4. Loi du 8 juillet 1967 concernant la divulgation et la mise en œuvre des inventions et des secrets de fabrique intéressant la défense du territoire ou la sûreté de l'Etat <i>[4. Gesetz vom 8. Juli 1967 über die Offenbarung und Anwendung von Erfindungen und Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, die für die Landesverteidigung oder die Sicherheit des Staates von Interesse sind]</i> 5. Règlement grand-ducal du 18 septembre 1969 pris en exécution de l'article 4, alinéa final, de la loi du 8 juillet 1967 concernant la divulgation et la mise en œuvre des inventions et des secrets de fabrique intéressant la défense du territoire ou la sûreté de l'Etat <i>[5. Großherzogliche Verordnung vom 18. September 1969 über die Ausführung von Artikel 4 letzter Absatz des Gesetzes vom 8. Juli 1967 über die Offenbarung und Anwendung von Erfindungen und Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, die für die Landesverteidigung oder die Sicherheit des Staates von Interesse sind]</i> 6. Règlement grand-ducal du 16 décembre 1980 portant nouvelle fixation du barème des différentes taxes et surtaxes visées par l'arrêté grand-ducal du 13 octobre 1945 ayant pour objet de modifier et compléter la législation sur les brevets d'invention modifié en dernier lieu par le règlement grand-ducal du 28 décembre 1989 <i>[6. Großherzogliche Verordnung vom 16. Dezember 1980 über die Neufestsetzung der einzelnen Gebühren und Zusatzgebühren, die im großherzoglichen Erlaß vom 13. Oktober 1945 zur Änderung und Vervollständigung der Gesetzgebung über Erfindungspatente vorgesehen sind, zuletzt geändert durch die Großherzogliche Verordnung vom 28. Dezember 1989]</i>	Memorial 1880, 405 1922, 381 1945, 784 A 1978, 1658 Memorial A-N° 49, 1992, 1529 Memorial A 1967, 796 Memorial A 1969, 1234 Memorial A 1980, 2093 A 1985, 1876 A 1989, 1735	– – – – – – – Bl. f. PMZ 1983, 226 1986, 284 1991, 176 (Deutsch)	VO v. 9.5.78 PatG – Ges. v. 8.7.67 VO v. 18.9.69 VO v. 28.12.89

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Luxemburg	7. Règlement grand-ducal du 12 juin 1975 concernant le recouvrement des frais de publication au Mémorial, Recueil administratif et économique [7. Großherzogliche Verordnung vom 12. Juni 1975 über die Einziehung der Gebühren für die Bekanntmachung im Memorial, Recueil administratif et économique] 8. Arrêté grand-ducal du 21 juin 1947 concernant la prorogation des délais et la restauration des droits en matière de propriété industrielle [8. Großherzoglicher Erlaß vom 21. Juni 1947 über die Verlängerung von Fristen und die Wiedereinsetzung auf dem Gebiet des gewerblichen Eigentums] 9. Arrêté ministériel du 9 novembre 1945 concernant la procédure administrative en matière de brevets d'invention, en exécution de la loi du 30 juin 1880 et de l'arrêté grand-ducal du 13 octobre 1945, modifié en dernier lieu par le règlement grand-ducal du 28 décembre 1989 [9. Ministerialerlaß vom 9. November 1945 betreffend das Verwaltungsverfahren auf dem Gebiet der Erfindungspatente, zur Durchführung des Gesetzes vom 30. Juni 1880 und des großherzoglichen Erlasses vom 13. Oktober 1945, zuletzt geändert durch die großherzogliche Verordnung vom 28. Dezember 1989]	Memorial A 1975, 723 Memorial 1947, 613 Memorial 1945, 871 Memorial A 1977, 444 A 1985, 1876 A 1989, 1735	– – –	VO v. 12.6.75 – Min. Erl. v. 9.11.45
Monaco	1. Loi n° 606 du 20 juin 1955 sur les brevets d'invention modifiée par la loi n° 625 du 5 novembre 1956 [1. Gesetz Nr. 606 über Erfindungspatente vom 20. Juni 1955, geändert durch das Gesetz Nr. 625 vom 5. November 1956] 2. Ordonnance souveraine n° 1476 du 30 janvier 1957 [2. Fürstliche Verordnung Nr. 1476 vom 30. Januar 1957] 3. Ordonnance souveraine n° 10.957 du 27 juillet 1993 fixant le montant des droits applicables à l'occasion de l'accomplissement des formalités prévues par les textes organisant la protection de la propriété industrielle [3. Fürstliche Verordnung Nr. 10.957 vom 27. Juli 1993 zur Festlegung der Höhe der Gebühren, die bei Erfüllung der in den Rechtstexten über den gewerblichen Rechtsschutz vorgesehenen Formerfordernisse zu entrichten sind] 4. Ordonnance souveraine n° 10.427 du 9 janvier 1992 concernant le brevet européen [4. Fürstliche Verordnung Nr. 10.427 über das europäische Patent vom 9. Januar 1992] 5. Arrêté ministériel portant application des dispositions de l'Ordonnance n° 10.427 du 9 janvier 1992 [5. Ministerialerlaß zur Ausführung der Bestimmungen der Verordnung Nr. 10.427 vom 9. Januar 1992] (wird in Kürze veröffentlicht)	J. M. vom 27.6.55 und 19.11.56 J. M. vom 4.2.57 J. M. vom 6.8.93 J. M. vom 17.1.92	– – – – –	PatG VO Nr. 1476 GebVO VO Nr. 10.427 Min. Erl.

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Niederlande	1. Rijsoctrooiwet, zoals deze laatstelijk is gewijzigd bij de Rijkswet van 29 mei 1987 [1. <i>Reichspatentgesetz in der Fassung des Reichsgesetzes vom 29. Mai 1987</i>]	Stb. 1979, 61 1987, 316 1987, 491 1990, 543 1990, 657	Bl. f. PMZ 1980, 129; 1988, 178 (Deutsch) IPLT NL 2-001 (Englisch, Französisch)	PatG
	2. Octrooiereglement, zoals dit laatstelijk is gewijzigd bij het Koninklijk besluit van 25 september 1990 [2. <i>Patentausführungsbestimmungen, zuletzt geändert durch den königlichen Beschluß vom 25. September 1990</i>]	Stb. 1979, 62 1990, 510	Bl. f. PMZ 1980, 159; 1983, 42; 1988, 178 (Deutsch) IPLT NL 2-002 (Englisch, Französisch)	PatV
Österreich	1. Bundesgesetz vom 16. Dezember 1978 über die Einführung des Europäischen Patentübereinkommens und des Vertrages über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens (Patentverträge-Einführungsgesetz), zuletzt geändert durch das Bundesgesetz vom 17. Juli 1992	BGBI Nr. 52/1979; Nr. 234/1984; Nr. 418/1992	IPLT AT-2002 (Englisch, Französisch)	PatV-EG
	2. Patentgesetz 1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz vom 4. Dezember 1992, mit dem das Patentgesetz geändert wird (Patentgesetz-Novelle 1992)	BGBI Nr. 259/1970; Nr. 653/1987; Nr. 418/1992; Nr. 771/1992	IPLT AT 2-001 (Englisch, Französisch)	PatG
	3. Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten vom 20. Oktober 1990, betreffend die Durchführung des Patentgesetzes 1970, des Markenschutzgesetzes 1970 und des Musterschutzgesetzes 1990 (Patent-, Marken- und Musterverordnung – PMMV), geändert durch Verordnung vom 22. September 1992	BGBI Nr. 716/1990; Nr. 597/1992	–	PMMV
	4. Verordnung des Präsidenten des Patentamts vom 8. November 1990 über Eingaben an das Patentamt sowie über das Verfahren in Patent-, Halbleiterschutz-, Marken- und Musterangelegenheiten (Patentamtsverordnung – PAV), geändert durch Verordnung des Präsidenten des Patentamts Zl. 1829/Präs. 92 vom 27. März 1992	Patentblatt 1990, 161 1992, 73	–	PAV
Portugal	1. Código da Propriedade Industrial n° 30 679 de 24 agosto 1940 [1. <i>Gesetz über das gewerbliche Eigentum Nr. 30 679 vom 24. August 1940</i>]	Diário Série I N° 197	–	PatG

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Portugal	2. Decreto-Lei n° 42/92 de 31 de Março 1992 [2. <i>Regierungsverordnung Nr. 42/92 vom 31. März 1992</i>] 3. Portaria n° 599/91 de 4 Julho 1991 [3. <i>Verordnung Nr. 599/91 vom 4. Juli 1991 über Gebühren</i>]	Diário I Série-A N° 76/1992, 1500 Diário I Série-B N° 151/1991, 3443	– –	RVO VO Nr. 599/91
Schweden	1. Patentlag SFS 1967: 837, omtryckt genom lag SFS 1983: 433, därefter ändrad genom lag SFS 1987: 1330; SFS 1991: 296 [1. <i>Patentgesetz SFS 1967: 837 in der Fassung des Gesetzes SFS 1983: 433, geändert durch Gesetz SFS 1987: 1330; SFS 1991: 296</i>] 2. Patentkungörelsen SFS 1967: 838, omtryckt genom förordning SFS 1983: 435, därefter ändrad SFS 1984: 938; 1986: 1221; 1988: 987; 1989: 503; 1991: 1331; 1993: 197 [2. <i>Verordnung über patentrechtliche Formvorschriften SFS 1967: 838 in der Fassung der Verordnung SFS 1983: 435, geändert durch Verordnung SFS 1984: 938; 1986: 1221; 1988: 987; 1989: 503; 1991: 1331; 1993: 197</i>] 3. Lagen om försvarsuppfinningar SFS 1971: 1078, omtryckt genom lag SFS 1978: 157, därefter ändrad genom lag 1980: 211; 1986: 1161 [3. <i>Gesetz über militärische Erfindungen SFS 1971: 1078 in der Fassung des Gesetzes SFS 1978: 157, geändert durch Gesetz SFS 1980: 211; 1986: 1161</i>] 4. Patentbestämmelser PRVFS 1981: 1, omtryckt genom PRVFS 1986: 4 P: 17; PRVFS 1992: 1 P: 23 [4. <i>Patentamtsverordnung PRVFS 1981: 1, in der Fassung der Verordnung PRVFS 1986: 4 P: 17; PRVFS 1992: 1 P: 23</i>]	SFS 1983: 433 1987: 1330 1991: 296 SFS 1983: 435; 1984: 938; 1986: 1221; 1988: 987; 1989: 503; 1991: 1331; 1993: 197 SFS 1978: 157; 1980: 211; 1986: 1161 PRVFS 1981: 1 1986: 4 P: 17 1992: 1 P: 23 –	Bl. f. PMZ 1985, 174 (Deutsch) IPLT SE 2-001 (Englisch, Französisch) Bl. f. PMZ 1979, 169; 1985, 281; 1989, 346 (Deutsch) IPLT SE 2-002 (Englisch, Französisch) – –	PatG PatV – PAV

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Schweiz/ Liechtenstein	1. Bundesgesetz betreffend die Erfindungspatente vom 25. Juni 1954 in der revidierten Fassung vom 17. Dezember 1976 2. Verordnung über die Erfindungspatente vom 19. Oktober 1977 (Patentverordnung) zuletzt geändert am 2. Dezember 1991 3. Verordnung über Gebühren des Bundesamtes für geistiges Eigentum vom 19. Oktober 1977 (Gebührenverordnung) geändert durch Verordnungen vom 14. September 1983 und 30. Juni 1993 4. Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 5. Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Schutz der Erfindungspatente vom 22. Dezember 1978 (Patenschutzvertrag) 6. Ausführungsvereinbarung zum schweizerisch-liechtensteinischen Patenschutzvertrag vom 10. Dezember 1979	SR 232.14 SR 232.141 SR 232.148 SR 172.021 SR 0232.149.514 SR 0.232.149.514.1	IPLT CH 2-001 (Englisch) IPLT CH 2-002 (Englisch) – – ABl.EPA 1980, 407 IPLT LI-CH 2-001 (Englisch, Französisch) ABl.EPA 1980, 412 IPLT LI-CH 2-001 (Englisch, Französisch)	PatG PatV GebV – Vertr. CH/LI v. 22.12.78 –
Spanien	1. LEY 11/1986, de 20 de marzo, de Patentes <i>[1. Patentgesetz 11/1986 vom 20. März 1986]</i> 2. REAL DECRETO 2424/1986 de 10 de octubre, relativo a la aplicación del Convenio sobre la concesión de patentes europeas hecho en Munich el 5 de octubre de 1973 <i>[2. Königliche Verordnung 2424/1986 vom 10. Oktober 1986 über die Anwendung des Übereinkommens über die Erteilung europäischer Patente, unterzeichnet in München am 5. Oktober 1973]</i> 3. REAL DECRETO 2245/1986, de 10 de octubre, por el que se aprueba el Reglamento para la ejecución de la Ley 11/1986, de 20 de marzo, de Patentes <i>[3. Königliche Verordnung 2245/1986 vom 10. Oktober 1986, mit der die Ausführungsordnung zum Patentgesetz 11/1986 vom 20. März 1986 gebilligt wird]</i>	BOE núm. 73/86, 11188 BOE núm. 283/86, 39247 BOE núm. 261/86, 36431	Bl. f. PMZ 1987, 21 (Deutsch) IPLT ES 2-001 (Englisch, Französisch) Bl. f. PMZ 1987, 177 (Deutsch) Bl. f. PMZ 1987, 165 (Deutsch)	PatG Kgl. VO 2424 Kgl. VO 2245

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Fund- stelle	3 Übersetzung veröffentlicht in (Sprache)	4 In dieser Übersicht benutzte Abkürzungen
Spanien	4. Ley 20/1987 de 7 octubre sobre tasas que deben satisfacer los solicitantes y concesionarios de patentes europeas por determinadas actividades a realizar en el Registro de la Propiedad Industrial [4. Gesetz 20/1987 vom 7. Oktober 1987 über die Gebühren, die von Anmeldern und Inhabern europäischer Patente für bestimmte Handlungen des „Registro de la Propiedad Industrial“ zu entrichten sind] 5. Ley 38/1992 de 29 diciembre 1992 [5. Gesetz 38/1992 vom 29. Dezember 1992]	BOE núm. 241/87, 30150 BOE núm. 312/88, 36470 BOE núm. 313/92	– –	Ges. 20/87 Ges. 38/92
Vereinigtes Königreich	1. Patents Act 1977 (as amended) [1. Patentgesetz 1977 (in geänderter Fassung)] 2. The Patents Rules 1990 [2. Patentausführungsbestimmungen 1990] 3. The Patents (Amendment) Rules 1987 [3. Patentausführungsbestimmungen (Änderungen) 1987] 4. The Patents (Amendment) Rules 1992 [4. Patentausführungsbestimmungen (Änderungen) 1992] 5. The Patents (Fees) Rules 1992 [5. Patentausführungsbestimmungen (Gebühren) 1992]	1977 c. 37 1986 c. 39 1988 c. 48 S.I. 1990/2384 S.I. 1987/288 S.I. 1992/1142 S.I. 1992/616	Bl. f. PMZ 1979, 200; 1986, 334; 1991, 260 (Deutsch) LTPI UK 2-001 (Französisch) – Bl. f. PMZ 1987, 196 (Deutsch) – –	PatV PatV 1987 PatV 1992 GebV

Europäische Patentanmeldungen können beim EPA in München, seiner Zweigstelle in Den Haag, seiner Dienststelle Berlin (nicht jedoch bei der Dienststelle Wien) oder, wenn das Recht eines Vertragsstaates es gestattet, bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz oder bei anderen zuständigen Behörden eines Vertragsstaats eingereicht werden.

Die folgende Tabelle enthält für jeden Vertragsstaat Angaben darüber, ob europäische Patentanmeldungen nach Wahl des Anmelders beim EPA oder einer nationalen Behörde eingereicht werden können, welche Anmeldungen bei den nationalen Behörden eingereicht werden müssen, in welchen Sprachen europäische Patentanmeldungen von den nationalen Behörden entgegengenommen werden und welche Besonderheiten im Zusammenhang mit der Einreichung zu beachten sind.

Für die Einreichung der Anmeldung ist die Bestellung eines Inlandsvertreters, wenn der Anmelder in dem betreffenden Staat weder Sitz noch Wohnsitz hat, nicht erforderlich (Artikel 133(1) und (2) EPÜ).

Es wird darauf hingewiesen, daß zu allen Anmeldungen, die nicht in Deutsch, Englisch oder Französisch eingereicht werden, eine Übersetzung in einer

dieser Sprachen innerhalb von 3 Monaten nach Einreichung der europäischen Anmeldung, jedoch nicht später als dreizehn Monate nach dem Prioritätstag vorzulegen ist (Artikel 14(2), Regel 6(1) EPÜ). Wird diese Übersetzung nicht fristgerecht eingereicht, so gilt die europäische Patentanmeldung als zurückgenommen (Artikel 90(3) EPÜ).

Europäische Teilanmeldungen sind stets unmittelbar beim EPA in München, Den Haag oder Berlin einzureichen (Artikel 76(1) EPÜ).

Was die in Spalte 3 aufgeführten Sprachen anbetrifft, wird empfohlen, Anmeldungen möglichst in den Amtssprachen dieser Staaten einzureichen, da insbesondere bei den Staaten, die die Anmeldungen aufgrund nationaler Sicherheitsbestimmungen überprüfen müssen, Verständigungsschwierigkeiten auftreten können, die möglicherweise zur Folge haben, daß europäische Patentanmeldungen wegen Nichteinhaltung der Übermittlungsfrist als zurückgenommen gelten (Artikel 77(5) EPÜ).

[illegible]

* vgl. hierzu Beschluß des Präsidenten des EPA und Mitteilung des EPA: ABI EPA 1992, 299 und 306

Vertragsstaat	1 Anmelder kann (vorbehaltlich Spalte 2) zwischen EPA u. nationalen Be- hörden wählen	2 Anmeldungen, für die die Einreichung bei nationalen Behörden vor- geschrieben ist	3 Sprachen, in denen europ. Patent- anmeldungen bei nationalen Behörden eingereicht werden müssen oder können	4 Amtssprachen	5 Besonderheiten
Irland The Patents Office 45 Merrion Square Dublin 2 Tel. (+ 35 31) 6 61 41 44	ja Art. 120(7) PatG		Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ	Irisch, Englisch	
Italien Ministero Industria, Commercio e Arti- giano - D.G.P.I. Ufficio Italiano Brevetti e Marchi Via Molise 19 I-00187 Roma Tel. (+ 39 6) 4 70 51, 47 05 30 32, 47 05 30 04	ja, wenn die Priorität einer vor mehr als 90 Tagen in Italien eingereichten Anmeldung in Anspruch genommen wird und die Anmeldung nicht der Geheimhaltungspflicht unterliegt Art. 1(1) u. (2) VOPr Nr. 32/1979	Europäische <u>Erst-</u> anmeldungen von Anmeldern mit Sitz oder Wohnsitz in Italien Art. 1(2) VOPr Nr. 32/1979	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ (siehe auch Spalte 5)	Italienisch	Europ. Patentanmeldungen können per Post, als Einschreiben mit Rückschein unmittelbar an das Italienische Patent- und Markenamt (Ufficio Italiano Brevetti e Marchi) geschickt werden oder bei der Provinzbehörde für Industrie, Handel und Handwerk (Ufficio provinciale dell'industria, del commercio e dell'artigianato de Rome, Via Capitan Bava- stro n. 116 - Roma) eingereicht werden. Europ. Patentanmeldungen, die nicht in Italienisch eingereicht werden, ist eine Übersetzung der Beschreibung und Patentansprüche u. ggf. eine Kopie der Zeichnungen beizufügen. Dies ist nicht erforderlich, wenn die Priorität einer vor mehr als 90 Tagen in Italien eingereichten Anmeldung in Anspruch genommen wird und die Anmeldung nicht der Geheimhaltungspflicht unterliegt Art. 1(2) u. (3) VOPr Nr. 32/1979 Art. 1 VO v. 30.6.82
Liechtenstein	siehe Schweiz				
Luxemburg Ministère de l'Economie Service de la pro- priété intellectuelle Boîte postale 97 L-2914 Luxem- bourg Tel. (+ 352) 4 78-1	ja Art. 7 Ges. v. 27.5.77	Anmeldungen, deren Gegenstand für die Verteidi- gung von Interesse ist Art. 8 Ges. v. 27.5.77, Ges. v. 8.7.67, VO v. 18.9.69	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ	Französisch Deutsch Luxemburgisch	Für die Übermittlung der Anmeldung an das EPA ist eine Gebühr von 500 LUF/BEF zu entrichten Art. 7(2) Ges. v. 27.5.77; Art. 1 VO v. 9.5.78

Vertragsstaat Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz	1 Anmelder kann (vorbehaltlich Spalte 2) zwischen EPA u. nationalen Be- hörden wählen	2 Anmeldungen, für die die Einreichung bei nationalen Behörden vor- geschrieben ist	3 Sprachen, in denen europ. Patent- anmeldungen bei nationalen Behörden eingereicht werden müssen oder können	4 Amtssprachen	5 Besonderheiten
Portugal Instituto Nacional da Propriedade Industrial (INPI) Campo das Cebolas P-1100 Lisboa Tel. (+ 35 11) 86 36 72, 87 11 01, 87 61 51/2/3	ja Art. 2(1) RVO	Anmelder mit Sitz oder Wohnsitz in Portugal müssen Anmeldungen bei INPI einreichen, wenn nicht die Priorität einer früheren portu- giesischen Anmel- dung beansprucht wird oder der Gegenstand der Anmeldung als geheim gilt Art. 2(2) RVO	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ Art. 3(1) RVO	Portugiesisch	Europäischen Patentanmel- dungen, die nicht in Portu- giesisch eingereicht werden, ist eine portugiesische Überset- zung der Beschreibung, der Patentansprüche und der Zu- sammenfassung sowie eine Kopie der Zeichnungen beizu- fügen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten; dies gilt jedoch nicht, wenn in der europäi- schen Anmeldung die Priorität einer früheren portugiesischen Anmeldung beansprucht wird Art. 3(2) RVO
Schweden Patent-och regi- streringsverket Box 5055 S-10242 Stock- holm Tel. (+ 46 8) 7 82 25 00 Fax (+ 46 8) 7 83 01 63	ja § 80(2) PatG	Erfindungen für Verteidigungs- zwecke, die in Schweden ge- macht worden sind oder einer in Schweden ansässi- gen Person oder einer schwedi- schen juristischen Person gehören, sind beim Schwe- dischen Patentamt einzureichen oder dem „Gransknings- nämnden för förs- varsuppfinningar“ (Prüfungsausschuß für Erfindungen für Verteidigungs- zwecke) vor- zulegen Gesetz über militä- rische Erfindungen	Schwedisch, Deutsch, Englisch, Französisch	Schwedisch	Anmeldungen können auch mittels Telekopie eingereicht werden *
Schweiz/ Liechtenstein Bundesamt für geistiges Eigentum Einsteinstr. 2 CH-3003 Bern Tel. (+ 41 31) 3 22 49 67 Fax (+ 41 31) 3 22 48 95	ja Art. 115 PatV	/	Alle Sprachen nach Artikel 14(1) und (2) EPÜ	Schweiz: Deutsch Französisch Italienisch Liechtenstein: Deutsch	Anmeldungen können auch mittels Telekopie eingereicht werden *

* vgl. hierzu Beschluß des Präsidenten des EPA und Mitteilung des EPA: ABl EPA 1992, 299 und 306

[illegible]

* vgl. hierzu Beschluß des Präsidenten des EPA und Mitteilung des EPA: ABI EPA 1992, 299 und 306

**A. Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach
Veröffentlichung gemäß Artikel 93 EPÜ (Artikel 67 EPÜ)**
**B. Einreichung von Übersetzungen der Patentansprüche
gemäß Artikel 67(3) EPÜ**

III.

Gemäß Artikel 67(1) EPÜ gewährt die europäische Patentanmeldung dem Anmelder vom Tag ihrer Veröffentlichung nach Artikel 93 EPÜ an in den in der Veröffentlichung angegebenen benannten Vertragsstaaten einstweilen den Schutz nach Artikel 64 EPÜ, d. h. dieselben Rechte, die ihm ein in diesem Staat erteiltes nationales Patent gewähren würde.

Artikel 67(2) gibt jedoch den Vertragsstaaten die Möglichkeit, einen geringeren als den in Artikel 64 EPÜ vorgesehenen Schutz zu gewähren. Dieser Schutz darf jedoch nicht geringer sein als derjenige, der sich auf Grund einer Veröffentlichung einer ungeprüften nationalen Patentanmeldung ergibt. Dem Patentanmelder muß zumindest das Recht eingeräumt werden, vom unbefugten Benutzer eine den Umständen nach angemessene Entschädigung verlangen zu können.

Eine weitere Ausnahme von der grundsätzlichen Regelung in Artikel 67(1) ist hinsichtlich des Tags, an dem der einstweilige Schutz eintritt, in Artikel 67(3) vorgesehen. Danach kann jeder

Vertragsstaat für den Fall, daß eine seiner Amtssprachen nicht die Verfahrenssprache ist, vorsehen, daß der einstweilige Schutz erst von dem Tag an eintritt, an dem eine Übersetzung der Patentansprüche nach Wahl des Anmelders in einer der Amtssprachen dieses Staats oder, soweit der betreffende Staat die Verwendung einer bestimmten Amtssprache vorgeschrieben hat, in dieser Amtssprache

- a) der Öffentlichkeit unter den nach nationalem Recht vorgesehenen Voraussetzungen zugänglich gemacht worden ist oder
- b) demjenigen übermittelt worden ist, der die Erfindung in diesem Vertragsstaat benutzt.

Bestimmte Fristen, innerhalb derer die o. g. Übersetzungen in den Vertragsstaaten einzureichen wären, sind nicht vorgesehen; der einstweilige Schutz tritt in den einzelnen Vertragsstaaten erst nach Erfüllung der Voraussetzungen nach Artikel 67(3) EPÜ ein.

**III. A. Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung
gemäß Artikel 93 EPÜ (Artikel 67 EPÜ)**

Vertragsstaat	1 Einstweiliger Schutz nach Art. 64 EPÜ (Art. 67(1) EPÜ)	2 Übersetzung der Patentansprüche nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich?	3 Art des Entschädigungs- anspruchs	4 Wann steht der in Spalte 3 genannte An- spruch zu, wenn Über- setzung nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich ist?
Belgien	nein Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77	ja Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77	eine den Umständen nach angemessene Ent- schädigung Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77
Dänemark	nein § 83 PatG	ja § 83(1) PatG	Entschädigung und Scha- densersatz in angemes- sener Höhe §§ 58(2) und 83(2) PatG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich gemacht worden ist § 83(1) PatG
Deutschland	nein Art. II § 1(1) IntPatÜG	ja Art. II § 1(2) IntPatÜG	eine den Umständen nach angemessene Ent- schädigung Art. II § 1(1) IntPatÜG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist Art. II § 1(2) IntPatÜG
Frankreich	ja, vorbehaltlich der Patenterteilung Art. L. 614-9. Ges. Nr. 92-597	ja Art. L. 614-9. Ges. Nr. 92-597	Schadenersatz; evtl. Be- schlagnahme der patent- verletzenden Gegen- stände; das angerufene Gericht setzt die Ent- scheidung über Verlet- zungsverfahren bis zur Patenterteilung aus Art. L. 614-9. Ges. Nr. 92-597	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist Art. L. 614-9. Ges. Nr. 92-597 Art. 9 u. 11 VO Nr. 78-1011
Griechenland	ja Art. 23(2) Ges. Nr. 1733/87 Art. 10 VOPr Nr. 77/88	ja Art. 23(3) Ges. Nr. 1733/87 Art. 10 VOPr Nr. 77/88	Schadenersatz; evtl. Be- schlagnahme der patent- verletzenden Gegen- stände; das angerufene Gericht kann die Ent- scheidung bis zur Patent- erteilung aussetzen Art. 17(3) Ges. Nr. 1733/87	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich ist Art. 10 VOPr Nr. 77/88
Irland	ja Art. 44, 56, 120 PatG	ja Art. 120(6) PatG	Schadenersatz; Schaden- ersatzklage kann erst nach Patenterteilung er- hoben werden Art. 56 PatG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist Art. 56(1), 120(b) PatG

Vertragsstaat	1 Einstweiliger Schutz nach Art. 64 EPÜ (Art. 67(1) EPÜ)	2 Übersetzung der Patentansprüche nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich?	3 Art des Entschädigungs- anspruchs	4 Wann steht der in Spalte 3 genannte An- spruch zu, wenn Über- setzung nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich ist?
Italien	ja Art. 3 VOPr Nr. 32/1979	ja Art. 3 VOPr Nr. 32/1979	Schadenersatz; evtl. Fest- stellung und Beschlag- nahme der patentver- letzenden Gegenstände und zu deren Herstellung verwendeten Mittel Art. 81, 86 Kgl. VO Nr. 1127	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit <i>durch das IT-Patentamt</i> nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist Art. 3 VOPr Nr. 32/1979 Art. 83 ^{bis} Kgl. VO Nr. 1127; VO v. 30.6.82
Liechtenstein	siehe Schweiz			
Luxemburg	nein Art. 3(1) Ges. v. 27.5.77	ja Art. 4(1) Ges. v. 27.5.77	eine den Umständen nach angemessene Ent- schädigung Art. 3(2) Ges. v. 27.5.77	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist Art. 4(1) Ges. v. 27.5.77
Monaco	ja Art. 2 VO Nr. 10.427	ja Art. 2(2) VO Nr. 10.427	Schadenersatz und ggf. Geldstrafe; evtl. Be- schlagnahme der patent- verletzenden Gegen- stände Art. 44, 45, 48, 50 PatG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche dem vermeintlichen Verletzer mitgeteilt wurde. (Die Übersetzung ist dem vermeintlichen Patentver- letzer und nicht dem MC-Patent- amt zuzustellen) Art. 2(2) VO Nr. 10.427
Niederlande	nein Art. 43 B(1) PatG	ja Art. 43 B(3) PatG	eine den Umständen nach angemessene Ent- schädigung Art. 43 B(1), (2) PatG	30 Tage nachdem der Anmelder einen Hinweis auf seine Rechte dem Benutzer zugestellt hat; dem Hinweis ist eine niederländ. Übersetzung oder ein Hinweis auf die Offenlegung der Über- setzung durch das Amt beizu- fügen Art. 43 B(3) PatG
Österreich	nein § 4(1) PatV-EG	ja § 4(2) PatV-EG	eine den Umständen nach angemessene Ent- schädigung § 4(1) PatV-EG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist § 4(2) PatV-EG
Portugal	nein Art. 4(1) RVO	ja Art. 4(1) RVO	eine den Umständen nach angemessene Ent- schädigung; das ange- rufene Gericht setzt die Entscheidung über Verlet- zungsverfahren bis zur Patenterteilung aus Art. 333 PatG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche und eine Kopie der Zeichnungen der Öffentlichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich ist Art. 4 RVO

Vertragsstaat	1 Einstweiliger Schutz nach Art. 64 EPÜ (Art. 67(1) EPÜ)	2 Übersetzung der Patentansprüche nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich?	3 Art des Entschädigungs- anspruchs	4 Wann steht der in Spalte 3 genannte An- spruch zu, wenn Über- setzung nach Art. 67(3) EPÜ erforderlich ist?
Schweden	nein § 88(2) PatG	ja § 88(1) PatG	eine den Umständen nach angemessene Ent- schädigung §§ 58, 87, 88(2) PatG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich und ein Hin- weis hierauf im Schwedischen Patentblatt veröffentlicht wor- den ist § 88(2) PatG
Schweiz / Liechtenstein	nein Art. 111(1) PatG	ja Art. 112 PatG	Schadenersatz; Schaden- ersatzklage kann erst nach Patenterteilung er- hoben werden Art. 111(2), 73(3) PatG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist Art. 112 PatG
Spanien	nein Art. 59 PatG Art. 5 Kgl. VO 2424	ja Art. 5 Kgl. VO 2424	eine den Umständen nach angemessene Ent- schädigung Art. 59 PatG	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich ist Art. 5 Kgl. VO 2424
Vereinigtes Königreich	ja Art. 78(1), (2), (3d), 69(1) PatG	ja Art. 78(7), (8) PatG Regel 5 PatV 1987, Regel 80 und Anhang 4, 3 PatV	Schadenersatz; Gerichts- verfahren können erst nach Patenterteilung an- gestrengt werden Art. 69 PatG (vgl. auch Art. 62 PatG bzgl. „gutgläubiger Verletzter“)	Zeitpunkt, zu dem die Überset- zung der Ansprüche der Öffent- lichkeit nach Maßgabe von III.B. Spalte 7 zugänglich oder dem Benutzer übermittelt worden ist Art. 78(7) PatG

III. B. Einreichung von Übersetzungen der Patentansprüche gemäß Artikel 67(3) EPÜ

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	3 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	4 Formblatt vor- geschrieben?	5 Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen
Belgien	ja; wird die Übersetzung nicht von einem beim OPRI zugelassenen Vertreter oder einem Rechtsanwalt eingereicht, so ist die Einreichung unwirksam Art. 55(2), 58 PatG (siehe auch ABI. EPA 11/1986, S. 393)	nein	Französisch oder Niederländisch (siehe jedoch Spalte 10!)	nein	1 Art. 4(1) Kgl. Erl. v. 27.2.81
Dänemark	nein; entspricht die Übersetzung nicht den Erfordernissen gemäß § 83 PatG, kann das DPO verlangen, daß die Mängel von einem Inlandsvertreter behoben werden § 12 PatG und § 116 PatV	nein	Dänisch § 83(1) PatG	Empfohlen, aber nicht obligatorisch	2

6 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 35(3)-(14) EPÜ entsprechen?	7 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	8 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	9 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	10 Besonderheiten
ja Art. 4(1) Kgl. Erl. v. 27.2.81	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 3(3) Ges. v. 8.7.77; Art. 1 Kgl. Erl. v. 18.12.86; Art. 4 Kgl. Erl. v. 27.2.81	ja (Schreibfehler) Art. 7 Kgl. Erl. v. 27.2.81	nein	Hinsichtlich der Sprache der Übersetzung sind die Bestimmungen des „Kgl. Erlasses vom 18.7.66 zur Koordinierung der Gesetze über die Verwendung der Sprachen in der Verwaltung“ zu beachten. Es sind folgende Sprachen zu verwenden: – Französisch oder Niederländisch für natürliche und juristische Personen mit Sitz oder Wohnsitz im Ausland – Französisch oder Niederländisch für natürliche Personen mit Wohnsitz in Belgien – Private Unternehmen in Belgien müssen die Sprache der Region benutzen, in der ihr Geschäftssitz liegt (Französisch oder Niederländisch) Die Übersetzung muß neben dem Namen des Anmelders die Veröffentlichungsnummer der europäischen Patentanmeldung und eine Übersetzung der Bezeichnung der Erfindung enthalten Art. 4(2), (3) Kgl. Erl. v. 27.2.81
ja	Hinweis im dänischen Patentblatt „Dansk Patenttidende“; Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich § 83(1) PatG §§ 113 und 114(2) PatV	ja § 86(2) PatG	nein	Bei Einreichung der Übersetzung ist die Anmeldenummer der europäischen Patentanmeldung sowie Name und Anschrift des Anmelders anzugeben. Andernfalls gilt die Übersetzung als nicht eingereicht. Der Übersetzung ist die Bezeichnung der Erfindung in dänischer Sprache beizufügen § 113 PatV

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	3 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	4 Formblatt vor- geschrieben?	5 Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen
Deutschland	nein	a) DEM 100,-; b) innerhalb eines Monats nach Ein- gang des Antrags auf Veröffentlichung Art. II § 2(1) IntPatÜG; Nr. 113800 Gebühren- verzeichnis PatGebG	Deutsch Art. II § 1a(2) IntPatÜG	ja EPA/DPA 110 (siehe auch Spalte 10) § 1 Veröffentl. VO	2 § 2 Veröffentl. VO
Frankreich	nein; es wird jedoch empfohlen, eine inländi- sche Zustellanschrift anzugeben Der vor dem EPA zuge- lassene, bevollmäch- tigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	a) FRF 230; b) Tag der Einreichung der Übersetzung (siehe auch Spalte 10) Art. 11 und 18 VO Nr. 78-1011; Erl. v. 28.12.92	Französisch Art. L.614-9. Ges. Nr. 92-597	nein	2 Mitteilung des INPI in PIBD 1979 I 59
Griechenland	Die Einreichung muß durch den Anmelder oder einen griechischen Rechtsanwalt erfolgen. Hat der Anmelder weder Sitz noch Wohn- sitz in Griechenland, ist ein inländischer Zustel- lungsbevollmächtigter zu benennen Art. 19 VOPr Nr. 77/88	a) GRD 46500 b) Tag der Einreichung der Übersetzung beim OBI; der Hin- weis auf die Einrei- chung der Überset- zung wird erst nach Entrichtung der Ge- bühr veröffentlicht Art. 9(1) VOPr Nr. 77/88 Art. 2(14) Beschl. v. 18.11.92	Griechisch Die Übersetzung muß von einem griechischen Rechtsanwalt oder einer zur Beglaubig- ung befugten Be- hörde beglaubigt werden Art. 23(5) Ges. Nr. 1733/87 Art. 9(2) VOPr Nr. 77/88	nein	2 Art. 9(1) VOPr Nr. 77/88

6 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?	7 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	8 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	9 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	10 Besonderheiten
ja	Veröffentlichung einer Druckschrift; Hinweis im Patentblatt Art. II § 2(1) IntPatÜG	ja	DEM 100,– Art. II § 2(1) IntPatÜG; Nr. 113800 Gebührenverzeichnis PatGebG	Auf allen an das Patentamt gerichteten Sendungen ist mindestens im Kopf des jeweils ersten Blattes die Anmelde- nummer der europäischen Patentanmel- dung unter Voranstellung der Abkürzung „EP“ anzubringen § 3 Veröffentl. VO Wird der Antrag auf Veröffentlichung der deutschen Übersetzung nicht auf dem vorgeschriebenen Formblatt (siehe Spalte 4) eingereicht, so bleibt dies ohne nachteilige Rechtsfolgen (Beanstandung, Verzögerung der Veröffentlichung), sofern die Übersetzung zusammen mit allen in § 1 der Veröffentlichungs VO genannten Angaben eingereicht worden ist. Wird die Gebühr gemäß Spalte 2 nicht rechtzeitig gezahlt, so gilt die Überset- zung als nicht eingereicht Art. II § 2(1) IntPatÜG
(siehe auch Spalte 10)	Veröffentlichung eines Hinweises im Bulletin officiel (BOPI); Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 9 VO Nr. 78-1011	ja Art. L.614-10. Ges. Nr. 92-597	FRF 230 Art. 12 u. 18 VO Nr. 78-1011; Erl. v. 28.12.92	Der Übersetzung ist ein Antrag auf Ver- öffentlichung und der Nachweis über die Zahlung der erforderlichen Gebühr beizu- fügen (Art. 11 VO Nr. 78-1011) Sie kann sowohl bei INPI in Paris als auch bei den Zweigstellen in Bordeaux, Lille, Lyon, Marseille, Nancy, Nizza-Sophia Antipolis, Rennes und Straßburg einge- reicht werden (PIBD 1981 I 15; 1983 I 81; 1985 I 376; 1987 I 53; 1993 I 23) Wegen weiterer empfohlener Formvor- schriften siehe Mitteilungen des INPI in PIBD 1979 I 8, I 59 und 1981 I 36
ja Art. 9(3) VOPr Nr. 77/88	Hinweis im EDBI; Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 9(5) VOPr Nr. 77/88	ja; es sind die Nummer und das Datum des EDBI anzugeben, in dem der Hinweis auf die erste Einreichung der Übersetzung veröffentlicht ist	nein	Der Übersetzung sind die europäische Anmelde- und Veröffentlichungsnummer, der Name und die Anschrift des Anmel- ders sowie die Erfindungsbezeichnung in griechischer Sprache beizufügen. Art. 9(2) VO Pr Nr. 77/88 Die Einreichung der Übersetzung der Ansprüche wird in das Eingangsbuch Band B eingetragen Art. 9(4) VOPr Nr. 77/88

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	3 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	4 Formblatt vor- geschrieben?	5 Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen
Irland	ja; Anmelder ohne Wohnsitz oder Sitz in Irland müssen sich in allen Verfahren von einem bevollmächtigten Patentanwalt vertreten lassen. Eine Zustellan- schrift in Irland ist an- zugeben, die die eines Patentanwalts sein kann Regeln 92, 93(1) PatVO	a) IEP 30 b) Tag der Einreichung der Übersetzung Regel 84 und Anhang I PatVO	Englisch Art. 120(6) PatG	nein	1
Italien	nein, es ist jedoch eine inländische Zustellan- schrift anzugeben	ein Exemplar des Form- blatts gem. Spalte 4 ist gebührenpflichtig (ITL 15000: durch Gebüh- renmarken, Stempel- papier (marca da bollo oder carta bollata) oder internationale Post- anweisung zahlbar; für jeweils 4 Seiten oder angefangene Seite ITL 15000 durch Gebührenmarken zahlbar; wird Eingangs- bestätigung gewünscht, ist ein 4. gebühren- pflichtiges Formblatt (ITL 15000) einzu- reichen) Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82 Art. 4 VO v. 30.6.82	Italienisch Art. 3 VOPr Nr. 32/1979	ja – 3fach (wird Eingangs- bestätigung ge- wünscht: 4fach; vgl. Spalte 2) Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82	1 Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82
Liechtenstein	siehe Schweiz				
Luxemburg	ja Art. 9 ^{bis} PatG	a) LUF/BEF 300 b) Tag der Einreichung der Übersetzung Art. 2(3) VO v. 9.5.78	Französisch oder Deutsch Art. 4(1) Ges. v. 27.5.77	nein	1 Art. 2 VO v. 9.5.78
Monaco	nein	nein	Französisch	nein	1 (siehe Spalte 10)

6 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 35(3)-(14) EPÜ entsprechen?	7 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	8 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	9 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	10 Besonderheiten
ja	Einsichtnahme im Patentamt; Kopien möglich	ja	ja, wie Spalte 2 zahlbar innerhalb eines Monats nach Einreichung der berichtigten Übersetzung, wenn diese vom IPO veröffentlicht werden soll	
Regel 15 PatVO	Art. 2, 100(3), 120(6) PatG Regel 65 und Anhang I PatVO	Art. 121(3) PatG Regel 85 PatVO	Art. 121(3) PatG Regel 85 und Anhang I PatVO	
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja	wie Spalte 2	Die Übersetzungen sind bei den Provinzbehörden für Industrie, Handel und Handwerk in den Provinzhauptstädten (Uffici provinciali dell'industria, del commercio, e dell'artigianato dei capoluoghi di provincia) einzureichen oder können auf dem Postweg (eingeschriebener Brief mit Rückschein) beim Italienischen Patentamt in Rom eingereicht werden (vgl. auch ABl. EPA 1982, 428)
		Art. 5(4) VO Pr Nr. 32/1979		Art. 3 VO Pr Nr. 32/1979 i.V. mit Art. 2 VO v. 30.6.82
ja	Eintragung in das Patentregister; Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja	ja LUF/BEF 300	Die Zahlung von Gebühren kann ohne Vermittlung eines Vertreters erfolgen. Der Übersetzung sind der Name und die Anschrift des Anmelders sowie die Nummer und das Datum der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung beizufügen
	Art. 2(4) VO v. 9.5.78	Art. 4(2) Ges. v. 27.5.77	Art. 2(5) VO v. 9.5.78	Art. 2(1) VO v. 9.5.78
/	/	ja	nein	Die Übersetzung ist dem vermeintlichen Patentverletzer und nicht dem MC-Patentamt zuzustellen.
		Art. 3(2) VO Nr. 10.427		

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	3 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	4 Formblatt vor- geschrieben?	5 Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen
Niederlande	nein; der vor dem EPA zugelassene, bevoll- mächtigte Vertreter braucht keine neue Voll- macht vorzulegen	nein	Niederländisch Art. 43B(3) PatG	nein	2 Art. 29(1) PatV
Österreich	ja § 24 PatV-EG § 21(4) PatG	a) ATS 1600 zuzüglich ATS 350 für die sechste und jede weitere Seite der Übersetzung (siehe auch Spalte 10!) b) die Übersetzung wird erst nach Ent- richtung der Gebühr veröffentlicht § 4(2) u. § 22 PatV-EG § 166(10) PatG	Deutsch § 4(2) PatV-EG	nein	1
Portugal	ja Art. 7 RVO	a) 500 PTE (Vorlage- gebühr) 5000 PTE (Anmeldegebühr) 6000 PTE Veröffent- lichungsgebühr b) Der Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung wird erst nach Zahlung der Gebühr ver- öffentlicht VO Nr. 599/91 Art. 8 RVO	Portugiesisch	nein	1
Schweden	nein; der vor dem EPA zugelassene, bevoll- mächtigte Vertreter braucht keine neue Voll- macht vorzulegen	a) SEK 200 b) der Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung wird erst nach Entrich- tung der Gebühr veröffentlicht § 88(1) PatG § 45 PatV	Schwedisch; die Übersetzung ist von demjenigen, der sie erstellt hat und dafür verantwortlich zeichnet, zu beglau- bigen § 88(1) PatG §§ 39 a, 41 PAV	nein	2
Schweiz/ Liechtenstein	nein, wenn die Ein- reichung vorschrifts- mäßig erfolgt Der vor dem EPA zugelassene, bevoll- mächtigte Vertreter braucht keine neue Voll- macht vorzulegen. Art. 13 PatG	nein	Deutsch oder Französisch oder Italienisch Art. 112 PatG Art. 4(1) PatV	nein	1 Art. 112 PatG

6 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?	7 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	8 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	9 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	10 Besonderheiten
es sind keine nationalen Bestimmungen über die äußere Form der Übersetzung vorgesehen	Einsichtnahme in der Abteilung „Anmeldungen Registers“; Hinweis in „De Industriële Eigendom“ Art. 43B(5) PatG	keine gesetzlichen Bestimmungen vorgesehen	/	
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich; Hinweis im Patentblatt § 9 PAV	ja	ja, wie Spalte 2 § § 6(2), 22 PatV-EG	Die Zahlung der Veröffentlichungsgebühr gilt erst als erfolgt, wenn sie ordnungsgemäß nachgewiesen wurde § 22(3) PatV-EG § 169 PatG; § 4 (4) PMMV
ja	Hinweis im portugiesischen Patentblatt; Kopien möglich Art. 4(2), (3) RVO	ja Art. 11(1) RVO	500 PTE (Vorlagegebühr)	Hat der Anmelder keinen Sitz- oder Wohnsitz in Portugal, muß die Übersetzung von einem portugiesischen Vertreter beglaubigt sein Art. 7 RVO
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich; Hinweis im schwedischen Patentblatt „Svensk Patenttidning“ § 88(1) PatG § 62(2) PatV	ja § 91(2) PatG	SEK 200 § 91(2) PatG § 45 PatV	Mit der Übersetzung ist die Anmeldenummer der europäischen Patentanmeldung sowie Name und Anschrift des Anmelders anzugeben. Andernfalls gilt die Übersetzung als nicht eingereicht § 61 PatV
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 116(4) PatV	ja Art. 114 PatG Art. 116(5) PatV	nein	Bei Einreichung der Übersetzung ist die Anmelde- oder Veröffentlichungsnummer der europäischen Patentanmeldung anzugeben Art. 116(1) PatV

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	3 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	4 Formblatt vor- geschrieben?	5 Anzahl der einzureichenden Ausfertigungen
Spanien	ja; wird die Übersetzung nicht von einem nationalen Vertreter eingereicht, so ist die Einreichung unwirksam Art. 155 PatG	a) ESP 11640 (ESP 10890 für Übersetzungen auf magnetischen Datenträgern) b) die Übersetzung wird erst nach Entrichtung der Gebühr veröffentlicht Art. 6 Kgl. VO 2424 Ges. 20/87; Ges. 38/92	Spanisch (siehe Spalte 10) Art. 5 Kgl. VO 2424	ja	3
Vereinigtes Königreich	nein, es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben (Brief oder Form 56/77) Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen Regel 30 PatV	a) GBP 35 b) Tag der Einreichung der Übersetzung Anlage zur GebV	Englisch Art. 78(7) PatG	ja, Form 56/77 2fach Regel 80 und Anhang 4, 3 PatV	2 Regel 80 und Anhang 4, 3 PatV

6 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 35(3)-(14) EPÜ entsprechen?	7 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	8 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	9 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	10 Besonderheiten
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich; Hinweis im „Boletín Oficial de la Propiedad Industrial“ Art. 5 und 12 Kgl. VO 2424	ja Art. 12 Kgl. VO 2424	ja, wie Spalte 2 Art. 12 Kgl. VO 2424 Ges. 20/87; Ges. 38/92	Hat der Anmelder weder Sitz noch Wohnsitz in Spanien, muß die Übersetzung von einem beim ES-Patentamt zugelassenen Patentanwalt oder einem anerkannten, vereidigten Dolmetscher angefertigt sein Art. 6 Kgl. VO 2424
ja	Zugänglich bei „Science Reference and Information Service“, London; Kopien beim UK Patentamt erhältlich; Hinweis im „Official Journal (Patents)“; Eintragung in das Patentregister Art. 78(7) PatG Regel 80 und Anhang 4, 6 PatV	ja a) Form 57/77 (Art. 80(3)) 2fach oder b) Form 47/77 (Art. 117, Regel 91) 2fach Art. 80(3), 117 PatG Regel 80, 91 und Anhang 4, 4 PatV	a) GBP 35 Innerhalb von 14 Tagen ab dem Tag, an dem die berichtigte Übersetzung eingereicht wird b) GBP 40 mit Einreichung der berichtigten Übersetzung und des Antrags fällig Art. 80(3) PatG Regel 80 und Anhang 4, 4 PatV Anhang GebV	Die Übereinstimmung der nach Artikel 78(7) oder 80(3) PatG eingereichten Übersetzung mit dem Originaltext der Ansprüche ist dem „comptroller“ gegenüber zu bestätigen Regel 80 und Anhang 4, 5 PatV

1. Rechtsgrundlage

Nach Artikel 65(1) des Europäischen Patentübereinkommens kann jeder Vertragsstaat für den Fall, daß die Fassung, in der das Europäische Patentamt für diesen Staat ein europäisches Patent zu erteilen oder in geänderter Fassung aufrechtzuerhalten beabsichtigt, nicht in einer seiner Amtssprachen vorliegt, vorschreiben, daß der Anmelder oder Patentinhaber bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eine Übersetzung der Fassung nach seiner Wahl in einer der Amtssprachen dieses Staats, oder, soweit der betreffende Staat die Verwendung einer bestimmten Amtssprache vorgeschrieben hat, in dieser Amtssprache einzureichen hat.

2. Rechtslage in den Vertragsstaaten

Von den 17 Vertragsstaaten haben 15, nämlich Belgien, Deutschland, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Liechtenstein, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweiz, Schweden, Spanien und das Vereinigte Königreich, Vorschriften nach Artikel 65(1) und (2) EPÜ erlassen.

In allen diesen Staaten ist in Übereinstimmung mit Artikel 65(3) EPÜ vorgesehen, daß bei Nichtbeachtung der entsprechenden nationalen Bestimmungen die Wirkungen des europäischen Patents als von Anfang an nicht eingetreten gelten. Unter welchen Voraussetzungen im einzelnen dieser Rechtsverlust eintritt, bestimmt sich nach dem nationalen Recht dieser Vertragsstaaten. Bei Versäumung der vorgeschriebenen Frist zur Einreichung der Übersetzung (vgl. Spalte 2) besteht in den Vertragsstaaten Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz/Liechtenstein, Spanien und Vereinigtes Königreich die Möglichkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter den Voraussetzungen des nationalen Rechts.

Die Vertragsstaaten Luxemburg und Monaco verlangen derzeit keine Übersetzung der europäischen Patentschrift.

Mit Ausnahme Belgiens (vgl. Tabelle, Spalte „Besonderheiten“) hat keiner der Vertragsstaaten mit mehreren Amtssprachen für die Übersetzung eine bestimmte Amtssprache vorgeschrieben.

Mit Ausnahme Belgiens gelten Übersetzungen der Patentschrift, soweit die sonstigen nationalen Erfordernisse erfüllt sind, in allen betroffenen Vertragsstaaten auch dann als ordnungsgemäß eingereicht, wenn die vorgeschriebene Angabe einer Zustellanschrift oder die Bestellung eines Inlandsvertreters erst nach dem Zeitpunkt der Einreichung (ggf. innerhalb einer von den nationalen Patentbehörden gesetzten Frist) erfolgt.

3. Gesonderte Reihen von Patentansprüchen

Enthält die europäische Patentanmeldung auf Grund von Vorbehalten gemäß Artikel 167(2) EPÜ (vgl. Vorbemerkungen zu Tabelle IX) oder im Fall älterer nationaler Rechte (Artikel 54(3), Regel 87 EPÜ) für verschiedene Staaten gesonderte Reihen von Patentansprüchen, so ist nur eine Übersetzung derjenigen Anspruchsreihe einzureichen, mit der das europäische Patent in dem betreffenden Staat wirksam werden soll.

4. Wirkung des europäischen Patents als nationales Patent

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß vorbehaltlich Art. 68 EPÜ die Wirkung eines europäischen Patents als ein in einem Vertragsstaat erteiltes nationales Patent grundsätzlich am Tag der Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung im Europäischen Patentblatt eintritt. Dies bedeutet, daß der Patentinhaber für den Eintritt dieser Wirkung keine besonderen Handlungen vor den nationalen Patentbehörden vornehmen muß, wenn das europäische Patent vom EPA in einer von diesem Staat nach Artikel 65(1) EPÜ vorgeschriebenen Sprache veröffentlicht wurde oder dieser Staat keine Übersetzung der Patentschrift verlangt. Wegen der Zahlung von nationalen Jahresgebühren wird auf Tabelle VI verwiesen.

5. Erläuterungen zur Tabelle

Die nachstehende Tabelle enthält für jeden der obengenannten Staaten Angaben, die den Anmeldern die Einreichung der Übersetzung der Patentschrift bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz erleichtern sollen. Ferner enthält sie Informationen darüber, wie die eingereichten Übersetzungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 Frist zur Einreichung der Übersetzung	3 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	4 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	5 Formblatt vorge- schrieben?	6 Anzahl der einzu- reichenden Ausferti- gungen
Belgien	ja; wird die Übersetzung nicht von einem bei OPRI zugelassenen Vertreter oder einem Rechtsanwalt eingereicht, so ist die Einreichung unwirksam Art. 55(2)PatG (siehe auch ABl. EPA 11/1986, S. 393)	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt Art. 5(1) Ges. v. 8.7.77 (siehe auch Spalte 11)	nein	Französisch oder Niederländisch (vorbehaltlich Spalte 11!)	nein	1 Art. 6(3) Kgl. Erl. v. 27.2.81
Dänemark	nein; entspricht die Übersetzung nicht den Erfordernissen nach § 77 PatG, kann das DPO verlangen, daß die Mängel von einem Inlandsvertreter behoben werden § 12 und 66 PatG § 61 PatV	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt § 77 PatG § 112 PatV	a) DKK 1100 zuzüglich DKK 220 für jede über 5 Seiten hinausgehende volle oder angefangene Seite der Übersetzung (einschließlich etwaiger Zeichnungen) b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2 § 77(1) PatG; § 112 PatV § 1(9) GebV	Dänisch § 77(1) PatG	empfohlen, aber nicht obligatorisch	1
Deutschland ¹	nein	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt Art. II § 3(1) IntPatÜG	a) DEM 250,— b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2 Art. II § 3(1) IntPatÜG Nr. 113820 Gebührenverzeichnis PatGebG	Deutsch Art. II § 3(1) IntPatÜG	nein	2 § 2 ÜbersV

¹ Betrifft europäische Patente, auf deren Erteilung ab dem 1. Juni 1992 im Europäischen Patentblatt hingewiesen wird.

7 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)-(14) EPÜ entsprechen?	8 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	9 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	10 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	11 Besonderheiten
ja Art. 6(2) Kgl. Erl. v. 27.8.81	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 5(3) Ges. v. 8.7.77 Art. 5 Kgl. Erl. v. 27.2.81 Art. 1 Kgl. Erl. v. 10.11.56	ja (Schreibfehler) Art. 7 Kgl. Erl. v. 27.8.81	nein	Hinsichtlich der Sprache der Übersetzung sind die Bestimmungen des „Königlichen Erlasses vom 18.7.66 zur Koordinierung der Gesetze über die Verwendung der Sprachen in der Verwaltung“ zu beachten (siehe Tabelle III B Spalte 10) Wird die Übersetzung vor der Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt (siehe Spalte 2) eingereicht, muß das Datum und die Nummer des Patentblatts mit dieser Bekanntmachung angegeben werden ¹ Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen. Die Qualität der Kopie muß eine unmittelbare Vervielfältigung nach Regel 35(3) EPÜ ermöglichen (siehe auch ABl. EPA 1986, 72
ja	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung im Patentblatt „Dansk Patenttidende“; Einsichtnahme im Lesesaal; Veröffentlichung einer Druckschrift, Druckschrift erhältlich § 77(2) und (3) PatG	ja § 86(1) PatG	ja, wie Spalte 3a) § 86(1) PatG § 1(IX) GebV	Der Übersetzung sind die Anmeldenummer der europäischen Patentanmeldung sowie Name und Anschrift des Anmelders beizufügen. Hält das EPA das Patent in geänderter Form aufrecht, so sind der Übersetzung des geänderten Textes die Nummer des europäischen Patents sowie Name und Anschrift des Patentinhabers beizufügen § 112(3) PatV Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten
ja	Veröffentlichung einer Druckschrift. Hinweis im Patentblatt und in der Patentrolle Art. II § 3(3) IntPatÜG	ja, die Übersetzung der gesamten Schrift ist erforderlich unter Angabe der berichtigten Textbestandteile Art. II § 3(4) IntPatÜG § 6 ÜbersV	ja, wie Spalte 3a) innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags Art. II § 3(4) IntPatÜG Nr. 113820 Gebührenverzeichnis PatGebG	Mit der Übersetzung sind auf einem gesonderten, vom Patentinhaber oder seinem Vertreter unterschriebenen Blatt anzugeben: – Vor- und Zuname / Firma und vollständige Anschrift des Patentinhabers – falls ein Vertreter bestellt ist, dessen Vor- und Zuname und Anschrift – Die Anmelde- und Veröffentlichungsnr. des europäischen Patents und die Bezeichnung der Erfindung – das vom DPA vergebene Aktenzeichen, soweit bekannt § 1 ÜbersV Für Patente, die nach einem Einspruchsverfahren in geänderter Fassung aufrecht erhalten werden, ist keine Übersetzung erforderlich, wenn der Hinweis auf die Patenterteilung im Europäischen Patentblatt vor dem 1. Juni 1992 erfolgt ist. Art. II § 3 IntPatÜG

¹ Wird der Hinweis auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch verschoben oder aufgehoben, ist das Amt hiervon umgehend zu unterrichten; das neue Datum der Bekanntmachung und die Nummer des Europäischen Patentblatts sind baldmöglichst mitzuteilen.

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 Frist zur Einreichung der Übersetzung	3 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	4 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	5 Formblatt vorge-schrieben?	6 Anzahl der einzu-reichenden Ausfertigungen
Frankreich	nein; es wird jedoch empfohlen, eine inländische Zustellanschrift anzugeben Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt (siehe auch Spalte 11)	a) FRF 230 b) Tag der Einreichung der Übersetzung	Französisch	nein (siehe jedoch Spalte 11)	2
		Art. 8 VO Nr. 78-1011	Art. 11 und 18 VO Nr. 78-1011; Erl. v. 28.12.92	Art. L. 614-7. Ges. Nr. 92-597	Mitteilung des INPI in PIBD 1979 I 185 und 1986 I 43	wie Spalte 5
Griechenland	Die Einreichung muß durch den Anmelder oder einen griechischen Rechtsanwalt erfolgen. Hat der Anmelder weder Sitz noch Wohnsitz in Griechenland, ist ein inländischer Zustellungsbevollmächtigter zu benennen Art. 19 VOPr Nr. 77/88	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt Art. 11 VOPr Nr. 77/88	a) GRD 62000 b) Tag der Einreichung der Übersetzung beim OBl; der Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung wird erst nach Entrichtung der Gebühr veröffentlicht Art. 12(1), 18 VOPr Nr. 77/88 Art. 2(15) Beschl. v. 18.11.92	Griechisch Die Übersetzung muß von einem griechischen Rechtsanwalt oder einer zur Beglaubigung befugten Behörde beglaubigt werden Art. 11(1) VOPr Nr. 77/88	nein	2 Art. 12(1) VOPr Nr. 77/88
Irland	ja Regel 93(1) PatVO	6 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt Art. 119(6), (7) PatG Regel 83 PatVO	a) IEP 30 b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2 Regel 83(2) und Anhang I PatVO	Englisch Art. 119(6) PatG	nein	1

7 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?	8 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	9 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	10 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	11 Besonderheiten
ja wie Spalte 5	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung im Bulletin Officiel (BOPI); Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 9 VO Nr. 78-1011	ja; der Antragsteller muß die Nummer und das Datum des BOPI angeben, in dem der Hinweis auf die erste Einreichung der Übersetzung veröffentlicht worden ist Art. L. 614-9. Ges. Nr. 92-597 PIBD 1981 I 36	ja, wie Spalte 3a) Art. 12 und 18 VO Nr. 78-1011 Erl. v. 28.12.92	Der Übersetzung ist der Nachweis über die Zahlung der erforderlichen Gebühr beizufügen; Art. 8 u. 11 VO Nr. 78-1011. Sie kann sowohl beim INPI in Paris als auch bei den Zweigstellen in Bordeaux, Lille, Lyon, Marseille, Nancy, Nizza-Sophia Antipolis, Rennes und Straßburg eingereicht werden (PIBD 1981 I 15; 1983 I 81; 1985 I 376; 1987 I 53; 1993 I 23) Im oberen Viertel der ersten Seite ist anzugeben: – die europäische Veröffentlichungsnummer – die Anmeldenummer – Nr. und Datum des europ. Patentblattes, in dem auf die Erteilung hingewiesen wurde (PIBD 1986 I 43) Wegen weiterer empfohlener Formvorschriften siehe auch die Mitteilung des INPI in PIBD 1979 I 185 und 1981 I 36 Erfolgt die Einreichung der Übersetzung nicht rechtzeitig, so wird hierauf im Patentblatt (BOPI) hingewiesen Art. 10 VO Nr. 78-1011 Wird die Übersetzung vor der Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über den Einspruch im Europäischen Patentblatt (siehe Spalte 2) eingereicht, muß das Datum dieser Bekanntmachung angegeben werden
ja Art. 12(2) VOPr Nr. 77/88	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung im EDBI; Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 13(1) und (2) VOPr Nr. 77/88	ja; es ist die Nummer und das Datum des EDBI anzugeben, in dem der Hinweis auf die erste Einreichung der Übersetzung veröffentlicht worden ist Art. 13(4) VOPr Nr. 77/88	nein	Der Übersetzung sind die europäische Anmelde- und Veröffentlichungsnummer, der Name und die Anschrift des Patentinhabers sowie Nummer und Datum des Europäischen Patentblattes, in dem auf die Erteilung hingewiesen wurde, beizufügen Art. 12(3) VO Pr Nr. 77/88 Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift 2fach in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten Art. 12(4) VOPr Nr. 77/88
ja Regel 15 PatVO	Einsichtnahme im Patentamt Kopien möglich Art. 2, 100(3), 119(6), (8) PatG Regel 65 und Anhang I PatVO	ja Art. 119(6), 121(3) PatG	IEP 30 innerhalb von 1 Monat ab dem Tag, an dem die berichtigte Übersetzung eingereicht wird, wenn diese vom IPO veröffentlicht werden soll Regel 85 und Anhang I PatVO	

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 Frist zur Einreichung der Übersetzung	3 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	4 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	5 Formblatt vorge- schrieben?	6 Anzahl der einzu- reichenden Ausferti- gungen
Italien	nein; es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt Art. 4(4) VOPr Nr. 32/1979	a) + b) eine Ausfertigung des Formblatts gemäß Spalte 5 ist gebührenpflichtig (ITL 15000: durch Gebührenmarken, Stempelpapier (marca da bollo oder carta bollata) oder internationale Postanweisung zahlbar; für jeweils 4 Seiten oder angefangene Seite ITL 15000 durch Gebührenmarken zahlbar; wird Eingangsbestätigung gewünscht, ist ein 4. gebührenpflichtiges Formblatt (ITL 15000) einzureichen) Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82 Art. 4 VO v. 30.6.82	Italienisch; der Patentinhaber oder sein Vertreter müssen auf der letzten Seite der Übersetzung erklären, daß die Übersetzung vollkommen mit dem Originaltext übereinstimmt Art. 4(4) VOPr Nr. 32/1979	ja – 3fach (wird Eingangsbestätigung gewünscht: 4fach; vgl. Spalte 3) Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82	1 Rundschreiben Nr. 160 v. 7.7.82
Liechtenstein	siehe Schweiz					
Niederlande	nein; es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben (siehe auch Spalte 11) Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen Art. 29 O PatG	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt (siehe auch Spalte 11) Art. 29 P(1) PatG Art. 31 L(1), (2) PatV	a) NLG 55 b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2 Art. 17(7), 31 L(3) PatV	Niederländisch; Die Übersetzung muß von einem niederländischen Vertreter beglaubigt sein (siehe auch Spalte 11) Art. 29 P(1) PatG	nein	2 Art. 22, 23, 31 L(4) PatV

7 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)–(14) EPÜ entsprechen?	8 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	9 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	10 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	11 Besonderheiten
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich	ja; es ist das Formular gemäß Spalte 5 zu verwenden; das IT-Patentamt empfiehlt, die bei Einreichung der Übersetzung erteilte nationale Hinterlegungsnummer anzugeben Art. 5(4) VOPr Nr. 32/1979	wie Spalte 3	Die Übersetzungen sind bei den Provinzbehörden für Industrie, Handel und Handwerk in den Provinzhauptstädten (Uffici provinciali dell'industria, del commercio e dell'artigianato dei capoluoghi di provincia) einzureichen oder können auf dem Postweg (eingeschriebener Brief mit Rückschein) beim Italienischen Patentamt in Rom eingereicht werden (vgl. auch ABI. EPA 1982, 428) Art. 4 VO Pr Nr. 32/1979 i.V. mit Art. 2 VO v. 30.6.82 Das IT-Patentamt empfiehlt, eine Übersetzung der Zusammenfassung, die in der europäischen Patentanmeldung erscheint, und eine Kopie der Zeichnungen einzureichen
ja	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung in „De Industriële Eigendom“; Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 29 P(3) PatG	ja; die berichtigte Übersetzung muß von einem niederländischen Vertreter beglaubigt sein Art. 29 P(7) PatG	ja, wie Spalte 3a) Art. 29 P(7) PatG Art. 17(7) PatV	Auf der Übersetzung ist die Veröffentlichungsnummer des europäischen Patents anzugeben. Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten. Die in Spalte 4 und 9 genannte Beglaubigung soll in Form einer von dem Vertreter unterschriebenen Erklärung erfolgen, daß die Übersetzung nach dessen bestem Wissen vollständig und korrekt ist. <i>Das Patent erlischt, wenn der Anmelder nicht innerhalb von drei Monaten seit dem Tag, an dem ein Hinweis auf die Erteilung des Patents in das öffentliche Register des NL-Patentamts eingetragen wurde, die vorgeschriebene Zustellanschrift angibt</i> Art. 29 O PatG Art. 31 L(4), (5) PatV Wird die Übersetzung vor der Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt (siehe Spalte 2) eingereicht, muß das Datum dieser Bekanntmachung angegeben werden Das NL-Patentamt übersendet dem Patentinhaber oder seinem Vertreter zu jedem europäischen Patent (NL) eine Zusammenstellung wichtiger Daten. Der Patentinhaber erhält außerdem, soweit er keinen Vertreter bestellt hat, ein „Merkblatt für Inhaber europäischer Patente mit Geltungsbereich: NL“

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 Frist zur Einreichung der Übersetzung	3 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	4 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	5 Formblatt vorge- schrieben?	6 Anzahl der einzu- reichenden Ausfertigungen
Österreich	ja § 24 PatV-EG § 21(4) PatG	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt § 5(1), (2) PatV-EG	a) ATS 1600 zuzüglich ATS 350 für die sechste und jede weitere Seite der Übersetzung sowie ATS 350 für das dritte und jedes weitere Blatt der dazugehörenden Zeichnungen b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2 § § 5(1), 22 PatV-EG § 166(10) PatG	Deutsch § 5(1) PatV-EG	nein	1
Portugal	ja Art. 7 RVO	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt Art. 6(1) RVO	a) 500 PTE (Vorlagegebühr) 6000 PTE (Veröffentlichungsgebühr) 5000 PTE (Anmeldegebühr; diese Gebühr wird nur fällig, wenn der Patentinhaber keine Übersetzung der Patentansprüche für die Zwecke des einstweiligen Schutzes eingereicht hatte) b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2 Art. 6(2) RVO VO Nr. 599/91	Portugiesisch	nein	1
Schweden	ja; vorschriftsmäßige Übersetzungen und Gebührenzahlungen werden jedoch angenommen. Der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen § 71 PatG	3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt § 60(1) PatV	a) SEK 900 zuzüglich SEK 155 für jede über 8 hinausgehende angefangene Seite der Übersetzung (ggf. einschließlich der Zeichnungen) b) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2 § 82(1) PatG; § 45 u. 64 PatV	Schwedisch; die Übersetzung ist von demjenigen, der sie erstellt hat und dafür verantwortlich zeichnet, zu beglaubigen § 82(1) PatG § 39a, 41 PAV	nein	2

7 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)-(14) EPÜ entsprechen?	8 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	9 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	10 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	11 Besonderheiten
ja § 9 PAV	Veröffentlichung der Übersetzung u. ggf. einer Berichtigung in Form einer Druckschrift; Hinweis auf die veröffentlichte Druckschrift und ggf. auf die Berichtigung im Patentblatt § § 5(1), 6(3), (4) PatV-EG	ja § 6(2) PatV-EG	ja, wie Spalte 3a) § 6(2), 22 PatV-EG § 166(3), (10) PatG	Die Zahlung der Veröffentlichungsgebühr gilt erst als erfolgt, wenn sie ordnungsgemäß nachgewiesen wurde § 22(3) PatV-EG § 169 PatG § 4(4) PMMV Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten
ja	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung im portugiesischen Patentblatt und im Patentregister; Einsichtnahme; Kopien möglich Art. 8(1), 9(1) RVO	ja Art. 11(1) RVO	500 PTE Vorlagegebühr	Hat der Patentinhaber keinen Wohn- oder Geschäftssitz in Portugal, muß die Übersetzung von einem portugiesischen Vertreter beglaubigt sein Der Übersetzung der europäischen Patentschrift ist eine Kopie der Zeichnungen auch dann beizufügen, wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten Art. 6(3), 7 RVO
ja	Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung im schwedischen Patentblatt „Svensk Patent-tidning“; Veröffentlichung einer Druckschrift (ggf. auch der berichtigten Übersetzung) § 82(2), (3) PatG	ja § 91(1) PatG § 63 PatV	ja, wie Spalte 3a) § 91(1) PatG § 45 u. 64 PatV	Der Übersetzung sind die Anmeldenummer der europäischen Patentanmeldung sowie Name und Anschrift des Anmelders beizufügen. Hält das EPA das Patent in geändertem Umfang aufrecht, so sind der Übersetzung des geänderten Textes die Nummer des europäischen Patents sowie Name und Anschrift des Patentinhabers beizufügen § 60(2) PatV Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 Frist zur Einreichung der Übersetzung	3 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	4 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	5 Formblatt vorge- schrieben?	6 Anzahl der einzu- reichenden Ausferti- gungen
Schweiz/ Liechtenstein	nein, wenn die Ein- reichung vor- schriftsmäßig er- folgt; der vor dem EPA zugelassene bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Voll- macht vorzulegen Art. 13 PatG	bis zur Veröffent- lichung des Hin- weises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrecht- erhaltung des Patents in geänder- ter Fassung im Euro- päischen Patentblatt Art. 113(2) PatG	nein	Deutsch oder Französisch oder Italienisch (siehe auch Spalte 11) Art. 113(1) PatG Art. 4(1) PatV	nein	1 Art. 113(1) PatG
Spanien	ja; wird die Über- setzung nicht von einem nationalen Vertreter einge- reicht, so ist die Einreichung un- wirksam Art. 155 PatG	3 Monate nach Be- kanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrecht- erhaltung des Patents in geänder- ter Fassung im Euro- päischen Patentblatt Art. 8 Kgl. VO 2424	a) ESP 31050 zuzüglich ESP 1250 für jede über 22 hinausge- hende Seite der Übersetzung (ESP 26290 zuzüglich ESP 1000 für Übersetzungen auf magnetischen Datenträgern) b) die Übersetzung wird erst nach Entrichtung der Gebühr veröffent- licht Art. 9 Kgl. VO 2424 Ges. 20/87 Ges. 38/92	Spanisch (siehe Spalte 11) Art. 7 Kgl. VO 2424	ja	3

7 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)-(14) EPÜ entsprechen?	8 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	9 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	10 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	11 Besonderheiten
ja	Einsichtnahme im Lesesaal; Kopien möglich Art. 116(4) PatV	ja Art. 114 PatG Art. 116(5) PatV	nein	Bei Einreichung der Übersetzung ist die Anmelde- oder Veröffentlichungsnummer des europäischen Patents anzugeben. Es sind auch die in Zeichnungen enthaltenen Texte zu übersetzen. Ist das europäische Patent im Einspruchsverfahren in geändertem Umfang aufrechterhalten worden, so kann die neue Übersetzung ganz oder teilweise durch eine Erklärung ersetzt werden, in welchem Umfang die frühere Übersetzung auch für die geänderte Patentschrift gilt Art. 116(1), (2) PatV
ja	Veröffentlichung der Übersetzung u. ggf. einer Berichtigung in Form einer Druckschrift; Hinweis auf die Einreichung der Übersetzung im „Boletín Oficial de la Propiedad Industrial“ und im „Patentregister“ Art. 9, 10, 12 Kgl. VO 2424	ja Art. 12 Kgl. VO 2424	ja, wie Spalte 3a) Art. 12 Kgl. VO 2424 Ges. 20/87	Hat der Anmelder weder Sitz noch Wohnsitz in Spanien, muß die Übersetzung von einem beim ES-Patentamt zugelassenen Patentanwalt oder einem anerkannten vereidigten Dolmetscher angefertigt sein. Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten Art. 8 Kgl. VO 2424

Vertragsstaat	1 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	2 Frist zur Einreichung der Übersetzung	3 a) Besondere Gebühr vorgesehen? b) Fälligkeit	4 Sprache(n), in der (denen) die Übersetzung eingereicht werden muß	5 Formblatt vorge- schrieben?	6 Anzahl der einzu- reichenden Ausferti- gungen
Vereinigtes Königreich	nein; es ist jedoch eine inländische Zustellanschrift anzugeben (Brief oder Form 54/77 [Patent] oder Form 55/77 [geändertes Patent]). Der vor dem EPA zugelassene, be- vollmächtigte Ver- treter braucht keine neue Voll- macht vorzulegen	i) 3 Monate nach Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entschei- dung über die Auf- rechterhaltung des Patents in geänder- ter Fassung im Euro- päischen Patentblatt ii) Verlängerung von 1 Monat (Regel 110(3) oder iii) auf Antrag länger (Regel 110(4) soweit dem Antrag statt- gegeben wird (Regel 110(6)) siehe auch Spalte 11	a) i) GBP 35 ii) GBP 135 iii) GBP 135 (mit Form 52/77) sowie weitere GBP 135 (mit Form 53/77) wenn dem Antrag stattgegeben wird. b) i) innerhalb der Frist gemäß Spalte 2 i) ii) bei Einreichung von Form 50/77 vor Ablauf des in Spalte 2 ii) genann- ten Monats iii) bei Einreichung von Form 52/77, un- abhängig davon, ob die in Spalte 2 i) ge- währte Frist (ein- schließlich einer ge- mäß Regel 110(3) gewährten Verlänge- rung) abgelaufen ist.	Englisch	ja; Spalte 2 i): Form 54/77 (Patent) oder Form 55/77 (geändertes Patent) 2fach Spalte 2 ii): Form 50/77 Spalte 2 iii): Form 52/77 im allge- meinen zu- sammen mit einer eidesstatt- lichen Ver- sicherung zur Be- gründung des Antrags; wird dem Antrag stattgege- ben, ist Form 53/77 einzu- reichen	2 Originale
	Regel 30 PatV	Regel 80, 110(3), 110(4), 110(6) und Anhang 4, 2 PatV	Regel 80 und Anhang 4, 2 PatV Anlage zur GebV	Art. 77(6) PatG	Regel 80, 110(3), 110(4), 110(6) und Anhang 4, 1 PatV	Regel 80 und Anhang 4, 1 PatV

7 Werden Unterlagen angenommen, die den Formerfordernissen nach Regel 32 u. 35(3)-(14) EPÜ entsprechen?	8 Art und Weise, in der die Übersetzung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird	9 Berichtigung der Übersetzung zulässig?	10 Besondere Gebühr für die Berichtigung vorgesehen?	11 Besonderheiten
ja	Zugänglich bei „Science Reference and Information Service“, London; Kopien beim UK Patentamt erhältlich; Hinweis in „Official Journal (Patents)“; Eintragung in das Patentregister	ja; a) Form 57/77 (Art. 80(3)) 2fach oder b) Form 47/77 (Art. 117, Regel 91) 2fach	a) GBP 35 Innerhalb von 14 Tagen ab dem Tag, an dem die berichtigte Übersetzung eingereicht wird b) GBP 40 mit Einreichung der berichtigten Übersetzung und des Antrags fällig	Die Übereinstimmung der nach Artikel 77(6)a), 77(6)b) oder 80(3) PatG eingereichten Übersetzung mit dem Originaltext der Patentschrift ist dem „Comptroller“ gegenüber zu bestätigen Regel 80 und Anhang 4, 5 PatV Mit der Übersetzung sind Zeichnungen der europäischen Patentschrift in Kopie einzureichen, selbst wenn diese keinen zu übersetzenden Text enthalten Regel 80 und Anhang 4, 1(2) PatV Wird die Übersetzung vor der Bekanntmachung des Hinweises auf die Patenterteilung bzw. die Entscheidung über die Aufrechterhaltung des Patents in geänderter Fassung im Europäischen Patentblatt (siehe Spalte 2) eingereicht, muß das Datum dieser Bekanntmachung angegeben werden
Regel 80 und Anhang 4, 1(3), 4 PatV	Art. 77(8) PatG Regel 80 und Anhang 4, 6 PatV	Art. 80(3), 117 PatG Regel 80, 91 und Anhang 4, 4 PatV	Art. 80(3), 117 PatG Regel 80, 91 und Anhang 4, 4 PatV	

Im Verfahren vor dem EPA sowie in jedem Vertragsstaat stellt der Wortlaut einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents in der Verfahrenssprache die verbindliche Fassung dar.

Jeder Vertragsstaat kann vorsehen, daß in seinem Staat eine im Übereinkommen vorgeschriebene Übersetzung in einer seiner Amtssprachen für den Fall maßgebend ist, daß der Schutzbereich der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents (Artikel 69 EPÜ) in der Sprache der Übersetzung enger ist als der Schutzbereich in der Verfahrenssprache; dies gilt nicht für Nichtigkeitsverfahren.

Jeder Vertragsstaat, der eine solche Vorschrift erläßt,

- a) muß dem Anmelder oder Patentinhaber gestatten, eine berichtigte Übersetzung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents einzureichen.
- b) kann vorsehen, daß derjenige, der in diesem Staat in gutem Glauben eine Erfindung in Benutzung genommen oder wirkliche und ernsthafte

Veranstaltungen zur Benutzung einer Erfindung getroffen hat, deren Benutzung keine Verletzung der Anmeldung oder des Patents in der Fassung der ursprünglichen Übersetzung darstellen würde, nach Eintritt der rechtlichen Wirkung der berichtigten Übersetzung die Benutzung in seinem Betrieb oder für die Bedürfnisse seines Betriebs unentgeltlich fortsetzen darf [Artikel 70(4)b)].

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen darüber, welche Fassung einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents im Fall der Einreichung von Übersetzungen nach Artikel 67(3) EPÜ und 65(1) EPÜ als verbindliche Fassung maßgebend ist und ob ein Staat Bestimmungen über den in Artikel 70(4)b) vorgesehenen Fall der gutgläubigen Zwischenbenutzung erlassen hat.

Vertragsstaat	1 Verbindliche Fassung einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents	2 Wurden Vorschriften nach Art. 70 (4b) erlassen?
Belgien	Keine Vorschriften nach Artikel 70(3) EPÜ. Der Wortlaut in der Verfahrenssprache ist maßgebend	/.
Dänemark	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache § 85(1) PatG	ja § 86(3) PatG
Deutschland	Keine Vorschriften nach Artikel 70(3) EPÜ. Der Wortlaut in der Verfahrenssprache ist maßgebend	/.
Frankreich	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. L. 614-10. Ges. Nr. 92-597	ja Art. L. 614-10. Ges. Nr. 92-597
Griechenland	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 14(2) VOPr Nr. 77/88	ja Art. 16 VOPr Nr. 77/88
Irland	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 121 PatG	ja Art. 121(4) PatG
Italien	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 5(2) VOPr Nr. 32/1979	ja Art. 5(5) VOPr Nr. 32/1979
Liechtenstein	siehe Schweiz	
Luxemburg ¹	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 6(1) ges. v. 27.5.77	ja Art. 6(2) Ges. v. 27.5.77
Monaco ¹	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 3(1) VO Nr. 10.427	ja Art. 3(3) VO Nr. 10.427
Niederlande	Keine Vorschriften nach Artikel 70(3) EPÜ. Der Wortlaut in der Verfahrenssprache ist maßgebend	/.
Österreich	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache § 6(1) PatV-EG	ja § 6(6) PatV-EG
Portugal	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 10 RVO	ja Art. 11(2) RVO
Schweden	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache § 90 PatG	ja § 91(3) PatG
Schweiz/Liechtenstein	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 116(1) PatG	ja Art. 116(2), (3) PatG
Spanien	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 11 Kgl. VO 2424	ja Art. 12 Kgl. VO 2424
Vereinigtes Königreich	Übersetzung falls Schutzbereich enger als in der Verfahrenssprache Art. 80(2) PatG 1977	ja Art. 80(4) PatG

¹ Vertragsstaat verlangt nur eine Übersetzung der Patentansprüche gemäß Artikel 67 Absatz 3 EPÜ

Nach Artikel 141 EPÜ können „nationale“ Jahresgebühren für das europäische Patent für die Jahre erhoben werden, die an das Jahr anschließen, in dem der Hinweis auf die Erteilung des europäischen Patents im „Europäischen Patentblatt“ bekanntgemacht wird. Nähere Hinweise zur Berechnung der Patentjahre, für die „nationale“ Jahresgebühren zu zahlen sind, sind im Amtsblatt Nr. 6/1984, S. 272 f. veröffentlicht worden.

Die nachstehende Tabelle enthält die wichtigsten nationalen Rechtsvorschriften und Erfordernisse, die für die Zahlung der „nationalen Jahresgebühren“ für europäische Patente zu beachten sind. Nationale Bestimmungen für die Ermäßigung von Jahresgebühren im Zusammenhang mit Lizenzrechten und eventuellen Vorschriften über Stundungsmöglichkeiten und Zahlungsaufschub sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Unabhängig von den Angaben in Spalte 3 der nachstehenden Tabelle ist für alle Vertragsstaaten die in Artikel 141(2) vorgesehene Mindestfrist maßgebend, d. h. „nationale“ Jahresgebühren für das europäische Patent, die innerhalb von zwei Monaten nach der Bekanntmachung des Hinweises auf die Erteilung des europäischen Patents fällig werden, gelten als wirksam entrichtet, wenn sie innerhalb dieser Frist gezahlt werden. Eine nach nationalem Recht vorgesehene Zuschlagsgebühr wird nicht erhoben.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die in den Spalten 1 und 3 angegebenen Gebührenbeträge in verschiedenen Vertragsstaaten häufigen Änderungen unterliegen. Das EPA kann daher keine Gewähr für die Gültigkeit dieser Beträge übernehmen. Es ist jedoch wie schon bisher bemüht, über derartige Änderungen möglichst aktuell in seinem Amtsblatt zu berichten.

a) Vertragsstaat b) Rechtsgrundlage für die Erhebung von Jahresgebühren	1 Höhe der Gebühren	2 a) Fälligkeitstag (im jeweiligen Patentjahr) b) Zahlungsfrist (ohne Zuschlagsgebühr)*	3 Nachfrist zur Zahlung der Gebühren (mit Zuschlagsgebühr) a) Zeitraum b) Zuschlagsgebühr																																								
a) Belgien b) Art. 5 § 3 Ges. v. 8.7.77 Art. 9 Kgl. Erl. v. 27.2.81	<table> <tr><td>Jahr</td><td>BEF</td><td>Jahr</td><td>BEF</td></tr> <tr><td>3.</td><td>1200</td><td>12.</td><td>7600</td></tr> <tr><td>4.</td><td>1600</td><td>13.</td><td>8400</td></tr> <tr><td>5.</td><td>2000</td><td>14.</td><td>9200</td></tr> <tr><td>6.</td><td>2800</td><td>15.</td><td>10000</td></tr> <tr><td>7.</td><td>3600</td><td>16.</td><td>10800</td></tr> <tr><td>8.</td><td>4400</td><td>17.</td><td>11600</td></tr> <tr><td>9.</td><td>5200</td><td>18.</td><td>12400</td></tr> <tr><td>10.</td><td>6000</td><td>19.</td><td>13200</td></tr> <tr><td>11.</td><td>6800</td><td>20.</td><td>14000</td></tr> </table> GebE	Jahr	BEF	Jahr	BEF	3.	1200	12.	7600	4.	1600	13.	8400	5.	2000	14.	9200	6.	2800	15.	10000	7.	3600	16.	10800	8.	4400	17.	11600	9.	5200	18.	12400	10.	6000	19.	13200	11.	6800	20.	14000	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) 1 Monat Art. 9 Kgl. Erl. v. 27.2.81 Art. 40 PatG	a) Beginn des 2. bis Ende des 6. Monats ab Fälligkeitstag Art. 40 PatG b) 3.–10. Jahr 2500 BEF 11.–20. Jahr 7500 BEF GebE
Jahr	BEF	Jahr	BEF																																								
3.	1200	12.	7600																																								
4.	1600	13.	8400																																								
5.	2000	14.	9200																																								
6.	2800	15.	10000																																								
7.	3600	16.	10800																																								
8.	4400	17.	11600																																								
9.	5200	18.	12400																																								
10.	6000	19.	13200																																								
11.	6800	20.	14000																																								
a) Dänemark b) § 81 PatG	<table> <tr><td>Jahr</td><td>DKK</td><td>Jahr</td><td>DKK</td></tr> <tr><td>3.</td><td>500</td><td>12.</td><td>2250</td></tr> <tr><td>4.</td><td>1000</td><td>13.</td><td>2500</td></tr> <tr><td>5.</td><td>1100</td><td>14.</td><td>2750</td></tr> <tr><td>6.</td><td>1200</td><td>15.</td><td>3000</td></tr> <tr><td>7.</td><td>1350</td><td>16.</td><td>3250</td></tr> <tr><td>8.</td><td>1500</td><td>17.</td><td>3500</td></tr> <tr><td>9.</td><td>1650</td><td>18.</td><td>3750</td></tr> <tr><td>10.</td><td>1850</td><td>19.</td><td>4000</td></tr> <tr><td>11.</td><td>2050</td><td>20.</td><td>4250</td></tr> </table> § 2 GebV	Jahr	DKK	Jahr	DKK	3.	500	12.	2250	4.	1000	13.	2500	5.	1100	14.	2750	6.	1200	15.	3000	7.	1350	16.	3250	8.	1500	17.	3500	9.	1650	18.	3750	10.	1850	19.	4000	11.	2050	20.	4250	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) /.	a) 6 Monate ab Fälligkeitstag b) 20% §§ 81(2), 41 PatG § 2(2) GebV
Jahr	DKK	Jahr	DKK																																								
3.	500	12.	2250																																								
4.	1000	13.	2500																																								
5.	1100	14.	2750																																								
6.	1200	15.	3000																																								
7.	1350	16.	3250																																								
8.	1500	17.	3500																																								
9.	1650	18.	3750																																								
10.	1850	19.	4000																																								
11.	2050	20.	4250																																								
a) Deutschland¹ b) Art. II § 7 IntPatÜG	<table> <tr><td>Jahr</td><td>DEM</td><td>Jahr</td><td>DEM</td></tr> <tr><td>3.</td><td>100</td><td>12.</td><td>1050</td></tr> <tr><td>4.</td><td>100</td><td>13.</td><td>1300</td></tr> <tr><td>5.</td><td>150</td><td>14.</td><td>1550</td></tr> <tr><td>6.</td><td>225</td><td>15.</td><td>1800</td></tr> <tr><td>7.</td><td>300</td><td>16.</td><td>2100</td></tr> <tr><td>8.</td><td>400</td><td>17.</td><td>2400</td></tr> <tr><td>9.</td><td>500</td><td>18.</td><td>2700</td></tr> <tr><td>10.</td><td>600</td><td>19.</td><td>3000</td></tr> <tr><td>11.</td><td>800</td><td>20.</td><td>3300</td></tr> </table> PatGebG	Jahr	DEM	Jahr	DEM	3.	100	12.	1050	4.	100	13.	1300	5.	150	14.	1550	6.	225	15.	1800	7.	300	16.	2100	8.	400	17.	2400	9.	500	18.	2700	10.	600	19.	3000	11.	800	20.	3300	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) 2 Monate § 17(1) u. (3) PatG	a) 4 Monate nach Ablauf des Monats, in dem eine Nachricht des Patentamts zugestellt worden ist b) 10% § 17(3) PatG PatGebG
Jahr	DEM	Jahr	DEM																																								
3.	100	12.	1050																																								
4.	100	13.	1300																																								
5.	150	14.	1550																																								
6.	225	15.	1800																																								
7.	300	16.	2100																																								
8.	400	17.	2400																																								
9.	500	18.	2700																																								
10.	600	19.	3000																																								
11.	800	20.	3300																																								
a) Frankreich b) Art. 16 VO Nr. 78-1011 Art. L. 612-19. Ges. Nr. 92-597 Art. 70, 94, 122 VO Nr. 79-822 VO Nr. 81-599	<table> <tr><td>Jahr</td><td>FRF</td><td>Jahr</td><td>FRF</td></tr> <tr><td>3.</td><td>190</td><td>12.</td><td>1535</td></tr> <tr><td>4.</td><td>220</td><td>13.</td><td>1725</td></tr> <tr><td>5.</td><td>310</td><td>14.</td><td>1930</td></tr> <tr><td>6.</td><td>630</td><td>15.</td><td>2175</td></tr> <tr><td>7.</td><td>740</td><td>16.</td><td>2420</td></tr> <tr><td>8.</td><td>850</td><td>17.</td><td>2690</td></tr> <tr><td>9.</td><td>990</td><td>18.</td><td>2980</td></tr> <tr><td>10.</td><td>1155</td><td>19.</td><td>3250</td></tr> <tr><td>11.</td><td>1335</td><td>20.</td><td>3610</td></tr> </table> Erl. v. 28.12.92	Jahr	FRF	Jahr	FRF	3.	190	12.	1535	4.	220	13.	1725	5.	310	14.	1930	6.	630	15.	2175	7.	740	16.	2420	8.	850	17.	2690	9.	990	18.	2980	10.	1155	19.	3250	11.	1335	20.	3610	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) Bei nicht ausreichender Zahlung ist keine Zuschlagsgebühr erforderlich, wenn der fehlende Betrag innerhalb der Frist zur Zahlung der Zuschlagsgebühr entrichtet wird Art. 94 VO 79-822 VO Nr. 81-599	a) innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeitstag b) 3.–10. Jahr 115 FRF 11.–20. Jahr 345 FRF Art. L. 612-19. Ges. Nr. 92-597 Art. 70 und 122 VO Nr. 79-822; Erl. v. 28.12.92
Jahr	FRF	Jahr	FRF																																								
3.	190	12.	1535																																								
4.	220	13.	1725																																								
5.	310	14.	1930																																								
6.	630	15.	2175																																								
7.	740	16.	2420																																								
8.	850	17.	2690																																								
9.	990	18.	2980																																								
10.	1155	19.	3250																																								
11.	1335	20.	3610																																								

* Für die erste zu entrichtende Jahresgebühr s. Art. 141(2) EPÜ

¹ Das Deutsche Patentamt vergibt für europäische Patente eine nationale Patentnummer, die bei allen Zahlungen und Mitteilungen an dieses Amt anzugeben ist

4 Zustellung einer Zahlungsaufforderung bei Nichtzahlung a) vorgesehen b) Zeitpunkt der Absendung	5 Wiedereinsetzung a) vorgesehen b) Frist zur Stellung des Antrags	6 Bestellung eines Inlandsvertreters für a) Zahlung der Gebühren b) Zustellung einer Zahlungsaufforderung c) Wiedereinsetzungsverfahren	7 Information über das Erlöschen des Patents bei Nichtzahlung der Jahresgebühren
a) nein b) /	a) ja b) Beginn des 7. bis Ende des 8. Monats ab Fälligkeitstag Art. 41 PatG	a) ja b) / c) ja Art. 55(2) PatG	– Bestätigung der Nichtzahlung auf Antrag – Veröffentlichung im Patentregister Art. 40 PatG
a) nein; jedoch wird an Anmelder/Vertreter mit Sitz oder Wohnsitz in Dänemark ein Postscheckvordruck zugestellt b) innerhalb von zwei bis vier Wochen nach dem Fälligkeitstag	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses; spätestens innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf der Nachfrist gemäß Spalte 3 § 72 PatG	a) nein b) nein c) nein, aber ein Inlandsvertreter wird empfohlen	– Bekanntmachung im dänischen Patentblatt „Dansk Patenttidende“ – Eintragung im Patentregister § 51 PatG § 51(2) PatV
a) ja b) gesetzlich nicht festgelegt § 17(3) PatG	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses; spätestens 1 Jahr nach Ablauf der versäumten Frist § 123 PatG	a) nein b) nein c) ja (vgl. auch Mitteilung Nr. 4/84 des Präsidenten des DPA im Bl. f. PMZ 1984, 117 = ABI. EPA 1984, 275) § 25 PatG	– Mitteilung an Patentinhaber gemäß § 17(3) PatG – Eintragung in die Patentrolle – Veröffentlichung im Patentblatt § 30(1) u. 32(5) PatG
a) ja, wenn die Zahlung nicht bis zum Fälligkeitstag erfolgt ist b) nicht durch Verordnung festgelegt Art. 71 VO Nr. 79-822	a) ja b) 3 Monate nach Mitteilung des Beschlusses des Direktors des INPI über die Feststellung des Erlöschens des Patents Art. L. 613-22. Ges. Nr. 92-597 Art. 108 VO Nr. 79-822	a) nein b) nein, es wird jedoch empfohlen, eine inländische Zustellanschrift anzugeben c) nein	– Feststellung durch Beschluß des Direktors des INPI (Zustellung an Patentinhaber) – Veröffentlichung des Beschlusses im Bulletin Officiel (BOPI) – Eintragung im Patentregister Art. L. 613-22. Ges. Nr. 92-597 Art. 73 VO Nr. 79-822

a) Vertragsstaat b) Rechtsgrundlage für die Erhebung von Jahresgebühren	1 Höhe der Gebühren	2 a) Fälligkeitstag (im jeweiligen Patentjahr) b) Zahlungsfrist (ohne Zuschlagsgebühr)*	3 Nachfrist zur Zahlung der Gebühren (mit Zuschlagsgebühr) a) Zeitraum b) Zuschlagsgebühr																																								
a) Griechenland b) Art. 24 Ges. Nr. 1733/87 Art. 17 VO Pr Nr. 77/88	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th><th>GRD</th><th>Jahr</th><th>GRD</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td>3.</td><td>10000</td><td>12.</td><td>37000</td></tr> <tr><td>4.</td><td>11500</td><td>13.</td><td>40500</td></tr> <tr><td>5.</td><td>14000</td><td>14.</td><td>44500</td></tr> <tr><td>6.</td><td>17000</td><td>15.</td><td>48500</td></tr> <tr><td>7.</td><td>20000</td><td>16.</td><td>53500</td></tr> <tr><td>8.</td><td>23000</td><td>17.</td><td>58500</td></tr> <tr><td>9.</td><td>26500</td><td>18.</td><td>64000</td></tr> <tr><td>10.</td><td>30000</td><td>19.</td><td>70500</td></tr> <tr><td>11.</td><td>33500</td><td>20.</td><td>77000</td></tr> </tbody> </table> Art. 2(12) Beschluß v. 18.11.92	Jahr	GRD	Jahr	GRD	3.	10000	12.	37000	4.	11500	13.	40500	5.	14000	14.	44500	6.	17000	15.	48500	7.	20000	16.	53500	8.	23000	17.	58500	9.	26500	18.	64000	10.	30000	19.	70500	11.	33500	20.	77000	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) / Zahlungen dürfen nicht früher als 4 Monate vor dem Fälligkeitstag erfolgen. Formblatt Nr. 4 ist bei der Zahlung einzureichen	a) 6 Monate ab Fälligkeitstag b) 50% Art. 24(2) Ges. Nr. 1733/87
Jahr	GRD	Jahr	GRD																																								
3.	10000	12.	37000																																								
4.	11500	13.	40500																																								
5.	14000	14.	44500																																								
6.	17000	15.	48500																																								
7.	20000	16.	53500																																								
8.	23000	17.	58500																																								
9.	26500	18.	64000																																								
10.	30000	19.	70500																																								
11.	33500	20.	77000																																								
a) Irland b) Art. 99 PatG Regel 34 und Anhang I PatVO	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th><th>IEP</th><th>Jahr</th><th>IEP</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td>3.</td><td>54</td><td>12.</td><td>209</td></tr> <tr><td>4.</td><td>72</td><td>13.</td><td>225</td></tr> <tr><td>5.</td><td>90</td><td>14.</td><td>245</td></tr> <tr><td>6.</td><td>106</td><td>15.</td><td>264</td></tr> <tr><td>7.</td><td>122</td><td>16.</td><td>281</td></tr> <tr><td>8.</td><td>140</td><td>17.</td><td>301</td></tr> <tr><td>9.</td><td>154</td><td>18.</td><td>322</td></tr> <tr><td>10.</td><td>174</td><td>19.</td><td>345</td></tr> <tr><td>11.</td><td>191</td><td>20.</td><td>369</td></tr> </tbody> </table> Anhang I PatVO	Jahr	IEP	Jahr	IEP	3.	54	12.	209	4.	72	13.	225	5.	90	14.	245	6.	106	15.	264	7.	122	16.	281	8.	140	17.	301	9.	154	18.	322	10.	174	19.	345	11.	191	20.	369	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) / Zahlungen dürfen nicht früher als 4 Monate vor dem Fälligkeitstag erfolgen. Formblatt Nr. 4 ist bei der Zahlung einzureichen	a) bis zu 6 Monate auf Antrag durch den bzw. für den Patentinhaber an den „Controller“ b) 1.–3. Monat IEP 9 pro Monat 4.–6. Monat IEP 15 pro Monat a)+b) Der Antrag auf Fristverlängerung und die Zuschlagsgebühr müssen vor Ablauf der im Antrag genannten Verlängerung übermittelt werden Art. 36(3) PatG Anhang I PatVO
Jahr	IEP	Jahr	IEP																																								
3.	54	12.	209																																								
4.	72	13.	225																																								
5.	90	14.	245																																								
6.	106	15.	264																																								
7.	122	16.	281																																								
8.	140	17.	301																																								
9.	154	18.	322																																								
10.	174	19.	345																																								
11.	191	20.	369																																								
a) Italien b) Art. 14 VOPr Nr. 32 Art. 47 Kgl. VO Nr. 1127	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th><th>ITL</th><th>Jahr</th><th>ITL</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td>3.</td><td>60000</td><td>12.</td><td>700000</td></tr> <tr><td>4.</td><td>70000</td><td>13.</td><td>800000</td></tr> <tr><td>5.</td><td>90000</td><td>14.</td><td>900000</td></tr> <tr><td>6.</td><td>130000</td><td>15.</td><td>1100000</td></tr> <tr><td>7.</td><td>180000</td><td>16.</td><td>1100000</td></tr> <tr><td>8.</td><td>250000</td><td>17.</td><td>1100000</td></tr> <tr><td>9.</td><td>300000</td><td>18.</td><td>1100000</td></tr> <tr><td>10.</td><td>350000</td><td>19.</td><td>1100000</td></tr> <tr><td>11.</td><td>500000</td><td>20.</td><td>1100000</td></tr> </tbody> </table> Erl. v. 20.8.92	Jahr	ITL	Jahr	ITL	3.	60000	12.	700000	4.	70000	13.	800000	5.	90000	14.	900000	6.	130000	15.	1100000	7.	180000	16.	1100000	8.	250000	17.	1100000	9.	300000	18.	1100000	10.	350000	19.	1100000	11.	500000	20.	1100000	a) + b) Die Zahlung muß vor Ablauf des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt, erfolgt sein. Gebühren, die innerhalb von 4 Monaten nach Patenterteilung fällig werden, können ohne Zuschlag innerhalb dieser 4 Monate gezahlt werden	a) innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeitstag b) 100000 ITL Art. 47 Kgl. VO Nr. 1127 Erl. v. 20.8.92
Jahr	ITL	Jahr	ITL																																								
3.	60000	12.	700000																																								
4.	70000	13.	800000																																								
5.	90000	14.	900000																																								
6.	130000	15.	1100000																																								
7.	180000	16.	1100000																																								
8.	250000	17.	1100000																																								
9.	300000	18.	1100000																																								
10.	350000	19.	1100000																																								
11.	500000	20.	1100000																																								
Liechtenstein	siehe Schweiz																																										
a) Luxemburg b) Art. 10 Ges. v. 27.5.77	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th><th>LUF/BEF</th><th>Jahr</th><th>LUF/BEF</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td>3.</td><td>1200</td><td>12.</td><td>5000</td></tr> <tr><td>4.</td><td>1500</td><td>13.</td><td>5500</td></tr> <tr><td>5.</td><td>1800</td><td>14.</td><td>6000</td></tr> <tr><td>6.</td><td>2200</td><td>15.</td><td>6500</td></tr> <tr><td>7.</td><td>2600</td><td>16.</td><td>7000</td></tr> <tr><td>8.</td><td>3000</td><td>17.</td><td>7500</td></tr> <tr><td>9.</td><td>3500</td><td>18.</td><td>8000</td></tr> <tr><td>10.</td><td>4000</td><td>19.</td><td>8500</td></tr> <tr><td>11.</td><td>4500</td><td>20.</td><td>9500</td></tr> </tbody> </table> Art. 8 PatG; VO v. 28.12.89	Jahr	LUF/BEF	Jahr	LUF/BEF	3.	1200	12.	5000	4.	1500	13.	5500	5.	1800	14.	6000	6.	2200	15.	6500	7.	2600	16.	7000	8.	3000	17.	7500	9.	3500	18.	8000	10.	4000	19.	8500	11.	4500	20.	9500	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) / Art. 10 Ges. v. 27.5.77 Art. 2 VO v. 28.12.89	a) innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeitstag ¹ b) 100 LUF/BEF Art. 10 Ges. v. 27.5.77 Art. 3 VO v. 28.12.89
Jahr	LUF/BEF	Jahr	LUF/BEF																																								
3.	1200	12.	5000																																								
4.	1500	13.	5500																																								
5.	1800	14.	6000																																								
6.	2200	15.	6500																																								
7.	2600	16.	7000																																								
8.	3000	17.	7500																																								
9.	3500	18.	8000																																								
10.	4000	19.	8500																																								
11.	4500	20.	9500																																								

* Für die erste zu entrichtende Jahresgebühr s. Art. 141(2) EPÜ

¹ Für die Frist zur Zahlung der Zuschlagsgebühr sind nicht die nur für nationale Patente geltenden Bestimmungen des Artikels 15(3) PatG anzuwenden

a) Vertragsstaat b) Rechtsgrundlage für die Erhebung von Jahresgebühren	1 Höhe der Gebühren	2 a) Fälligkeitstag (im jeweiligen Patentjahr) b) Zahlungsfrist (ohne Zuschlagsgebühr)*	3 Nachfrist zur Zahlung der Gebühren (mit Zuschlagsgebühr) a) Zeitraum b) Zuschlagsgebühr																																								
a) Monaco b) Art. 4 PatG GebVO	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th><th>FRF</th><th>Jahr</th><th>FRF</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td>3.</td><td>150</td><td>12.</td><td>1010</td></tr> <tr><td>4.</td><td>170</td><td>13.</td><td>1100</td></tr> <tr><td>5.</td><td>295</td><td>14.</td><td>1300</td></tr> <tr><td>6.</td><td>410</td><td>15.</td><td>1400</td></tr> <tr><td>7.</td><td>470</td><td>16.</td><td>1500</td></tr> <tr><td>8.</td><td>550</td><td>17.</td><td>1500</td></tr> <tr><td>9.</td><td>620</td><td>18.</td><td>1500</td></tr> <tr><td>10.</td><td>700</td><td>19.</td><td>1500</td></tr> <tr><td>11.</td><td>900</td><td>20.</td><td>1500</td></tr> </tbody> </table> GebVO	Jahr	FRF	Jahr	FRF	3.	150	12.	1010	4.	170	13.	1100	5.	295	14.	1300	6.	410	15.	1400	7.	470	16.	1500	8.	550	17.	1500	9.	620	18.	1500	10.	700	19.	1500	11.	900	20.	1500	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) / Art. 4(2) Min. Erl.	a) 6 Monate nach dem Fälligkeitstag b) 20% Art. 5 VO Nr. 10.427 Art. 4(2) Min. Erl.
Jahr	FRF	Jahr	FRF																																								
3.	150	12.	1010																																								
4.	170	13.	1100																																								
5.	295	14.	1300																																								
6.	410	15.	1400																																								
7.	470	16.	1500																																								
8.	550	17.	1500																																								
9.	620	18.	1500																																								
10.	700	19.	1500																																								
11.	900	20.	1500																																								
a) Niederlande b) Art. 35 u. 49 PatG	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th><th>NLG</th><th>Jahr</th><th>NLG</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td>1.</td><td>480</td><td>10.</td><td>1225</td></tr> <tr><td>2.</td><td>555</td><td>11.</td><td>1300</td></tr> <tr><td>3.</td><td>630</td><td>12.</td><td>1400</td></tr> <tr><td>4.</td><td>700</td><td>13.</td><td>1600</td></tr> <tr><td>5.</td><td>775</td><td>14.</td><td>1700</td></tr> <tr><td>6.</td><td>875</td><td>15.</td><td>1775</td></tr> <tr><td>7.</td><td>975</td><td>16.</td><td>1850</td></tr> <tr><td>8.</td><td>1075</td><td>17.</td><td>1950</td></tr> <tr><td>9.</td><td>1150</td><td>18.</td><td>2025</td></tr> </tbody> </table> Art. 17(8) PatV	Jahr	NLG	Jahr	NLG	1.	480	10.	1225	2.	555	11.	1300	3.	630	12.	1400	4.	700	13.	1600	5.	775	14.	1700	6.	875	15.	1775	7.	975	16.	1850	8.	1075	17.	1950	9.	1150	18.	2025	a) + b) Die Zahlung muß vor Ablauf des Monats erfolgt sein, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt oder in dem die Frist nach Art. 141(2) EPÜ endet Art. 35(2) PatG Für das erste Patentjahr, für das eine nationale Jahresgebühr fällig wird, sind NLG 480, für das zweite Patentjahr NLG 555 usw. zu entrichten	a) innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) 10 NLG bei Zahlung innerhalb eines Monats nach Fälligkeit; danach NLG 50 Art. 49(1) PatG Art. 17(10) PatV
Jahr	NLG	Jahr	NLG																																								
1.	480	10.	1225																																								
2.	555	11.	1300																																								
3.	630	12.	1400																																								
4.	700	13.	1600																																								
5.	775	14.	1700																																								
6.	875	15.	1775																																								
7.	975	16.	1850																																								
8.	1075	17.	1950																																								
9.	1150	18.	2025																																								
a) Österreich b) § 8 PatV-EG	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th><th>ATS</th><th>Jahr</th><th>ATS</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td>3.</td><td>900</td><td>12.</td><td>5100</td></tr> <tr><td>4.</td><td>900</td><td>13.</td><td>6400</td></tr> <tr><td>5.</td><td>1000</td><td>14.</td><td>7200</td></tr> <tr><td>6.</td><td>1300</td><td>15.</td><td>8000</td></tr> <tr><td>7.</td><td>1400</td><td>16.</td><td>11700</td></tr> <tr><td>8.</td><td>1900</td><td>17.</td><td>14700</td></tr> <tr><td>9.</td><td>2400</td><td>18.</td><td>16000</td></tr> <tr><td>10.</td><td>3400</td><td>19.</td><td>20000</td></tr> <tr><td>11.</td><td>4200</td><td>20.</td><td>24000</td></tr> </tbody> </table> § 166(3) PatG § 8(2) PatV-EG	Jahr	ATS	Jahr	ATS	3.	900	12.	5100	4.	900	13.	6400	5.	1000	14.	7200	6.	1300	15.	8000	7.	1400	16.	11700	8.	1900	17.	14700	9.	2400	18.	16000	10.	3400	19.	20000	11.	4200	20.	24000	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) für die erste zu entrichtende Gebühr: 3 Monate nach Fälligkeit; die weiteren Gebühren sind bis zum Fälligkeitstag zu entrichten § 8(3)–(5) PatV-EG	a) für die erste zu entrichtende Jahresgebühr: Beginn des 4. bis Ende des 12. Monats nach Fälligkeit; für die weiteren Jahresgebühren: Beginn des 1. bis Ende des 6. Monats nach Fälligkeit b) 20% § 8(4) u. (5) PatV-EG
Jahr	ATS	Jahr	ATS																																								
3.	900	12.	5100																																								
4.	900	13.	6400																																								
5.	1000	14.	7200																																								
6.	1300	15.	8000																																								
7.	1400	16.	11700																																								
8.	1900	17.	14700																																								
9.	2400	18.	16000																																								
10.	3400	19.	20000																																								
11.	4200	20.	24000																																								
a) Portugal b) Art. 257 PatG Art. 15 RVO VO Nr. 599/91	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Jahr</th><th>PTE</th><th>Jahr</th><th>PTE</th></tr> </thead> <tbody> <tr><td>3.</td><td>4000</td><td>12.</td><td>10000</td></tr> <tr><td>4.</td><td>5000</td><td>13.</td><td>10500</td></tr> <tr><td>5.</td><td>5500</td><td>14.</td><td>11500</td></tr> <tr><td>6.</td><td>6000</td><td>15.</td><td>12500</td></tr> <tr><td>7.</td><td>7000</td><td></td><td></td></tr> <tr><td>8.</td><td>7500</td><td></td><td></td></tr> <tr><td>9.</td><td>8000</td><td></td><td></td></tr> <tr><td>10.</td><td>9000</td><td></td><td></td></tr> <tr><td>11.</td><td>9500</td><td></td><td></td></tr> </tbody> </table> Beträge für 16.–20. Jahr noch nicht festgesetzt VO Nr. 599/91	Jahr	PTE	Jahr	PTE	3.	4000	12.	10000	4.	5000	13.	10500	5.	5500	14.	11500	6.	6000	15.	12500	7.	7000			8.	7500			9.	8000			10.	9000			11.	9500			a) der dem Anmeldetag entsprechende Tag b) / Art. 368 PatG	a) innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeitstag b) 50% VO Nr. 599/91
Jahr	PTE	Jahr	PTE																																								
3.	4000	12.	10000																																								
4.	5000	13.	10500																																								
5.	5500	14.	11500																																								
6.	6000	15.	12500																																								
7.	7000																																										
8.	7500																																										
9.	8000																																										
10.	9000																																										
11.	9500																																										

* Für die erste zu entrichtende Jahresgebühr s. Art. 141(2) EPÜ

4 Zustellung einer Zahlungsaufforderung bei Nichtzahlung a) vorgesehen b) Zeitpunkt der Absendung	5 Wiedereinsetzung a) vorgesehen b) Frist zur Stellung des Antrags ..	6 Bestellung eines Inlandsvertreters für a) Zahlung der Gebühren b) Zustellung einer Zahlungsaufforderung c) Wiedereinsetzungsverfahren	7 Information über das Erlöschen des Patents bei Nichtzahlung der Jahresgebühren
a) ja b) nicht durch Verordnung festgelegt	a) nein b) /	a) nein b) nein c) ./	/
a) ja; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt b) innerhalb von 14 Tagen nach Fälligkeit (siehe auch Tabelle IV, Spalte 11) Art. 49(2) u. Art. 22 D(3) PatG	a) nein b) /	a) + b) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift (siehe auch Tabelle IV, Spalte 11) c) / Art. 29 O PatG	– Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im Patentblatt Art. 49(1) PatG
a) ja, aber unverbindlich b) ca. 1 Monat nach Fälligkeit bei nicht erfolgter oder zu niedriger Zahlung; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt (Österreichisches Patentblatt 1982, 28)	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses; spätestens 12 Monate nach Ablauf der versäumten Frist § 24 PatV-EG § 129 ff. PatG	a) nein b) ja c) ja § 8(6), § 24 PatV-EG § 21(4) PatG	– Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im Patentblatt §§ 46, 79, 80 PatG
a) nein b) /	a) ja b) innerhalb von 12 Monaten nach Veröffentlichung des Rechtsverlustes unter Einrichtung einer Zuschlagsgebühr in Höhe des Dreifachen der geschuldeten Gebühr Art. 369 PatG	a) ja b) / c) ja	– Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im portugiesischen Patentblatt Art. 90 PatG

a) Vertragsstaat b) Rechtsgrundlage für die Erhebung von Jahresgebühren	1 Höhe der Gebühren	2 a) Fälligkeitstag (im jeweiligen Patentjahr) b) Zahlungsfrist (ohne Zuschlagsgebühr)*	3 Nachfrist zur Zahlung der Gebühren (mit Zuschlagsgebühr) a) Zeitraum b) Zuschlagsgebühr
a) Schweden b) § 86 PatG	Jahr SEK Jahr SEK 3. 350 12. 1750 4. 500 13. 1950 5. 600 14. 2200 6. 750 15. 2400 7. 900 16. 2700 8. 1050 17. 3000 9. 1200 18. 3300 10. 1350 19. 3600 11. 1550 20. 3900 § 46 PatV und Anhang B	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) / § 41 PatG	a) 6 Monate nach dem Fälligkeitstag b) 20% § 41 PatG, § 46 PatV, Anhang B
a) Schweiz/Liechtenstein b) Art. 119 PatG	Jahr CHF Jahr CHF 3. 100 12. 340 (460) 4. 110 (120) ¹ 13. 390 (540) 5. 130 (140) 14. 440 (620) 6. 150 (160) 15. 490 (700) 7. 170 (200) 16. 540 (800) 8. 200 (240) 17. 600 (900) 9. 230 (280) 18. 660 (1000) 10. 260 (340) 19. 730 (1200) 11. 300 (400) 20. 800 (1400) GebV (Anhang III)	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) 3 Monate nach dem Fälligkeitstag Art. 42 PatG	a) 3 Monate nach Ablauf der Frist gem. Spalte 2b) b) 100 CHF Art. 42 PatG; GebV (Anhang)
a) Spanien b) Art. 17 Kgl. VO 2424	Jahr ESP Jahr ESP 3. 2550 12. 29200 4. 3180 13. 33530 5. 6080 14. 37890 6. 8970 15. 42230 7. 11850 16. 48130 8. 14750 17. 53790 9. 17630 18. 59580 10. 20530 19. 65360 11. 24870 20. 71150 Art. 17 Kgl. VO 2424 Art. 161 PatG; Ges. 38/92	a) letzter Tag des Monats, in den der dem Anmeldetag entsprechende Tag fällt b) 1 Monat nach dem Fälligkeitstag Art. 17 Kgl. VO 2424 Art. 161 PatG	a) 6 Monate nach Ablauf der Frist gem. Spalte 2b) b) 25% bei Zahlung innerhalb von 3 Monaten, 50% bei Zahlung innerhalb von 6 Monaten ab Fälligkeit a) + b) Nach 6 Monaten kann bis zur Fälligkeit der nächsten Jahresgebühr die Zahlung durch Entrichtung der 20. Jahresgebühr nachgeholt werden Art. 17 Kgl. VO 2424 Art. 82 Kgl. VO 2245
a) Vereinigtes Königreich b) Art. 77 PatG 1977 Art. 25 PatG 1977 (siehe auch Official Journal [Patents] 1993, 1558)	Jahr GBP Jahr GBP 5. 110 13. 230 6. 120 14. 260 7. 130 15. 280 8. 140 16. 310 9. 150 17. 340 10. 170 18. 370 11. 190 19. 410 12. 210 20. 450 Regel 39(2) PatV und Anhang Geb	a) der dem Anmeldetag entsprechende Tag b) / Zahlungen dürfen nicht früher als 3 Monate vor dem Fälligkeitstag erfolgen (Form 12/77) Art. 25 PatG Regel 39(2) PatV	a) 6 Monate nach dem Fälligkeitstag b) 24 GBP pro Monat (Form 12/77) Art. 25(4) PatG Regel 39(6) PatV und Anhang GebV

* Für die erste zu entrichtende Jahresgebühr s. Art. 141(2) EPÜ

¹ Die in Klammern angegebenen Beträge gelten für Gebühren, die ab 1. Januar 1994 fällig werden

4 Zustellung einer Zahlungsaufforderung bei Nichtzahlung a) vorgesehen b) Zeitpunkt der Absendung	5 Wiedereinsetzung a) vorgesehen b) Frist zur Stellung des Antrags	6 Bestellung eines Inlandsvertreters für a) Zahlung der Gebühren b) Zustellung einer Zahlungsaufforderung c) Wiedereinsetzungsverfahren	7 Information über das Erlöschen des Patents bei Nichtzahlung der Jahresgebühren
a) ja, aber unverbindlich b) ca. 1 Monat nach Fälligkeit	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses, spätestens innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf der Nachfrist gem. Spalte 3 § 72 PatG	a) + b) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift c) ja § 72 PatG	– Veröffentlichung im Patentblatt – Eintragung im Patentregister § 51 PatG; § 42 PatV
a) ja; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt b) ca. 10 Wochen vor Ablauf der Nachfrist; die Aufforderung wird nicht ins Ausland versandt Art. 18 PatV	a) ja b) 2 Monate nach Wegfall des Hindernisses; spätestens 1 Jahr nach Ablauf der versäumten Frist Art. 47 PatG	a) nein b) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift c) ja Art. 13 PatG Art. 18 PatV	– Mitteilung an Patentinhaber – Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im Patentblatt Art. 15 PatG Art. 18, 94, 117 PatV
a) nein	a) ja b) innerhalb von 6 Monaten nach der Veröffentlichung des Erlöschens im „Boletín Oficial de la Propiedad Industrial“ Art. 117 PatG	a) ja b) /	– Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im „Boletín Oficial de la Propiedad Industrial“ Art. 49 Kgl. VO 2245
a) ja; Zahlungsaufforderungen werden jedoch nicht ins Ausland versandt b) innerhalb von 6 Wochen nach Fälligkeit Art. 25(5) PatG Regel 39(4) PatV	a) ja b) innerhalb von 19 Monaten seit dem Tag, an dem das Patent unwirksam geworden ist Art. 28 PatG Regel 41 PatV	a) nein b) + c) nein, aber Angabe einer inländischen Zustellanschrift Regel 30 PatV (siehe auch Regel 45 PatV)	– Mitteilung an Anmelder (notice of expiry) – Eintragung im Patentregister – Veröffentlichung im „Official Journal (Patents)“ Art. 32(2), 123(6) PatG Regel 42, 48 PatV und Regel 6 PatV 1992

1. Umwandlungsfälle

Gemäß Artikel 135(1) EPÜ kann die Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines benannten Vertragsstaats das Verfahren zur Erteilung eines nationalen Patents auf Antrag des Anmelders oder Inhabers eines europäischen Patents in folgenden Fällen einleiten:

- a) wenn die Anmeldung nach Artikel 77(5) (verspätete Übermittlung der europäischen Anmeldung durch die nationalen Behörden) oder Artikel 162(4) (Behandlung der europäischen Patentanmeldung ist infolge der Beschränkung des Verfahrens auf bestimmten Gebieten der Technik möglich) als zurückgenommen gilt¹
- b) in sonstigen vom nationalen Recht vorgesehenen Fällen, in denen nach dem EPÜ die europäische Patentanmeldung zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist oder als zurückgenommen gilt oder das europäische Patent widerrufen worden ist.

2. Frist zur Einreichung des Umwandlungsantrags

Der Umwandlungsantrag muß innerhalb von drei Monaten nach dem Tag eingereicht werden, an dem

- a) die europäische Patentanmeldung zurückgenommen worden ist oder
- b) die Mitteilung, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt, zugestellt worden ist, oder
- c) die Entscheidung über die Zurückweisung der Anmeldung oder über den Widerruf des europäischen Patents zugestellt worden ist.

Wird der Antrag nicht rechtzeitig eingereicht, so erlischt die Wirkung des europäischen Patents als vorschriftsmäßige nationale Hinterlegung (Artikel 135(2) EPÜ).

3. Einreichung des Umwandlungsantrags

- a) Der Umwandlungsantrag ist, mit Ausnahme des Falls, daß die europäische Patentanmeldung gemäß Artikel 77(5) als zurückgenommen gilt, beim EPA zu stellen. Er gilt erst als gestellt, wenn die Umwandlungsgebühr in Höhe von DM 100,- (bzw. der entsprechende Gegenwert gemäß Artikel 6(4) Gebührenordnung) an das EPA entrichtet worden ist (Artikel 136(1) EPÜ).
- b) Ist dem Anmelder die Mitteilung zugestellt worden, daß die europäische Patentanmeldung nach Artikel 77(5) als zurückgenommen gilt, so ist der Umwandlungsantrag bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz zu stellen, bei der die Anmeldung eingereicht worden ist (Artikel 136(2) EPÜ).

4. Übermittlung des Antrags

- a) Das EPA übermittelt die bei ihm einzureichenden Umwandlungsanträge (vgl. 3a) den Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der im Antrag bezeichneten Vertragsstaaten und fügt eine Kopie der Akten der europäischen Patentanmeldung oder des deutschen Patents bei (Artikel 136(1) EPÜ).
- b) Ist der Umwandlungsantrag bei einer nationalen Patentbehörde zu stellen (vgl. 3b), so leitet diese, vorbehaltlich der Vorschriften über nationale Sicherheit den Antrag mit einer Kopie der europäischen Patentanmeldung unmittelbar an die Zentralbehörden für den gewerblichen Rechtsschutz der vom Anmelder im Antrag bezeichneten Vertragsstaaten weiter. Wird der Umwandlungsantrag nicht innerhalb von zwanzig Monaten nach dem Anmelde- bzw. Prioritätstag weitergeleitet, so erlischt die in Artikel 66 EPÜ vorgeschriebene Wirkung, d. h. die europäische Patentanmeldung hat in den benannten Vertragsstaaten nicht die Wirkung einer vorschriftsmäßigen nationalen Hinterlegung (Artikel 136(2) EPÜ).

5. Erläuterungen zur Tabelle

Die nachstehende Tabelle enthält für alle Vertragsstaaten des EPÜ Informationen über die nach nationalem Recht vorgesehenen Umwandlungsfälle sowie Wissenwertes über die bei den zuständigen nationalen Behörden vorzunehmenden Umwandlungsformalitäten, die hierfür geltenden Fristen und Vorschriften über die Vertretung oder Angabe von Zustellanschriften, wenn der Anmelder oder sein Vertreter vor dem EPA in den betreffenden Vertragsstaaten weder Sitz noch Wohnsitz hat.

Für alle nach Artikel 136 EPÜ übermittelten europäischen Patentanmeldungen findet die Vorschrift nach Artikel 137(1) Anwendung, wonach diese Anmeldungen nicht solchen Formerfordernissen des nationalen Rechts unterworfen werden dürfen, die von denen abweichen, die im EPÜ vorgesehen sind oder über sie hinausgehen.

Unter der in der Tabelle genannten Übersetzung ist eine Übersetzung der europäischen Patentanmeldung in der ursprünglichen Fassung und gegebenenfalls in der im Verfahren vor dem EPA geänderten Fassung, die der Anmelder dem nationalen Verfahren zugrunde zu legen wünscht, zu verstehen (Artikel 137(2)b EPÜ).

¹ Artikel 162(4) ist für die Anmeldungen, die ab 1. Dezember 1979 eingereicht wurden, nicht mehr relevant (ABl. EPA 1979, 443). Dieser Umwandlungsfall ist deshalb in der Tabelle nicht berücksichtigt.

[illegible]

Vertragsstaat	1 Umwandlungsfälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Deutschland	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ Art. II § 9(1) IntPatÜG	a) Entrichtung der nationalen Anmeldegebühr (DEM 100,-) b) Einreichung einer deutschen Übersetzung der Patentanmeldung in zwei Exemplaren c) Einreichung der Erfinderbenennung, soweit sie nicht in der europ. Anmeldung enthalten war Art. II § 9(1) u. (2) IntPatÜG; § 37 PatG	a) 2 Monate nach Zustellung einer Aufforderung des DPA Artikel II § 9(1) IntPatÜG b) 3 Monate nach Zustellung der o. g. Aufforderung Art. II § 9(2) IntPatÜG	Nicht erforderlich für die in Spalte 2 genannten Handlungen; der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen § 25 PatG	Wegen des Rechtsinstituts der „Abzweigung“ einer Gebrauchsmusteranmeldung aus einer europäischen Patentanmeldung siehe ABI. EPA 1987, 175
Frankreich	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ Art. L. 614-6. Ges. Nr. 92-597	a) Entrichtung der nationalen Anmeldegebühr (250 FRF + 115 FRF je Anspruch ab dem 11.) – Gebühr für die Erstellung eines Berichts zum Stand der Technik (4200 FRF), wenn der Anmelder keine Verschiebung der Erstellung beantragt hat b) Einreichung einer französischen Übersetzung in 3 Exemplaren c) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder in Frankreich weder Sitz noch Wohnsitz hat Art. 5(3) u. 17 VO Nr. 78-1011 Erl. v. 19.9.79 u. 28.12.92	2 Monate nach Veröffentlichung eines Hinweises auf die Umwandlung im BOPI Im Fall von Patentanmeldungen, die nicht veröffentlicht werden dürfen: 2 Monate nach Eingang des Umwandlungsantrags bei INPI mit Ausnahme der Gebühr für die Erstellung eines Berichts zum Stand der Technik, die innerhalb von 6 Monaten nach Aufhebung der Verbotsmaßnahmen entrichtet werden muß Art. 5(3) VO Nr. 78-1011 Art. 23 Satz 2 VO Nr. 79-822	Nicht erforderlich für die in Spalte 2 genannten Handlungen a) bis b); der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen Art. 2 VO Nr. 79-822	Der Umwandlungsantrag kann sowohl bei INPI in Paris als auch den Zweigstellen in Bordeaux, Lyon, Marseille, Nancy, Nizza-Sophia Antipolis, Rennes oder Straßburg eingereicht werden (PIBD 1981 I 15, 36; 1983 I 81; 1985 I 376; 1987 I 53). INPI veröffentlicht, vorbehaltlich der Bestimmungen über die nationale Sicherheit, einen Hinweis auf die Umwandlung im BOPI innerhalb eines Monats nach Eingang des Umwandlungsantrags. Für die Herstellung und Übermittlung von Kopien der europäischen Anmeldung an die Bestimmungsstaaten erhebt INPI eine Gebühr von 165 FRF zuzüglich 5 FRF je Seite und Ausfertigung. Wegen der Zahlung von Jahresgebühren vgl. Art. 15 VO Nr. 78-1011 Art. 5(2) u. 19 VO Nr. 78-1011; Erl v. 28.12.92

Vertragsstaat	1 Umwandlungsfälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Griechenland	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ; Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 90(3) EPÜ, wenn im Fall des Artikels 14(2) EPÜ die Übersetzung in der Verfahrenssprache nicht rechtzeitig eingereicht worden ist Art. 23(10)f) Ges. Nr. 1733/87 Art. 20 VOPr Nr. 77/88	a) Entrichtung der Anmeldegebühr (GRD 22500) b) Einreichung einer griechischen Übersetzung der Anmeldung in 2 Exemplaren Art. 21(1) und (2) VOPr Nr. 77/88; Art. 2(1) Beschluß v. 18.11.92	a) Die Zahlung ist mit Einreichung des Umwandlungsantrags nachzuweisen b) 4 Monate nach Einreichung des Umwandlungsantrags beim OBI Art. 21(1) und (2) VOPr Nr. 77/88	Die in Spalte 2 genannten Handlungen müssen vom Anmelder selbst oder einem griechischen Rechtsanwalt vorgenommen werden Art. 19 VOPr Nr. 77/88	Der Umwandlungsantrag wird in das Eingangsbuch, Heft A, „Nationale Anmeldung“ eingetragen Art. 21(3) VOPr Nr. 77/88
Irland	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ Art. 122(1) PatG Regel 86 PatVO	a) Umwandlungsantrag b) Entrichtung der Umwandlungsgebühr (IEP 25) und der Anmeldegebühr (IEP 117) c) Einreichung einer englischen Übersetzung der Anmeldung und etwaiger vorheriger Änderungen in 2 Exemplaren d) Einreichung der Erfindernennung oder Hinweis auf das Recht des Anmelders, ein Patent zu erhalten Art. 17(2), 122(2) PatG Regel 86(1) und Anhang I PatVO	b) – d) 2 Monate nach Eingang des Umwandlungsantrags beim „Controller“ oder, wenn die europäische Patentanmeldung nicht beim IPO eingereicht worden ist, innerhalb von 2 Monaten nach dem Tag, an dem der „Controller“ dem Anmelder den Eingang eines Antrags bei der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz eines anderen Vertragsstaats, bei der die europäische Patentanmeldung eingereicht worden ist, mitteilt Art. 122 PatG Regel 86 PatVO	ja, wenn der Anmelder keinen Wohnsitz oder Sitz in Irland hat Regel 93(1) PatVO	

Vertragsstaat	1 Umwandlungsfälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Italien	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ; Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 90(3) EPÜ, wenn im Fall des Artikels 14(2) EPÜ die Übersetzung in der Verfahrenssprache nicht rechtzeitig eingereicht worden ist (siehe auch Spalte 5)	a) Umwandlungsantrag auf Stempelpapier (10000 ITL) b) Entrichtung der – nationalen Anmeldegebühr (80000 ITL) – Jahresgebühren für das 1.–3. Patentjahr (135000 ITL) – Veröffentlichungsgebühr (je nach Umfang 100000–120000 ITL + 29000 ITL pro Zeichnungsblatt) c) Einreichung einer italienischen Übersetzung der Zusammenfassung, der Beschreibung, der Ansprüche u. ggf. des Prioritätsdokuments c) Angabe einer Zustellanschrift in Italien (siehe Spalte 5)	b) – c): Nach einer Aufforderung des italienischen Patentamts, die eine Frist von mindestens 2 Monaten enthält	Nicht erforderlich für die in Spalte 2 genannten Handlungen; der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Es ist jedoch eine Zustellanschrift in Italien anzugeben.	Zu Spalte 2d): Das italienische Patentamt fordert den Anmelder zunächst auf, eine Zustellanschrift anzugeben; erst danach ergeht eine Aufforderung gem. Spalte 3. In den in Spalte 1 genannten Umwandlungsfällen kann gleichzeitig mit der Umwandlung der europ. Patentanmeldung die Gewährung eines Gebrauchsmusters beantragt werden (Art. 6(3) VOPr Nr. 32/1979). Eine europ. Patentanmeldung, die vom EPA zurückgewiesen wurde, die zurückgenommen wurde oder als zurückgenommen gilt sowie ein europ. Patent (IT), das widerrufen wurde, kann in eine nationale Gebrauchsmusteranmeldung umgewandelt werden. Art. 6(2) VOPr Nr. 32/1979; Art. 8 Ges. Nr. 60
Liechtenstein	siehe Schweiz				
Luxemburg	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ	a) Entrichtung der – Anmeldegebühr (100 LUF/BEF) – 1. Jahresgebühr (700 LUF/BEF) und der weiteren am Eingangstag des Umwandlungsantrags fälligen Jahresgebühren – Veröffentlichungsgebühr (175 LUF/BEF) b) Einreichung einer Übersetzung in die deutsche oder französische Sprache in 3 Exemplaren c) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder weder Sitz noch Wohnsitz im Großherzogtum hat	3 Monate nach einer Aufforderung des luxemburgischen Amts für geistiges Eigentum	Die in Spalte 2 genannten Handlungen müssen, mit Ausnahme der Zahlung von Gebühren, durch einen in Luxemburg zugelassenen Vertreter vorgenommen werden	
	Art. 11 Ges. v. 27.5.77)	Art. 13 Ges. v. 27.5.77	Art. 13 Ges. v. 27.5.77	Art. 9 u. 9a) PatG	

Vertragsstaat	1 Umwandlungs- fälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlands- vertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Monaco	Eintritt der Rück- nahmefiktion nach Art. 77(5) EPU Art. 6 VO Nr. 10.427	a) Entrichtung der – nationalen Anmel- degebühr (230 FRF) – der Gebühr für jede mehrfache Priorität (90 FRF für die zweite und jede weitere Priorität) b) Einreichung einer französischen Über- setzung GebVO	a) und b): 3 Monate nachdem der Anmelder die Mitteilung über die Umwandlung erhalten hat. Eine weitere Frist von 1 Monat ab Zu- stellung einer Mit- teilung des MC- Patentamts wird gewährt, falls eine Zuschlagsgebühr von 20% der fälli- gen Gebühren ent- richtet wird. Art. 3 Min. Erl.	Die in Spalte 2 genannten Hand- lungen können vom Anmelder oder von seinem Vertreter vor dem EPA vorgenom- men werden	
Niederlande	Eintritt der Rück- nahmefiktion nach Art. 77(5) EPU Art. 29 H PatG	a) Entrichtung der nationalen Anmelde- gebühr (280 NLG + 6.50 NLG pro Seite der Zusammenfas- sung, Beschreibung und Zeichnungen) b) Einreichung einer niederländischen Übersetzung in 3 Exemplaren c) Bestellung eines nationalen Ver- treters, wenn der Anmelder in den Niederlanden weder Sitz noch Wohnsitz hat Art. 29 I (3) PatG	a) u. b) 3 Monate nach Ein- gang des Umwand- lungsantrags c) 4 Monate nach einer Aufforde- rung des nieder- ländischen Patentamts Art. 29 I (3) PatG Art. 22 A (4) PatG	Die in Spalte 2a) u. b) genannten Handlungen kön- nen vom Anmel- der oder von sei- nem nationalen Vertreter vorge- nommen werden	Auf Verlangen des nieder- ländischen Patentamts ist eine Beglaubigung der in Spalte 2b) genannten Übersetzung einzureichen Art. 29 I (3) PatG

Vertragsstaat	1 Umwandlungsfälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlandsvertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Schweden	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ § 93(1) PatG	a) Entrichtung der Anmeldegebühr (1600 SEK + 100 SEK für jeden über 10 hinausgehenden Patentanspruch) b) Einreichung einer schwedischen Übersetzung in 2 Exemplaren c) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder weder Sitz noch Wohnsitz in Schweden hat § 93(1) PatG § 66(2) PatV	a) u. b) 3 Monate nach der Bestätigung des Eingangs des Umwandlungsantrags durch das Schwedische Patentamt § 66(1) PatV c) Sobald als möglich nach Stellung des Umwandlungsantrags	Die in Spalte 2a) u. b) genannten Handlungen können vom Anmelder oder seinem Vertreter vor dem EPA vorgenommen werden. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen § 12 PatG	Der Umwandlungsantrag muß, wenn die europäische Patentanmeldung bei einer anderen nationalen Behörde erfolgt ist, innerhalb einer Frist von 20 Monaten ab Anmelde- bzw. Prioritätstag beim Schwedischen Patentamt eingehen § 93(1) PatG
Schweiz/ Liechtenstein	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ. Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 90(3) EPÜ, wenn im Fall des Artikels 14(2) EPÜ die Übersetzung in der Verfahrenssprache nicht rechtzeitig eingereicht worden ist (bei Anmeldungen in italienischer Sprache). Zurücknahme oder Zurückweisung der Anmeldung oder Widerruf des Patents mit Wirkung für die Schweiz/ Liechtenstein aufgrund einer Feststellung des EPA, daß sie/es nicht Artikel 54(3) und (4) EPÜ entspricht Art. 121 PatG	a) Entrichtung der Anmeldegebühr (100 CHF + 40 CHF pro Anspruch ab dem 11.) b) Einreichung einer Übersetzung in einer der schweizerischen Amtssprachen in einem Exemplar c) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder in der Schweiz oder in Liechtenstein weder Sitz noch Wohnsitz hat d) Zahlung bereits fällig gewordener Jahresgebühren Art. 13, 49(3), 123 PatG; Art. 118 PatV	a) – c) 2 Monate nach einer Aufforderung des BAGE d) 6 Monate nach einer Aufforderung des BAGE (ab 4. Monat mit Zuschlag) Art. 118 PatV	Die in Spalte 2a), b) und d) genannten Handlungen können vom Anmelder oder seinem Vertreter vor dem EPA vorgenommen werden; der vom EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen Art. 13 PatG	zu Spalte 2: Hat der Anmelder seinen Sitz oder Wohnsitz im Ausland, wird er zunächst aufgefordert, innerhalb von 2 Monaten einen schweizerischen Vertreter zu bestellen. Danach wird der Vertreter aufgefordert, die weiteren Handlungen vorzunehmen zu Spalte 2b): Texte in den Zeichnungen können, sofern sie zulässig sind, im nationalen Verfahren übersetzt werden. Eine Übersetzung des Antrags und des Recherchenberichts ist nicht erforderlich

Vertragsstaat	1 Umwandlungs- fälle	2 Vorzunehmende Handlungen	3 Frist zur Vornahme der in Spalte 2 genannten Handlungen	4 Bestellung eines Inlands- vertreters erforderlich?	5 Besonderheiten
Spanien	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ. Eintritt der Rücknahmefiktion nach Artikel 90(3) EPÜ, wenn im Fall des Artikels 14(2) EPÜ die Übersetzung in der Verfahrenssprache nicht rechtzeitig eingereicht worden ist (siehe auch Spalte 5).	a) Entrichtung der – Anmeldegebühr (ESP 7950) – Gebühr für jede ausländische Priorität (ESP 2390) – fällig gewordenen Jahresgebühren b) Einreichung einer spanischen Übersetzung der Patentanmeldung (3fach) c) Bestellung eines nationalen Vertreters, wenn der Anmelder weder Sitz noch Wohnsitz in Spanien hat	a) – c) 2 Monate nach Eingang des Umwandlungsantrags beim ES-Patentamt	Die in Spalte 2a) und b) genannten Handlungen können vom Anmelder oder seinem Vertreter vor dem EPA vorgenommen werden; der vor dem EPA zugelassene, bevollmächtigte Vertreter braucht keine neue Vollmacht vorzulegen. Im weiteren Verfahren müssen alle Handlungen durch einen nationalen Vertreter erfolgen	In den in Spalte 1 genannten Fällen kann die europ. Anmeldung in eine nationale Gebrauchsmusteranmeldung umgewandelt werden. Das gleiche gilt für europ. Anmeldungen, die vom EPA zurückgewiesen wurden, die zurückgenommen wurden oder als zurückgenommen gelten
	Art. 13 Kgl. VO 2424	Art. 14 Kgl. VO 2424	Art. 14 Kgl. VO 2424	Art. 14 Kgl. VO 2424	Art. 15 Kgl. VO 2424
Vereinigtes Königreich	Eintritt der Rücknahmefiktion nach Art. 77(5) EPÜ	a) Einreichung eines Umwandlungsantrags (Form 41/77) nur, wenn das UK-Patentamt Anmeldeamt ist b) Entrichtung der Anmeldegebühr bei Umwandlung (25 GBP – Form 40/77) c) Entrichtung einer Gebühr von 130 GBP für die vorläufige Prüfung und Recherche (Form 9/77) d) Einreichung einer Erklärung über die Erfindereigenschaft und den Anspruch auf Erteilung (Form 7/77) e) Einreichung einer englischen Übersetzung in 2 Exemplaren	– Wenn das UK-Patentamt Anmeldeamt ist: a) 3 Monate ab Benachrichtigung des Anmelders durch das EPA, daß die Anmeldung als zurückgenommen gilt b) – e) 2 Monate nach Eingang des Umwandlungsantrags (Form 41/77); Fristverlängerung um 1 Monat (Regel 110(3)) oder länger, soweit einem Antrag nach Regel 110(4) stattgegeben wird (Regel 110(6)) – Wenn das UK-Patentamt nicht Anmeldeamt ist: b) – e) 4 Monate nach Datum einer Mitteilung des UK-Patentamts über den Eingang eines Umwandlungsantrags; Fristverlängerung um 1 Monat (Regel 110(3)) oder länger, soweit einem Antrag nach Regel 110(4) stattgegeben wird (Regel 110(6))	Die in Spalte 2 genannten Handlungen können vom Anmelder oder einem von ihm benannten Vertreter vorgenommen werden. Für den Schriftverkehr ist eine Anschrift in UK anzugeben. Eine Vollmacht wird nur dann verlangt, wenn der nationale Vertreter nach Beginn des Verfahrens vor dem UK-Patentamt wechselt oder ein Vertreter bestellt wird, nachdem der Anmelder das Verfahren selbst eingeleitet hat. In diesem Fall ist Form 51/77 in zweifacher Ausführung erforderlich.	Informationen, die bei einer nationalen Anmeldung (Form 1/77) erforderlich sind (z. B. Bezeichnung, Prioritätsangaben), sind auch hier anzugeben; eine Gebühr fällt jedoch nicht an zu Spalte 3: Für eine Verlängerung nach Regel 110(3) ist Form 50/77 einzureichen (Gebühr: 135 GBP), bei einem Antrag nach Regel 110(4) Form 52/77 (nicht erstattungsfähige Gebühr: 135 GBP) zusammen mit einer eidesstattlichen Versicherung zur Begründung des Antrags. Wird dem Antrag stattgegeben, ist Form 53/77 einzureichen (Gebühr: 135 GBP)
	Art. 81(1b) PatG	Art. 81(2) PatG Regel 81, 82 PatV Anhang GebV	Regel 81(2), 82(2), 110(3), 110(4), 110(6) PatV	Regel 30, 90 PatV	Regel 16(1), 110(3), 110(4), 110(6) PatV Anhang GebV

Im Zusammenhang mit den Bestimmungen des EPÜ sind eine Reihe „nationaler Gebühren“ an die Patentbehörden der Vertragsstaaten zu zahlen (siehe Tabellen II, III, IV, VI, VII).

Zur Erleichterung dieser Gebührenzahlungen sind in der folgenden Tabelle nützliche Informationen über nationale Bestimmungen, Konten der Patentbehörden, zugelassene Zahlungsarten sowie über den Zeitpunkt, zu dem Gebührenzahlungen als bewirkt angesehen werden, zusammengestellt.

Auf allgemein übliche Regeln des Zahlungsverkehrs, wie z.B. Angabe des Einzahlers, des Zahlungszwecks, der Patentanmelde- oder Veröffentlichungsnummer wird nicht besonders hingewiesen.

Hinweise auf Banken, Postämter oder Postscheckämter betreffen nur die Institute und Behörden im Hoheitsgebiet des jeweiligen Vertragsstaates.

Bei allen Zahlungen ist zu berücksichtigen, daß Geldinstitute, besonders bei aus dem Ausland eingehenden Überweisungen, möglicherweise Spesen und Gebühren erheben, die nicht zu Lasten der nationalen Patentbehörden gehen dürfen.

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Belgien	GebE	Office de la propriété industrielle auprès du Ministère des affaires économiques 1040 Bruxelles Compte de chèques postaux n° 000-2005880-17	a) Barzahlung b) Einzahlung auf Postscheckkonto c) Postanweisung d) Überweisung auf Postscheckkonto e) Zahlungsanweisung (par assignation) f) Bankscheck/Postscheck g) internationale Postanweisung h) Abbuchung von einem laufenden Konto Personen mit Sitz oder Wohnsitz im Ausland müssen die Zahlung durch einen beim OPRI zugelassenen Vertreter oder einen Rechtsanwalt vornehmen Art. 4, 5 u. 8 Kgl. Erl. v. 18.12.86	zu a) Tag des Eingangs der Zahlung beim OPRI zu b) und c) Datum des Poststempels auf dem Einzahlungsschein oder der Postanweisung (bei direkt an das Postscheckamt gerichteten Postanweisungen ist der Tag gemäß „zu d“ maßgebend) zu d) Gutschrift auf dem Postscheckkonto gem. Spalte 2 zu e) Tag der Belastung des Kontos des Ausstellers durch das Postscheckamt zu f) und g) Tag des Eingangs beim OPRI zu h) Tag des Eingangs des Abbuchungsauftrags beim OPRI Art. 5, 6 u. 8 Kgl. Erl. v. 18.12.86
Dänemark	PatG GebV	Patentdirektoratet Girokonto 4020553	a) Barzahlung b) Postanweisung c) Scheck in DKK, der auf eine dänische Bank gezogen ist und an die Order des DPO lautet d) (telegraphische) Überweisung an eine dänische Bank zugunsten des Girokontos (s. Spalte 2)	zu 3a) Tag des Eingangs der Zahlung beim DPO zu 3b) Tag der Einreichung bei einem dänischen Postamt zu 3c) Tag des Eingangs des Schecks beim DPO zu 3d) Tag der Gutschrift des Gebührenbetrags auf dem Girokonto gem. Spalte 2
Deutschland	PatGebG PatGebZV	Deutsches Patentamt AGB POSTBANK München 79 191-803 (BLZ 700 100 80) Landeszentralbank München 70001054 (BLZ 700 000 00)	a) Übergabe oder Übersendung an die Zahlstelle des DPA in München oder Berlin von: – Gebührenmarken – Schecks auf ein Kreditinstitut in Deutschland gezogen – Abbuchungsaufträgen (Vordruck V 1244) von einem speziell eingerichteten Konto bei der Dresdner Bank AG München b) Überweisung c) Bareinzahlung mit Zahlschein bei der Postbank und allen Banken und Sparkassen auf ein Konto der Zahlstelle des DPA in München oder Berlin d) Barzahlung § 1 PatGebZV	zu 3a) Tag des Eingangs beim DPA. Bei Schecks oder Abbuchungsaufträgen nur sofern Einlösung bei Vorlage erfolgt zu 3b) Tag der Gutschrift auf einem Konto einer Zahlstelle des DPA zu 3c) Tag der Einzahlung zu 3d) Tag des Eingangs bei der Zahlstelle des DPA in München oder Berlin § 3 PatGebZV

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Frankreich	VO Nr. 79-822 VO Nr. 81-599 Erl. v. 28.12.92	Au nom de l'Agent comp- table de l'Institut national de la propriété industrielle	a) Barzahlung b) Postscheck c) Bankscheck d) Postanweisung (mandat-lettre) e) Postanweisung (mandat-carte) Art. 5 Erl. v. 28.12.92	zu a) Tag des Eingangs der Zahlung bei INPI zu b) – d) Bei Übersendung: Tag der Aufgabe zur Post (Poststempel) bei Übergabe: Tag des Eingangs bei INPI zu e) Tag der Ausstellung der Post- anweisung (Poststempel) Art. 5 Erl. v. 28.12.92
Griechenland	Beschluß vom 18.11.92	OBI Organismos Biomichanikis Idioktissias Credit Bank Maroussi Branch 64 Kifissias Avenue GR-15125 Athen Konto Nr. 146002786001753	a) Barzahlung b) Bank- oder Postscheck an die Order des OBI c) Überweisungsauftrag an die Credit Bank Art. 4(1) Beschluß v. 14.12.87	zu a) Tag des Eingangs der Zahlung bei der Kasse der OBI zu b) Tag der Einreichung des Schecks bei der Kasse der OBI zu c) Tag der Gutschrift auf dem Konto bei der Credit Bank Art. 4(2) Beschluß v. 14.12.87
Irland	PatG PatVO		Gebühren sind in IEP zu ent- richten a) Barzahlung, bis zu IEP 50, die beim IPO eingezahlt werden b) durch Bankscheck an die Order von "The Minister of Enterprise and Employment" mit dem Vermerk „and Co.“, der nach Ansicht des „Controller“ ausreichend garantiert und auf eine in Irland tätige Bank gezogen sein muß Zahlungen durch Personen außerhalb Irlands a) durch Bankscheck b) durch Postanweisung an die Order von „The Minister of Enterprise and Employment“ mit dem Vermerk „and Co.“	zu 3a) Tag des Eingangs der Zahlung beim IPO zu 3b) – d) Tag des Eingangs beim IPO
Italien	Erl. v. 20.8.92	a) Jahresgebühren für europäische Patente: c/c n. 810 160 08 Ufficio del registro Affitti e Tasse sulle Concessioni gover- native Roma, per imposta brevetti europei b) Sonstige Gebühren: c/c n. 006 680 04 Ufficio del Registro Concessioni gover- native Roma	Einzahlung bei allen italieni- schen Postämtern mit vorge- schriebenem Einzahlungs- schein (Ch 8 quater). Der Einzahlungsbeleg (4. Abschnitt) ist dem italieni- schen Patentamt vorzulegen. Auf der Rückseite des ersten und vierten Abschnitts ist der Zweck der Zahlung anzugeben. Bei Zahlungen aus dem Aus- land akzeptiert das IT-Patent- amt auch Auslandspostüber- weisungen, sofern zuzüglich 1000 ITL für Postgirogebühren gezahlt werden	Tag der Einzahlung bei einem inländischen Postamt (Tages- stempel); der Tagesstempel des Postamts ist auch maßgebend, wenn die Zahlung über eine Bank erfolgt; in diesem Fall sollte die Bank beauftragt werden, den Einzah- lungsbeleg an das IT-Patentamt zu senden

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Liechtenstein	siehe Schweiz			
Luxemburg	PatG (Artikel 8) Min. Erl. v. 9.11.45 (Artikel 3) VO v. 16.12.80 i.d.F. d. VO v. 28.12.89	Administration de l'En- registrement et des Domaines, bureau des successions et de la taxe d'abonnement Bureau des chèques postaux Luxembourg compte n° 24373-26 Caisse d'Épargne de l'Etat Luxembourg compte n° 1002/4423-5	a) Barzahlung b) Postanweisung c) Bankscheck d) Bank- oder Post- überweisung/Einzahlung	zu 3a) und b) Tag der Vereinnahmung der Beträge durch den zuständigen „Einnehmer der Enregistrement- Verwaltung“ zu 3c) Tag des Eingangs des Schecks beim „Einnehmer“ vorbehalt- lich der Einlösung zu 3d) Tag der Gutschrift auf einem der Konten gem. Spalte 2
Monaco	PatG VO Nr. 1476 VO Nr. 10.427 GebVO	Trésorerie Générale des Finances (TGF) Référence: rubrique 012104 DCIPI – Service de la Propriété Industrielle – Place du Palais Monaco-Ville Crédit Foncier de Monaco 11, Boulevard Albert 1er MC-98000 Monaco Konto Nr. 0041205402 Y Clé rib 78 Code banque 12739 – Code guichet 00070	a) Barzahlung b) Bank- oder Postscheck c) Banküberweisung	zu 3a) Tag des Eingangs der Zahlung beim MC-Patentamt zu 3b) Tag des Eingangs beim MC- Patentamt, wobei der Post- stempel maßgebend ist zu 3c) Tag der Gutschrift auf dem Konto Art. 40 VO Nr. 1476
Niederlande	PatG PatV	Postbankrekening 17300 Octrooiraad, Rijswijk	a) Barzahlung b) Überweisung oder Einzah- lung auf das Postbankkonto c) Scheck in NLG d) Abbuchung von einem laufenden Konto beim Octrooiraad	zu 3a) und 3c) Tag des Eingangs der Zahlung oder des Schecks beim Octrooiraad zu 3b) Tag der Gutschrift auf dem Postbankkonto gem. Spalte 2 zu 3d) Tag des Eingangs des Abbuchungsauftrags Art. 33(2) PatV
Österreich	PMMV	Österreichisches Patentamt 1014 Wien Postscheckkonto 5.160.000	a) Einzahlung auf das Post- scheckkonto b) Überweisung auf das Post- scheckkonto § 4 PMMV	zu 3a) Tag der Einzahlung bei einem inländischen Postamt oder bei der Österreichischen Postspar- kasse zu 3b) Tag der Gutschrift auf dem Postscheckkonto gem. Spalte 2 § 4 PMMV
Portugal	VO Nr. 599/91 über Gebühren	./.	a) Barzahlung b) Scheck über einen Inlandsvertreter	Tag des Eingangs der Zahlung bei INPI Art. 367 PatG

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Schweden	PatG PatV	Patent- och registrerings- verket Postgiro 15684-4	a) Barzahlung b) Postanweisung c) Scheck, der auf eine schwedische Bank gezogen ist und an die Order des SE-Patentamts lautet, in schwedischer Währung d) (Telegraphische) Überwei- sung an eine schwedische Bank zugunsten des Post- scheckkontos gemäß Spalte 2	zu 3a) Tag des Eingangs der Zahlung beim SE-Patentamt zu 3b) Tag der Einreichung bei einem SE-Patentamt zu 3c) Tag des Eingangs des Schecks beim SE-Patentamt zu 3d) Tag der Gutschrift des Gebührenbetrags auf dem Postscheckkonto gemäß Spalte 2
Schweiz/ Liechtenstein	siehe Seite 88			
Spanien	Gesetz 17/1975	Oficina Española de Patentes y Marcas E-28036 Madrid Caja Postal de Ahorros 6474376 - 9091.0 Industria, Paseo de la Castellana, nº 160	a) Überweisung auf das angegebene Konto b) Beglaubigter Scheck an die Order des ES-Patentamts c) Postanweisung (Giro Postal) Personen mit Sitz oder Wohn- sitz im Ausland müssen Zah- lungen durch einen nationalen Vertreter vornehmen lassen	zu 3a) Tag der Gutschrift auf dem Konto gemäß Spalte 2 zu 3b) Tag des Eingangs des Schecks beim ES-Patentamt zu 3c) Tag der Einzahlung bei einem ES-Postamt
Vereinigtes Königreich	PatG PatV	Bank of England Drawing Office, Threadneedle Street London EC2R 8AH (Patent Office Account 250110061, Sorting Code 100000)	a) Barzahlung b) Geldanweisung (money order) c) Banküberweisung d) Übergabe oder Über- sendung von Bankschecks e) bei Eingaben mittels Tele- kopie Abbuchung von einem speziellen Konto des Kunden beim Patentamt Den Anmelde/Erneuerungs- unterlagen, die sich auf Gebühreneinzahlungen beziehen, ist ein Gebührenformblatt (Form FS/1) oder ein entspre- chendes Formblatt, in dem die einzelnen Gebühren aufgeführt sind, beizufügen. Damit Zahlungen und separat eingereichte Formblätter einander zugeordnet werden können, ist stets auf eine Patent- oder Kontonummer zu verweisen.	zu 3a) Zeitpunkt der Zahlung beim UK-Patentamt zu 3b) und d) Tag des Eingangs beim UK-Patentamt zu 3c) Tag der Gutschrift auf dem Konto gemäß Spalte 2 zu 3e) Tag der Belastung des laufenden Kontos

¹ Nur für Banküberweisungen

Vertragsstaat	1 Nationale Bestimmungen	2 Konten	3 Zahlungsarten	4 Zeitpunkt, zu dem die Zahlung als bewirkt gilt
Schweiz/ Liechtenstein	GebV	Bundesamt für geistiges Eigentum Postscheckkonto Bern 30-4000-1	a) Einzahlung oder Über- weisung auf Postscheck- konto b) Postanweisung c) Übergabe oder Übersen- dung von Schecks, die auf ein Bankinstitut in der Schweiz gezogen sind und an die Order des Amtes lauten d) Belastung eines beim Amt bestehenden Kontokorrents e) Barzahlung	zu 3a) Einzahlung: – Tag der Einzahlung bei einem CH-Postamt – Bei Zahlungen aus dem Ausland: Tag der Gutschrift auf dem Konto des BAGE sofern nicht ein früheres Datum des Eingangs der Zahlung bei einer CH-Poststelle nach- gewiesen wird zu 3a) Überweisung: – Tag der Gutschrift auf dem Konto des Amtes, sofern nicht das Datum der Ver- arbeitung durch die schwei- zerische Post oder der Tag der Aufgabe des Über- weisungsauftrags an diese nachgewiesen wird – Bei Überweisungsaufträgen mit Valutadatum in jedem Fall der Tag der Gutschrift auf dem Konto des Amtes – Bei Zahlung aus dem Aus- land: Tag, an dem der erste schweizerische Poststempel auf der Gutschriftsanzeige angebracht wurde, sofern nicht ein früheres Datum des Eingangs der Über- weisungsanzeige bei einer CH-Poststelle nach- gewiesen wird (Art. 6 GebV) zu 3b) Tag der Einzahlung bei einem CH-Postamt. Bei Zahlung aus dem Ausland: Tag der Auszahlung der Post- anweisung an das BAGE oder Tag, an dem der Betrag der Postanweisung dem Post- scheckkonto gem. Spalte 2 gutgeschrieben wird sofern nicht ein früheres Datum des Eingangs der Zahlung bei einer CH-Poststelle nachgewiesen wird (Art. 7 GebV) zu 3c) Tag, an dem der Scheck dem BAGE übergeben wird Bei Übersendung: Tag, an dem der erste CH-Poststempel auf der Sendung angebracht wurde, sofern nicht nach- gewiesen wird, daß die Sen- dung schon früher bei einer CH-Poststelle eingegangen ist (Art. 8 GebV) zu 3d) Tag, an dem der schriftliche Belastungsauftrag dem BAGE übergeben wird Bei Überweisung: wie „zu 3c“ (Art. 9 GebV) zu 3e) Tag des Eingangs der Zahlung beim BAGE

Die nachstehende Tabelle informiert über

- a) den Erlaß nationaler Vorschriften zur Frage des Doppelschutzes nach Artikel 139(3) EPÜ
- b) den räumlichen Anwendungsbereich des EPÜ gemäß Artikel 168(1) EPÜ

a) Doppelschutz

Nach Artikel 139(3) EPÜ kann jeder Vertragsstaat vorschreiben, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Erfindung, die sowohl in einer europäischen Patentanmeldung oder einem europäischen Patent als auch in einer nationalen Patentanmeldung oder einem nationalen Patent mit gleichem Anmeldetag oder, wenn eine Priorität in Anspruch genommen worden ist, mit gleichem Prioritätstag offenbart ist, gleichzeitig durch europäische und nationale Anmeldungen oder Patente geschützt werden kann.

Welche Vorschriften zu Artikel 139(3) EPÜ im einzelnen erlassen wurden, geht aus Spalte 1 dieser Tabelle hervor.

b) Räumlicher Anwendungsbereich

Nach Artikel 168(1) kann jeder Vertragsstaat in seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder zu jedem späteren Zeitpunkt durch eine Notifikation an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklären, daß das Übereinkommen auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete anzuwenden ist, für deren auswärtige Beziehungen er verantwortlich ist. Die für den betreffenden Vertragsstaat erteilten europäischen Patente haben auch in den Hoheitsgebieten Wirkung, für die eine solche Erklärung wirksam ist.

Wie sich die Situation hinsichtlich des räumlichen Anwendungsbereichs in den einzelnen Vertragsstaaten derzeit darstellt, ergibt auch aus Spalte 2 der Tabelle.

c) Vorbehalte

Die in früheren Auflagen enthaltene Spalte 1 „Vorbehalte“ wird nicht mehr wiedergegeben, da die Geltungsdauer aller gemäß Artikel 167(2) erklärten Vorbehalte am 7. Oktober 1992 abgelaufen ist (Artikel 167(3) EPÜ).

Österreich

Der Vorbehalt von Österreich schloß Schutz für chemische Erzeugnisse, Nahrungs- und Arzneimittel als solche aus. Er ist mit Ablauf des 7. Oktober 1987 erloschen (ABl. EPA 1987, 426).

Griechenland und Spanien

Der Vorbehalt von Griechenland betraf den Schutz für Arzneimittel, der von Spanien chemische Erzeugnisse und Arzneimittel. Sie sind mit Ablauf des 7. Oktober 1992 erloschen (ABl. EPA 1992, 301).

Wichtiger Hinweis

Nach Artikel 167(5) EPÜ gelten die Vorbehalte für europäische Patente, die auf europäische Patentanmeldungen erteilt worden sind, die während der Wirksamkeit des Vorbehalts **eingereicht** worden sind, für die gesamte Lebensdauer dieser Patente. Sie betreffen daher nur europäische Patentanmeldungen und Patente mit einem Anmeldetag vor dem 8. Oktober 1987 bei Benennung Österreichs und mit einem Anmeldetag vor dem 8. Oktober 1992 bei Benennung von Griechenland und/oder Spanien (vgl. ABl. EPA 1992, 301).

Vertragsstaat	1 Doppelschutz zugelassen? Art. 139 (3) EPÜ	2 Räumlicher Anwendungsbereich des EPÜ (Art. 168 EPÜ)
Belgien	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) die Frist zur Einlegung des Einspruchs gegen das europ. Patent abgelaufen ist, ohne daß Einspruch eingelegt worden ist oder b) das Einspruchsverfahren unter Aufrechterhaltung des europ. Patents rechtskräftig abgeschlossen ist Art. 7(1) Ges. v. 8.7.77	Hoheitsgebiet des Königreichs Belgien
Dänemark	Der Doppelschutz wird nicht ausgeschlossen	Hoheitsgebiet des Königreichs Dänemark mit Ausnahme Grönlands und der Faröer Inseln
Deutschland	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. II § 8(1) IntPatÜG	Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und das Land Berlin bei vor dem 3. Oktober 1990 eingereichten Anmeldungen. Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen vom 3. Oktober 1990 bei seit dem 3. Oktober 1990 eingereichten Anmeldungen. Art. XI § 2 IntPatÜG
Frankreich	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. L. 614-13. Ges. Nr. 92-597	Hoheitsgebiet der Französischen Republik einschließlich der Gebiete Neu-Kaledonien, Französisch-Polynesien, der Französischen Südpolar- und Antarktisgebiete, Wallis und Futuna sowie dem Département Saint-Pierre und Miquelon Art. L. 811-1 Ges. Nr. 92-597
Griechenland	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien Art. 22(1) VOPr. Nr. 77/88	Hoheitsgebiet der Griechischen Republik Ges. Nr. 1607/86
Irland	Der „Controller“ kann das nationale Patent in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, nach dem Zeitpunkt widerrufen, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt § 60 PatG	Hoheitsgebiet Irlands
Italien	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 8 VOPr Nr. 32/1979	Hoheitsgebiet der Italienischen Republik
Liechtenstein	siehe Schweiz	

Vertragsstaat	1 Doppelschutz zugelassen? Art. 139 (3) EPÜ	2 Räumlicher Anwendungsbereich des EPÜ (Art. 168 EPÜ)
Luxemburg	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 15 Ges. v. 27.5.77	Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg
Monaco	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 9, VO Nr. 10.427	Hoheitsgebiet des Fürstentums von Monaco
Niederlande	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 52 PatG	Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande, jedoch nicht das Gebiet der niederländischen Antillen/Aruba Art. 29 M(1), 30(4), 32, 34(2) PatG
Österreich	Der Doppelschutz wird nicht ausgeschlossen	Hoheitsgebiet der Republik Österreich
Portugal	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 14 RVO	Hoheitsgebiet Portugals
Schweden	nein	Hoheitsgebiet des Königreichs Schweden
Schweiz/ Liechtenstein	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien Art. 125 PatG	Hoheitsgebiet der Schweizerischen Eidgenossenschaft und des Fürstentums Liechtenstein Vertr. CH/LI v. 22.12.78
Spanien	nein; das nationale Patent hat in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, von dem Zeitpunkt an keine Wirkung mehr, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 16 Kgl. VO 2424	Hoheitsgebiet des Königreichs Spanien

Vertragsstaat	1 Doppelschutz zugelassen? Art. 139 (3) EPÜ	2 Räumlicher Anwendungsbereich des EPÜ (Art. 168 EPÜ)
Vereinigtes Königreich	Der „Comptroller“ kann das nationale Patent in dem Umfang, in dem es dieselbe Erfindung schützt, nach dem Zeitpunkt widerrufen, zu dem a) + b) wie Belgien c) das nationale Patent erteilt wird, wenn dieser Zeitpunkt nach dem unter a) oder b) genannten Zeitpunkt liegt Art. 73 PatG	Hoheitsgebiet des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Insel Man¹ Art. 131, 132 PatG

¹ Wegen der Möglichkeit, europäische Patente (UK) in überseeischen Gebieten bzw. Staaten registrieren zu lassen, vgl. die Informationen in ABl. EPA 1992, 333.

Europäisches Patentamt (EPA)
European Patent Office (EPO)
Office européen des brevets (OEB)
✉ D-80298 München
☎ (+ 49-89) 2399-0
Telex/Télex: 523 656 epmu d
Fax: (+ 49-89) 2399-44 65

Zweigstelle Den Haag
Branch at The Hague
Département de la Haye
Patentlaan 2
Postbus 5818
✉ NL-2280 HV Rijswijk
☎ (+ 31-70) 340-2040
Telex/Télex: 31 651 epo nl
Fax: (+ 31-70) 340-3016

Dienststelle Berlin
Berlin sub-office
Agence de Berlin
✉ D-10958 Berlin
☎ (+ 49-30) 2 59 01-0
Fax: (+ 49-30) 2 59 01-840

Dienststelle Wien
Vienna sub-office
Agence de Vienne
Schottenfeldgasse 29
Postfach 82
✉ A-1072 Wien
☎ (+ 43-1) 521 26-0
Telex/Télex: 1 36 337 inpa a
Fax: (+ 43-1) 52126-5491